

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Preis-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernliste oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (nicht gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. März 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Liberaler Schande.

Siegen, 21. März. Amtliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Reichstagswahl wurden insgesamt 24 191 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf Oberlehrer Dr. Werner (Antif.) 12 569, auf Klassenkontrollleur Beckmann (Soz.) 11 622 Stimmen. Werner ist also gewählt.

Bei der Hauptwahl am 10. März erhielten nach dem amtlichen Ergebnis Beckmann (Soz.) 7976, Werner (Antif.) 7958, Korell (Fortschritt) 5059, Wiselius (Nat.) 2511 Stimmen.

In Siegen ist heute der Antifemist Werner gewählt worden. Er hat die Stimmen der Liberalen wohl vollständig bekommen und von den freisinnigen Wählern muß beinahe ein Drittel entgegen der Wahlparole ihrer Partei dem Repräsentanten der schmutzigsten Nuance des schwarzblauen Blocks den Vorzug vor dem Sozialdemokraten gegeben haben. Das bürgerliche Selbstinteresse hat über das freiheitliche Ideal auch bei den Freisinnigen einen glänzenden Sieg erröckert.

Wir bedauern keinen Moment den Verlust dieses Mandats, das uns sicher hätte zufallen müssen, wenn die Liberalen ihre Pflicht ebenso erfüllt hätten wie die Sozialdemokraten es getan haben, wo immer Liberaler im Kampfe gegen den schwarzblauen Block gestanden haben. Betrachten wir doch Reichstagsmandate nur als Symptome unserer Stärke und schämen sie nur dann voll ein, wenn sie aus eigener Kraft errungen sind. Aber wir begrüßen die Klärung.

Der Ausgang dieser Wahl wird den Genossen im Lande eine gute Mahnung sein, die Wahlhilfe der Bürgerlichen so einzuschätzen wie sie es verdient und den Kampf gegen den schwarzblauen Block, wie ihn die Herren so laut mit Worten führen, nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Herren schreien sehr entrüstet auf, wenn sie das Wort von der einen reaktionären Masse hören, aber in Siegen haben sie sich in der Tat als solche bewährt; nur ein Teil der freisinnigen Wählerschaft hat die Parole der eigenen Partei befolgt; die Sammlungspolitik des Herrn v. Bethmann hat durch den Abfall eines Teils der Freisinnigen ihren ersten Erfolg zu verzeichnen.

Dann aber zeigt der Ausgang dieser Wahl, wie sehr es sich rächt, daß die Freisinnigen so lange die öde Gehe der Konservativen gegen die Sozialdemokraten mitgemacht haben. Wenn es den freisinnigen Führern ernst sein sollte mit dem Kampf gegen die Agrarier und Reaktionäre, dann hätten sie jetzt eine dringende Aufgabe: die Erziehungsarbeit an ihren Wählern endlich ernsthaft zu beginnen, die sie so lange verfaumt haben. Können sie ihren Wählern nicht mal soviel politische Schulung beibringen, daß sie begreifen, daß für den Liberalismus im Kampf gegen die Reaktion der Sozialdemokrat das kleinere Übel ist, dann können sie den Regen, mit dem sie jetzt so viel herumfächeln, nur wieder einleiten. Dann bleibt die Reaktion ja schließlich doch der Herr und der Liberalismus wie bisher der gehorsame Bediente. Dann hätten aber auch die Sozialdemokraten nicht gerade allzuviel Grund, sich in den häuslichen Streit einzumischen, der in der herrschaftlichen Gefindestube erledigt werden könnte.

An der Disziplinlosigkeit der Liberalen mag auch die Art der freisinnigen Agitation nicht ohne Schuld gewesen sein. Herr Korell hat mehr auf die Zahl der Stimmen gesehen, als auf die Gesinnung seiner Wähler und hat namentlich den schutzjüngerischen Vorurteilen mehr als erlaubt Rechnung getragen. Jetzt hat es sich gezeigt, daß mit so gewonnenen Scharen nicht viel Staat zu machen ist. Wie gewonnen, so zerronnen.

Anders treibt die Sozialdemokratie Agitation und dauernder sind ihre Erfolge. Und wir dürfen mit dem in Siegen Erreichten voll und ganz zufrieden sein. Unsere Genossen haben prächtig gearbeitet, unsere Stimmen sind gestiegen, wir haben in diesem halbländlichen Wahlkreis große Fortschritte gemacht und was wir in der Agitation gewonnen, werden wir durch Organisation behaupten. Und für die bevorstehenden Reichstagswahlen bedeutet Siegen-Midda eine Aufrüttelung und Anfeuerung, wie wir sie besser nicht wünschen können. Kein Verlassen auf andere, aber alles daran setzen, aus eigener Kraft zu siegen. So sind wir groß geworden, und so allein wollen wir weiter kämpfen.

Der schwarzblaue Block hat einen Augenblickserfolg, die Liberalen die Schande, und wir, nun wir, die „Gefährlichen“, sind die einzigen, die mit Befriedigung auf die geleistete Arbeit und die Resultate des Wahlkampfes zurückblicken dürfen.

Bankrottwirtschaft des Kommunalfreisinns.

Die Finanzen der Stadt Berlin befinden sich dank der Herrschaft des Kommunalfreisinns in einem trostlosen Zustande. Von Jahr zu Jahr haben sich die finanziellen Verhältnisse Berlins verschlechtert. Und was das schlimmste ist: die freisinnige Mehrheit im Rathaus hat nicht das geringste getan, um zu gefunden Verhältnissen zu kommen. Mehr noch: sie hat alle Anträge und Vorschläge von sozialdemokratischer Seite, die eine durchgreifende Besserung herbeigeführt hätten, auf das heftigste bekämpft und abgelehnt.

Zustand gekommen auf Grund eines infamen Dreiklassenwahlrechts, zu dem noch das Hausbesitzerprivileg hinzukommt, hat die Rathausmehrheit alles andere im Auge, nur nicht die allgemeinen Interessen der Berliner Bürgerschaft. Bond- und Börseninteressen spielen im Rathaus eine gewichtige Rolle, und Haus- und Grundbesitzer betrachten die städtische Verwaltung als ihre Domäne. Das Wunder, wenn in einer so zusammengesetzten Stadtvertretung der vor einer Reihe von Jahren gestellte sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer auf heftigen Widerstand stieß. Und als gar der Magistrat im Jahre 1907 sich zu einer Vorlage ermannete, in der er die Wertzuwachssteuer forderte, erhob sich in Interessentenzirkeln eine heftige Opposition, die auch in der Stadtverordnetenversammlung ihren berechneten Ausdruck fand. Die Magistratsvorlage wurde in monatlangen Ausschüßverhandlungen so mißhandelt und zugestutzt, so vollkommen wert- und ertragslos gehalten, daß ihre Annahme nur ein Hohn gewesen wäre. In der Stadtverordnetenversammlung wurde dann die gänzlich verhungerte Magistratsvorlage abgelehnt. Die Terrainspekulanten und Häuserwucherer hatten gegiehl für die Finanzen der Gemeinde aber bedeutete das Schicksal dieser Wertzuwachssteuerborlage einen nie wieder gut zu machenden schweren Schaden, der sich in der Folge bitter rächen mußte. An dieser Katastrophe wird auch nicht das mindeste dadurch geändert, daß im Jahre 1909 die Stadtverordnetenversammlung auf einen neuen Vorschlag des Magistrats hin die Einführung einer Wertzuwachssteuer beschloß. Dieser Beschluß war kein ganz freiwilliger. Er kam zustande im Hinblick auf die Einführung einer Reichszuwachssteuer und hat finanziell für die Stadtgemeinde nur eine sehr minimale Bedeutung, da die Erhebungskosten den größten Teil des der Gemeinde überlassenen Ertrages in Anspruch nehmen.

Eine Gemeindevertretung, die wirklich das Allgemeininteresse der Berliner Bürgerschaft vertritt, hätte auch auf anderen Gebieten für die Gemeinde ertragreiche Einkommensquellen erschlossen. Sie hätte sich nicht dazu hergegeben, die öffentlichen Straßen und Plätze, die Lieferung elektrischen Lichtes und elektrischer Kraft privaten Erwerbgesellschaften auszuliefern und zur Schaffung von Verkehrs- und Beleuchtungsmonopolen beizutragen. Sie hätte dafür gesorgt, daß die großen Summen, die heute einer kleinen Anzahl von Aktionären und Aufsichtsratsmitgliedern in Form von Anteilen und Dividenden in die Taschen fließen, dem Gemeindefiskus zugute gekommen wären. Von einer Vertretung, die mit dem Privatkapital zum Teil verflochten ist, ist eine solche Kommunalpolitik freilich nicht zu erwarten. Und als man im Rathaus sich zu dem Schritte entschloß, schließlich doch eigene Bahnen zu bauen, geschah es infolge der fortgesetzten Drangsalierungen und der Begünstigung der Privatgesellschaft nur der Not gehorchend und nicht dem eigenen Erlebe und vor allen Dingen auch viel zu spät, in ganz unzulänglichem Maße und unter allen möglichen Schwierigkeiten. Wir wollen im Augenblick absehen von der Schilderung der engherzigen, kurzfristigen Politik, die der Berliner Kommunalfreisinn in der Eingemeindungsgroße eingenommen hat zu einer Zeit, wo ihm die Eingemeindung auf dem Präsentierteller entgegengebracht wurde.

Jedenfalls aber ist festzustellen, daß eine der Gemeinde nutzbringende Politik im Interesse der großen Masse der Bevölkerung von der Rathausmehrheit nicht getrieben worden ist. Die Folgen dieser kurzfristigen Politik sind für die Stadt Berlin überaus verhängnisvolle, was immer deutlicher zutage tritt. Die Aufgaben der Stadt werden immer größer, immer mannigfaltiger; neue Fragen und Projekte verlangen ihre Lösung. Dazu kommt, daß durch die staatliche Gesetzgebung gerade die Stadt Berlin finanziell schwer belastet wird. Aber die regierende Mehrheit im Rathaus hat es unterlassen, beizeiten vorzuzugreifen, damit auch die Einnahmen vorhanden sind; sie hat es sträflicher Weise veräußert, rechtzeitig ausreichende Einnahmequellen zu erschließen; diejenigen, die der Gemeinde zu Gebote gestanden hätten, hat sie geradezu verstopft. Kathetisch haben die freisinnigen Wortführer im Rathaus die glänzende Lage der Berliner Finanzen in die Welt hinauszuposaunt und sich und die Berliner Bevölkerung in eine Selbsttäuschung hineingeredet. Stellten sich im Laufe der letzten Jahre Finanznöte ein, so meinte man, das sei nur eine vorübergehende Erscheinung — und steckte die Hände in die Hosentasche. Und als diese Hoffnung schicksalhaft, fing man an, zu recht bedenklischen Finanzoperationen zu greifen. Um nur den Etat mit 100 Prozent zu balancieren, plünderete man die in einzelnen Werten und im Bancat liegenden Reserven. So nahm man den Marktschall den Erneuerungsfonds von drei Millionen und entzog im Jahre 1903 den Gaswerken eine Million, um die Lächer zuzustopfen. Aber die finanzielle Lage Berlins wurde trotzdem nicht besser. Gleichwohl wurde weitergewurfelt. In den letzten Jahren half man sich aus der Finanzmisere, indem man dringende Aufgaben unerfüllt ließ und ihre Ausführung verschob. Darunter litten vor allem

die so notwendigen Schulbauten, die Ersatz für die vielen Mietschulen schaffen sollten. Im Vorjahre setzte man die Einnahmen aus den Steuern höher ein, nur um noch einmal mit 100 Prozent balancieren zu können.

Mit diesem Finanzkunststückchen konnte man die Finanznot natürlich nicht beseitigen, sie wurde nur noch größer. So kam es, daß der Magistrat in diesem Jahre vor eine schwere Aufgabe gestellt wurde. Er tat, was er konnte. Die Schulverwaltung benötigte zur Ausführung ihres Programms fünf Millionen für Schulbauten; der Magistrat konnte diese Ansprüche infolge fehlender Mittel nicht erfüllen, er bewilligte nur zwei Millionen. Um Straßen zu verbreitern und Straßenland zu erwerben, gebrauchte die Tiefbauverwaltung drei Millionen, der Magistrat bewilligte nur 1 1/2 Millionen. Zu Straßenpflasterungen konnte nicht die Hälfte der von den Sachverständigen für notwendig erachteten Mittel hergegeben werden. Bei der Straßenbeleuchtung war es nicht anders, kurz auf allen Gebieten konnte der Magistrat die Anforderungen nicht mehr erfüllen. Zahlreicher Aufgaben sozialer Natur, insbesondere besserer Entlohnung städtischer Arbeiter gar nicht zu gedenken.

So kam ein Staatsentwurf zustande, der, wie selbst der Oberbürgermeister erklärte, nur das Alleräußerste enthielt und trotzdem mit 110 Prozent Gemeindesteuerzuschlag abschloß! Damit waren aber die freisinnigen Stadtverordneten nicht zufrieden. Sie setzten einen Ausschüß ein, der versuchen sollte, den einmal den Etat mit 100 Prozent zu balancieren. Dieser Ausschüß hat seinen Auftrag erfüllt. Er kürzte die ohnehin fargen Ausgaben noch mehr. Und bezeichnend ist es, daß dieser Streichwut erhebliche Mittel für Schulbauten, öffentliche Beleuchtung und Straßenpflasterung zum Opfer fielen, trotz der wiederholt abgegebenen Versicherung, daß Kulturaufgaben nicht leiden sollten! Ein recht bedenkliches Randüberverläßte die Mehrheit an dem Gesetze. Obwohl die Gemeindebehörden beschlossen haben, daß bestimmte Beträge von den einzelnen Betriebs-einrichtungen abgeschrieben werden müßten, wurde erklärt, daß außergewöhnliche Verhältnisse auch außergewöhnliche Mittel erheischen; man ging über die bestehenden Gemeindebeschlüsse einfach zur Tagesordnung über und entnahm dem Erneuerungsfonds circa 1 Million. So entzieht man den städtischen Betrieben immer mehr Mittel für die Zukunft, entnimmt bereits für dieses Jahr einen erst im nächsten Jahre fällig werdenden Ueberschüß gewissermaßen à conto. Schiebt man einerseits dringende Aufgaben der Ausgaben wegen weiter hinaus, entschloßt man außerdem die Werke von den Reserven und verrechnet man schon im nächsten Jahre fällig werdende Ueberschüsse für dieses Staatsjahr, so zieht man andererseits die Einnahmen zu einer Höhe an, die kaum erreicht werden dürfte. Dazu kommt, daß man obenbein die noch gar nicht beschlossene Lustbarkeitssteuer von 1 Million in den Etat einstellte, um die 100 Prozent retten zu können!

Man gibt sich der Hoffnung hin, daß der Finanzminister helfen werde, indem er Zuschläge in das Einkommensteuergesetz aufnehmen werde. Dadurch würden auch die Gemeinden bei ihren Zuschlägen Nutzen haben. Sie würden dann zwar auch nur 100 Proz. Zuschlag erheben, aber der Stadtfiskus würde doch mehr als heute erhalten. Man rechnet also auf die Täuschung des Publikums.

Eine Finanzgebarung, wie wir sie oben gekennzeichnet haben, kann nur von einem Bankrott her geübt werden; sie läßt sich zudem nicht wiederholen. Die Verantwortung für diese mißlichen finanziellen Zustände der Stadt Berlin trifft den Kommunalfreisinn in vollem Maße. Er hat es durch seine Politik verschuldet, daß Berlin an dem Abgrunde angekommen ist.

Es ist gar kein Geheimnis, daß die Anleiheverschuldung Berlins in beängstigender Weise wächst, und es ist weiter nicht unbekannt, daß in der städtischen Verwaltung mit hohen Verschüssen à conto einer neu aufzunehmenden Anleihe gewirtschaftet wird. Diese Anleihe, die wohl noch im Laufe dieses Jahres begeben werden dürfte, wird eine Höhe erreichen, wie sie bisher noch nicht dagewesen sein dürfte. Damit wird die Finsenlast erheblich wachsen. Dazu kommen neue Pflichten, die der Stadt mit aller Wahrscheinlichkeit durch das Zweckverbandsgesetz auferlegt werden. Vorsorge zur Deckung aller dieser Ausgaben ist nicht getroffen worden. Alles, aber auch alles ist verabsäumt worden. Und es ist bezeichnend, daß selbst der Oberbürgermeister während der Etatberatungen den Herren der Mehrheit ähnliche bittere Worte sagen mußte.

Hier kann nur eine großzügige Kommunalpolitik Wandel schaffen, wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wird. Heute kann dies nur bedingt der Fall sein. Erst muß das Dreiklassenwahlrecht und das Hausbesitzerprivileg fallen, erst müssen die Vertreter von Geldsacks Gnaden aus dem Rathaus hinausgesetzt werden, bevor eine nur von den Interessen der Allgemeinheit diktierte städtische Finanzwirtschaft möglich sein wird!

Wahlen des Klassenkampfes.

Aus Wien wird uns vom 17. d. M. geschrieben:

Selten haben Nachwahlen zum Reichsrat ein so allgemeines und starkes Interesse erregt wie die in den zwei böhmischen Bezirken, die gestern in der Stadtwahl mit einem Siege der sogenannten „Deutschfreisinnigen“ abgeschlossen haben. Es sind auch tatsächlich sehr bedeutende Wahlen, die die politische Entwicklung in ganz Österreich in mannigfacher Beziehung beeinflussen werden. Das große Interesse erklärt sich freilich vorweg daraus, daß man allgemein das Gefühl hat, vor Neuwahlen zu stehen, so daß die zwei Nachwahlen gleichsam als Kraftprobe für das große

Witwenversorgung und Kalikorrption.

Aus dem Reichstage, 21. März. Mit zwei höchst verschiedenartigen Gegenständen hatte sich heute der Reichstag zu befassen, mit der Witwen- und Waisenfürsorge aus den Zeiten des 2er Zolltarifs und mit dem Kalifonds. Nur das verbindet sie, daß aus ihrer Gegenüberstellung sinnfällig hervorgeht, wer im Deutschen Reich benachteiligt und wer begünstigt wird: Den Armen wird auch jetzt wieder die längst versprochene Unterstützung vorenthalten, aber dem Bund der Landwirte werden staatliche Schmiegelder in den Schoß geschüttet. Der Gesetzentwurf betrifft abermaliger Hinausschiebung des Termins für den Beginn der Witwen- und Waisenfürsorge wurde bald erledigt. Nach kurzer Debatte, in der Mollehuber dem Zentrum und der Reichsregierung gründlich die Lebiten gelefen hatte wegen ihrer Verschleppungstaktik in dieser Frage, wurde der Antrag auf abermalige Hinausschiebung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen angenommen.

Bei der dann einsethenden Kalidebatte handelt es sich um die Position im Etat des Reichamts des Innern, die für Propaganda im Interesse des Kalifjahres 4 800 000 M. auswirft, nämlich die Summe, die auf Grund des Kaligesetzes von den Interessenten zu solchen Zwecken aufzubringen ist. Gegen die bisherige Verwendung dieser Summe war Widerspruch erhoben, da sie zum guten Teil in die Tasche von Gesellschaften wie der Bund der Landwirte geflossen war, die die Gelder nicht zur Kalipropaganda, sondern auch zu anderen Zwecken verwandt haben sollen. Die agrarische Mehrheit der Budgetkommission hatte nun zwar eine Gliederung jener Summe nach Verwendungszwecken vorge schlagen, aber die Möglichkeit der Verwendung von Geldern an den Bund der Landwirte keineswegs ausgeschlossen. Die Freisinnigen hatten einen Antrag eingebracht, der unter anderem die Vergebung von Geldern an politische Vereine ausdrücklich ausschließt. Die Sozialdemokraten forderten in einer Resolution außerdem eine Gesetzesänderung, die die Verwendung der gesamten Summe zu ausschließlich sozialpolitischen Zwecken fordert.

In der Debatte vertraten zunächst der Kommissionsbereiber v. Richthofen und Herr Speck vom Zentrum den agrarischen Standpunkt. Gegen diese Parteien und gegen die Regierung zog dann Genosse Hue vom Leder. Dabei schilderte er eingehend die merkwürdigen Vorgänge in der Kommission, die zu der Befehdung des gegen den Bund der Landwirte austretenden „Bauerndoctor“ Heim durch seinen eigenen Zentrumsfreund geführt haben und die so weit gingen, daß in einer offiziellen Zentrumsrundgebung Heim direkt der Verletzung persönlicher Vorteile bezichtigt wurde. Hue brachte denn auch die obrigkeitliche Begünstigung des Bundes der Landwirte wirksam in Gegensatz zu der Vernachlässigung der Arbeiterinteressen. Den Kalibergarbeitern seien Tarifverträge und andere Vorteile in Aussicht gestellt. Nur in dürftigster Weise seien ihre berechtigten Erwartungen in Erfüllung gegangen. Hue schloß mit dem Hinweis darauf, daß schließlich die Verstaatlichung des Kalibergbaues unermesslich sein würde, wolle man den Vorfall aus dieses Naturschägen dem gesamten Volke zugute kommen lassen.

Morgen geht die Debatte weiter. Bei Beginn der Sitzung gedachte der Präsident Graf Schwerin in höchst dürftiger Weise der Tatsache, daß heute vor 40 Jahren der Deutsche Reichstag zum ersten Male zusammen trat, indem er den Vorgang nur zu einer statistischen Mitteilung benutzte.

Es ist erreicht.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat sein Vorhaben ausgeführt und bis Dienstag den Etat in zweiter Lesung erledigt. Auf welche Weise, das haben wir wiederholt geschildert: Ueberstunden, Abend-sitzungen, Wortabschnidungen, Verzicht auf die Erörterung wichtiger Fragen — das sind die Mittel, mit deren Hilfe das Werk vollbracht ist. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß der Etat rechtzeitig zum 1. April unter Dach und Fach kommt, denn noch steht die dritte Lesung aus und dann hat auch das Herrenhaus noch zu sprechen. In der früheren Erwartung, daß der Etat wieder nicht rechtzeitig verabschiedet wird, beschloß das Abgeordnetenhaus die Einfügung des sogenannten Kollparagraphe in das Etatsgesetz, durch den die bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats innerhalb der Grenzen desselben geschlossenen Ausgaben nachträglich genehmigt werden. Dieser Kollparagraphe, der von Rechts wegen nur eine Ausnahme bilden soll, ist dank der späten Einberufung des preussischen Landtages allmählich zur Regel geworden. Wenn die Regierung sich nicht entschließt, das Parlament früher einzuberufen, wird es wohl bei dem gescheiterten Zustand bleiben.

Von den Etats, die am Dienstag noch zur Beratung standen, beantragt das größte Interesse der der Vergewaltung. Das Zentrum schloß, nachdem am Montagabend bereits einer seiner Redner gegen den Genossen Hoffmann polemisiert hatte, noch zwei aber auf allgemeine Redensarten beschränkten, mißglückte der Versuch. Es wäre aber auch sonst unmöglich gewesen, die Tatsachen aus der Welt zu schaffen. Und daß Hoffmann recht hat, geben die Vertreter des Zentrums indirekt durch ihre Bemängelung der niedrigen Vergarbeiterlöhne zu. Umgekehrt mühte sich Abg. Mauer von den Rationalisten im Schweiße seines Angesichts ab, eine Schilderung des herrlichen Vergarbeiterlebens zu geben.

Nach Annahme des Gesetzentwurfs betr. die Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung und nach belangloser Debatte über den Etat der Zentralgenossenschaftskasse beriet das Haus die Etats des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, die unserem Genossen Feinert Gelegenheit gaben, sich der Diener anzunehmen, und eine Ausdehnung der Freisprekarten zu fordern und gegen die Nichtachtung des Parlaments durch die Regierung geharnischten Protest einzulegen.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung endlich brachte Abg. Kopp (Sp.) den Vorschlag von 1 1/2 Millionen an die königlichen Theater zur Sprache und übte an der königlichen Oper in Berlin, besonders an den hohen Preisen berechtigter Kritik.

Der Vornahme der dritten Lesung, die die Mehrheit in ihrer „Arbeitszeit“ bereits am Mittwoch wünschte, widersprachen die Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten, die auf diese Weise gegen die unwürdige Behandlung des Etats protestierten.

Mittwoch: Kleinere Vorlagen. Gesetzentwurf betr. die Feuerbestattung.

Zweckverband Groß-Berlin.

Am Montagabend beriet die Zweckverbandskommission des Abgeordnetenhauses die Anträge, die sich auf die nach dem 1. Dezember

Ringen der allgemeinen Wahl erachtet werden, wobei jede Partei das naturgemäße Bedürfnis hatte, mit dem denkbar besten Erfolge abzuschneiden. Tatsächlich waren auf allen Seiten ganz ungewöhnliche Anstrengungen wahrzunehmen, und die zwei Wahlkämpfe zählen sicherlich zu den größten, die jemals in Böhmen ausgefochten worden sind. Gingen doch im Barnsdorfer Bezirke mehr als 94 Prozent der Wähler zur Urne: eine Wahlbeteiligung, die deutlich erkennen läßt, wie tief die Aufwühlung der Leidenschaften gegangen ist. Aus dem Verlauf und Ausgang der beiden Nachwahlen kann demnach auf die politischen Stimmungen und Verhältnisse unseres größten Industrielandes ein sicherer Schluß gezogen werden.

Was besagen die Wahlen nun über die Position unserer Partei? Es kann gefagt werden, daß das Bild, das sie bieten, durch aus erfreulich ist und in einem sehr bemerkenswerten Gegensatz gegen den Ausgang der Gablunger Nachwahl steht, die im vorigen Herbst stattgefunden hat. Die Gablunger Wahl hatte nämlich einen durch keine Erklärungen zu verhüllenden Rückgang der Partei offenbart, der im Effekt mit einem Verlust von tausend Stimmen und mit dem Verluste des innegehabten Mandates abschloß. Wohl waren, durch lokale Umstände veranlaßt, die Verhältnisse in dem Gablunger Bezirke besonders desolat geworden; immerhin mußte man befürchten, daß der Rückgang auf dieses Industriegebiet nicht beschränkt bleiben werde, vielmehr eine allgemeine Erscheinung werden könnte. Diese Verstärkung haben die Nachwahlen in Barnsdorf und in Hartmanitz nun zerstreut: in beiden Bezirken haben wir nicht bloß unsere frühere Stimmenzahl behauptet, wir haben sie in beiden in sehr erfreulicher Weise gesteigert. Nun wäre schon das bloße Behaupten des Besitzstandes eine nicht zu unterschätzende Leistung. Es darf nämlich nicht außer acht gelassen werden, daß wir im Jahre 1907 unter ganz außerordentlichen Voraussetzungen gekämpft haben, während heute die politischen Tatsachen gegen uns sind. In die allgemeinen Wahlen traten wir als die Heroen des Wahlrechtskampfes ein, als die Eroberer des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, und es war nur selbstverständlich, daß jene revolutionäre Kraftleistung die ganze Arbeiterschaft auferweckt und der Partei auch gar nicht unbedeutliche Massen von Mitläufern zugeführt hatte. Diese, wenn man so sagen darf, politische Hochkonjunktur besteht heute nicht mehr; vielmehr wirkt die Unfruchtbarkeit des „Volkparlaments“, tief begründet freilich in der Unnatur dieses Staates, eher als Enttäuschung, die die Arbeiterschaft vom Parlament auch auf die Partei überträgt. Und die Verschärfung der nationalen und die Verstärkung der sozialen Kämpfe hat die ganze Schar der Mitläufer versprengt, sie sind nun längst Davonläufer geworden, und für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmt heute in den Industrieländern nur der, der in den Wählermassen treu und zuverlässig sozialdemokratisch, der in der sozialdemokratischen Genossenschaft ausreichend weiterfest ist, um sowohl gegen den ökonomischen Druck der Unternehmer wie gegen die Verführungskünste ihrer Jutreiber, der „nationalen Arbeiterparteien“ (der Selben, die sich in Oesterreich schwarz-rot-gold fleiden) widerstandsfähig sich zu erweisen. Unter solchen Umständen hat es schon seine sichere Bedeutung, daß wir in Barnsdorf, wo es in dem Glücksjahre 1907 Bernerstorfer auf 3990 sozialdemokratische Stimmen brachte, nun für einen im Bezirke ganz neuen Mann, den Genossen Korpeles, 4239 Stimmen aufgebracht haben. Das zeigt ein Wachstum der entschlossenen und bewußten Anhänger der Sozialdemokratie, das wertvoller ist als manches durch politische Zufälle eroberte Mandat. Und daß wir in dem Böhmerwaldbezirke, von dem bis zu der diesmaligen Wahl wohl niemand gehat hätte, daß die Sozialdemokratie hier ernstlich in Frage stehe, über 1500 Stimmen gewonnen und eine ganze proletarische Schicht, die sogenannten Hinzpächter, der sozialdemokratischen Bewegung zugeführt haben, ist eine Leistung, die ebenso Erfolge wie Bewunderung verdient. Und dabei ist dieses sozialdemokratische Neuland wirklich organisiert worden und wird der Partei auch nicht mehr verloren gehen. Die Schluppe von Gablunz ist gutgemacht worden, und die Fabel von dem Rückgang der Sozialdemokratie ist zu Ende.

Aber aus diesen Wahlen erfährt man auch, daß sich das Gesicht der Parteiverhältnisse innerhalb Deutschösterreichs vollständig geändert hat. Die politischen Wahlen werden immer deutlicher und klarer reiner Klassenkampf; auf der einen Seite die Massen der Besitzlosen und Ausgebeuteten; auf der anderen alles was an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung interessiert ist und demgemäß antisozialdemokratisch fühlt und wählt. Die alten politischen Aufnahmen sind in Oesterreich nur Masken, und was sich in dem gesamten Industriegebiet „freibeitlich“ und „national“ nennt, ist nur ein Sammelname für das ökonomische und politische Scharfmachtum, für den Krieg gegen die Sozialdemokratie. Das ist nun in Wahrheit das „einige deutsche Volk“: von dem großen Ausbeuter, der den Feldzug wider die Sozialdemokratie finanziert, bis zu dem „deutschnationalen“ Streikbrecher hinab, umfaßt es alle kapitalistischen Interessen, alle Instinkte des Hasses wider die selbständige Arbeiterpartei, ist es die Konzentration aller Kräfte, die dem Kapitalismus dienen und die sich von der Sozialdemokratie bedrängt fühlen. Die Wirkung auf unsere Partei ist durchaus erfreulich: es werden ihr alle opportunistischen Tendenzen ausgezrieben, alle entmannenden Mitläufer werden verschleudert, und der Gedanke des Klassenkampfes wird sie fortan nur noch eindringlicher beherrschen und ihre Energie entflammen. Das ist bei dem Barnsdorfer Wahlkampf, der wirklich und ausschließlich ein Klassenkampf des Proletariats gegen den gekammelten Herrschmann seiner Bedrücker und Bedränger war, besonders scharf hervorgetreten, und wird bei den untermittelichen Neuwahlen das Merkmal der österreichischen Wahlkämpfe im gesamten Industriegebiete werden. Die Sozialdemokratie steht nun allein da, und hat weder auf Mitläufer noch auf Wahlhilfe zu rechnen; indem sie gezwungen ist, die ganze proletarische Kraft zu entfesseln und zu sammeln, wird sie an Stärke nur gewinnen.

Die Nachwahlen offenbaren auch, wenn man es in reichs-deutscher Sprache ausdrücken soll, eine unverkennbare Schwankung des Bürgertums nach rechts, also so ziemlich die entgegengesetzte Erscheinung, die nun im Reiche sichtbar wird. Das zeigt sich besonders scharf darin, daß die Deutschfreibeitlichen ihre Wahlstöße über die Sozialdemokraten nur mit christlichsozialer Wahlhilfe zu erreichen vermochten; ohne die christlichsozialen Stimmen wären sie in beiden Bezirken schenklich unterlegen. Diese freibeitlich-merikale Allianz, die etwa einer Koalition der Freisinnigen Volkspartei mit dem Zentrum entspräche, ist mehr als zufällige Stichwahlhilfe: sie wird ohne Zweifel der

Ausgangspunkt einer allmählichen Verschmelzung des bürgerlichen „Freisinn“ mit dem Merikalismus werden. So wunderbar das klingt, es ist eigentlich nicht überraschend: Sind doch beide Parteien, die sich einstmals auf den Tod beschiedet haben, durch die ganze Bienerterei hindurch im Parlamente die innigst Verbündeten, und der deutschösterreichische Freisinn, der schon längst auf den Hund gekommen, ist für die Merikale Umgarung und Auffangung längst fällig. Es hat den „Deutschfreibeitlichen“ keine Beschwer gemacht, bei den Merikalen um die Wahlhilfe in der würdelosesten Weise zu betteln, und die Christlichsozialen mußten keine Ueberzeugung mehr opfern, um die deutschfreibeitlichen Antipoden außer Dienst vor der sozialdemokratischen Flut zu retten. Beide Parteien sind einander würdig und zum innigen Liebesbund überreit. Während wir nun auf der einen Seite das Zusammenschließen aller bürgerlichen Parteien, in die „eine reaktionäre Masse“, die nicht nur reaktionär, sondern vor allem scharfsinnig ist, immer deutlicher wahrnehmen, erweitert sich natürlich wieder auch die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlich-freisinnigen Parteien, die ihren alten Namen jetzt nur zum Spotte tragen; auf eine Stellung der Sozialdemokratie wie die im Jahre 1907, wo wir in den Stichwahlen alle Freibeitlichen umbeziehen herausgehauen haben, wird in Zukunft schwerlich zu rechnen sein. Wir finden im Bürgertum kein „Links“ mehr, sondern erblicken es immer deutlicher zu der einen Partei des Hasses und Krieges gegen die Sozialdemokratie entartet. Und das wird natürlich auch unsere Haltung und Stellung bedingen. Mag man diese Entwicklung beklagen, die Schuld trifft ausschließlich das freibeitliche Bürgertum, dem die Eier nach einem Mandat alle politische Anständigkeit ausgezrieben hat, und das heute nur von den Instinkten des Hasses gegen die Sozialdemokratie beseelt wird. Dieses entartete Bürgertum wird auch vor der Geschichte die Verantwortung dafür tragen, daß der Merikalismus in Oesterreich immer mehr erstarkt, bis er alles, was bürgerlich heißt, verschlungen haben wird.

Ein internationaler Skandal.

London, 17. März. (Fig. Ber.)

Ausländische sozialdemokratische Kritiker sind häufig der Befangenheit angeklagt worden, wenn sie den Maßstab des internationalen Sozialismus auf die Handlungen der englischen Arbeiterpartei anwandten. Die englische Arbeiterpartei ist ein Mitglied der sozialistischen internationalen Arbeiterbewegung. Sie erfreut sich als solches eines Prestiges, das ihr die Zugehörigkeit zu einer großen und mächtvollen Bewegung verleiht. Sie hat aber als Teil der Internationalen auch gewisse elementare Verpflichtungen, deren Erfüllung als selbstverständlich gelten sollte. Wie die englische Arbeiterpartei diesen Verpflichtungen nachkommt, beweist die Abstimmung über den Antrag auf Einschränkung des Flottenetats, der von Murray Macdonald letzten Montag im Unterhause gestellt wurde. Ueber die Hälfte der Arbeiterpartei (21) fehlte bei dieser Abstimmung oder stimmte gegen den Antrag (2 Mann). Unter den 19 Fehlenden befanden sich 10 Vertreter der Vergarbeiter, darunter der Vizepräsident der parlamentarischen Fraktion und mindestens 5 Parlamentarier, die als Sozialisten gelten wollen. Der „Labour Leader“, den man wohl kaum im Verdachte haben kann, daß er die Arbeiterpartei zu streng beurteilt, schreibt zu diesem Punkt:

„In einigen Fällen muß man die Unmöglichkeit, antwofend zu sein (Herr John Lodge ist zum Beispiel noch nicht von Australien zurück), als genügende Erklärung ansehen, während in einigen Fällen andere Mitglieder dringende offizielle Verpflichtungen als Entschuldigungsgrund angeben können. Aber selbst wenn alle Abzüge gemacht werden, ist es schließlich unglücklich, daß die ganze Hälfte der Arbeiterpartei am Erscheinen verhindert gewesen sein sollte, und es muß als sicher angenommen werden, daß die Abwesenheit einiger der Namen von der Abstimmungsliste nur eine schwere Pflichtverletzung bedeuten kann. Jedenfalls rechtfertigt die Abwesenheit der Mitglieder bei dieser Gelegenheit die sozialistischen und Arbeiterorganisationen in den betreffenden Wahlkreisen genügend, eine Erklärung zu verlangen und darauf zu achten, daß sie diese bekommen. Und da wir beachtlichen, in Zukunft eine Liste der Abstimmungen der Arbeiterpartei über Fragen, die unmittelbar die Grundsätze und Interessen der Arbeiterpartei betreffen, zu veröffentlichen, wird es gut sein, wenn die Sektionen von diesen Listen Kenntnis nehmen. Die Ehre der Arbeiterpartei steht jetzt auf dem Spiele, und wir hoffen, daß die Sektionen ihren Teil der Verantwortlichkeit anerkennen werden. Aber das Votum, das zwei Arbeiterpartei zugunsten der erdrückenden Abstimmungslisten abgegeben haben, ist eine Angelegenheit von noch ernsterer Natur. Es bedeutet direkt einen Dolch gegen das dringende Mandat des Parteitag und einen Hochverrat an der Sache, zu deren Hochachtung die Arbeiterpartei ins Parlament geschickt worden ist. In diesen Fällen kann die Entschuldigung mit Wahlversprechungen nicht fähig sein. Sind sie gegeben worden, so hätte das nicht geschehen sollen. Die Arbeiterpartei tritt für die unabhängige Hingebung für bestimmte Grundzüge ein, und diejenigen, die dagegen stimmen, verletzen unserer Sache einen Schlag und sind schließlich, das Ansehen und den Ruf der Partei zu zerstören.“

Die Parlamentsmitglieder, die gegen die Macdonaldsche Resolution stimmten, sind Duncan, Mitglied für Barrow, wo hauptsächlich Kriegsbedarf fabriziert wird und Wilson, Mitglied für Westhoughton in Lancashire. Der letztere vertritt einen Wahlkreis, in dem die Wählerschaft hauptsächlich aus den Arbeitern der Bergwerke, Eisenbahnen und Fleischereien besteht. Im letzten Jahre stimmten 8 Arbeiterpartei für die Flottenlösen; in diesem Jahre waren es nur zwei, die gegen die Einschränkung der Rüstungen Front machten. Aber der Sache des Proletariats und des Friedens ist damit wenig gedient, daß sich seine Vertreter um eine klare Stellungnahme drücken.

Man kann die Beweggründe dieser Drückeberger wohl verstehen. Einige handeln aus Furcht vor ihren Wählern, die von dem wahnwitzigen Wetzrüssen leben, andere sehen das Damoklesschwert des liberalen Wahlvereins über ihrem Haupte schweben. Die Arbeiterbewegung in England wird weit mehr wie in irgendeinem anderen Lande von der sentimentalen bürgerlichen Friedensbewegung beeinflusst. Es fehlt hier nicht an schönen Reden und frommen Wünschen. Aber wäre es nicht besser, wenn sich die englische Arbeiterpartei in Zukunft etwas mehr um die Erziehung ihrer Mitglieder, um die Aufklärung der Arbeiter über die Kurzsichtigkeit, das Geld des Volkes für Rüstungszwecke auszugeben, kümmerte? Und wäre es nicht an der Zeit, daß die englische Arbeiterpartei im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung etwas energischer auf Disziplin in den Reihen ihrer Parlamentsvertreter bestünde?

1910 abgeschlossenen Verträge begreifen, d. h. auf die Verträge, die einzelne Gemeinden mit privaten Verkehrsvereinigungen nach Bekanntwerden der im Ministerium über den Zweckverband beschlossenen Verhandlungen abgeschlossen haben. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß für solche Fälle die sonst dem Verband auferlegte Entschädigungspflicht für die Übernahme von Lehren der Verbandmitglieder sowie für Eingriffe in deren Rechte fortfällt. Demgegenüber wurde in der Kommission ausgesprochen, daß diese Verträge nicht zum Nachteil des Zweckverbandes gereichen würden, und daß es daher notwendig sei, den Regierungsentwurf nach gewissen Richtungen hin zu begrenzen. Nach längerer Debatte, die vertraulicher Natur war, einigte sich die Kommission auf folgenden Beschluß:

Für die Übernahme von Wahlen der Verbandsglieder oder der im Abs. 1 bezeichneten Gemeinden sowie für Eingriffe in deren Rechte nach Abs. 1 bis 3 hat der Verband angemessene Entschädigung zu leisten. Falls die Verträge erst nach dem 1. Dezember 1910 abgeschlossen sind, hat der Verband Entschädigung zu beanspruchen, soweit die von den Kreisen oder Gemeinden den privaten Bahnunternehmern gegenüber übernommenen Verpflichtungen die Rechte übersteigen, oder lediglich Verpflichtungen übernommen werden. Wenn solche nach dem 1. Dezember 1910 abgeschlossenen Verträge Zustimmung nach § 6 a. a. D. betreffen, die zeitlich über die erteilte staatliche Genehmigung hinausgehen, fällt die Entschädigungspflicht des Verbandes fort.

Vorher war ein Antrag abgelehnt worden, wonach die Entschädigungspflicht für den Zweckverband fortfällt, soweit er durch den Abschluß derartiger Verträge benachteiligt wird, und wonach der Verband ferner für weitergehenden Schaden, der ihm durch solche Verträge erwächst, Ersatz von den Kreisen oder Gemeinden verlangen kann.

Von der Fortbildungsschule als „Stätte der Volkserziehung“

Spricht der dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes in seinen begründenden Darlegungen. Damit sie diesem Ideal sich annähern, werden unter Beibehaltung ihrer bisherigen Zwecke ihr noch zwei neue Aufgaben zugewiesen: die „staatsbürgerliche Erziehung“ und der „Unterricht in körperlichen Übungen“. Auf dem außerordentlichen preussischen Fortbildungsschultag, der in Berlin am Sonnabend zusammentrat und zu dem Gesandtenrat sich äußerte, schien man sich nicht viel Sorge darum zu machen, was wohl hinter diesen beiden „Erziehungsmitteln“ für das „Volk“ stecken könne.

Wie die „staatsbürgerliche Erziehung“ sein wird, mit der in den Fortbildungsschulen der Nachwuchs der Arbeiterklasse begläut werden soll, das läßt sich denken. Aber von all den Herren und Damen, die auf dem Fortbildungsschultag ihre besonderen Wünsche vortrugen und sie dem Abgeordnetenhaus zur Verwirklichung empfahlen, sahste gegenüber dem Plan einer „staatsbürgerlichen Erziehung“ durch die Fortbildungsschule kaum einer das Bedürfnis, irgendwelche Bedenken geltend zu machen. Offenbar waren die meisten im voraus einverstanden mit allem, was auf diesem Gebiete der „Volkserziehung“ die Zukunft und bringen soll.

Bezüglich des anderen „Erziehungsmittels“, des Unterrichts in körperlichen Übungen, wurden allerlei Wünsche geäußert. Doch ging niemand auch nur mit einem einzigen Wort auf die Frage ein, ob nicht auch dieser neue Beleggegenstand der Fortbildungsschulen den Rückwärts eine Waffe liefern wird, die sie gegen die Arbeiterjugend benützen wollen. Der Kampf gegen die Arbeitervereine, den seit langem die Regierung führt, hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt, den turnenden Arbeitern den Nachwuchs zu entziehen. Wird aber der Turnunterricht ein Beleggegenstand der Fortbildungsschule, so ist es möglich, daß bei vielen jungen Leuten die Neigung, noch an Vereinsübungen teilzunehmen, sich mindert. Und wenn dann gar der „Deutschen Turnerschaft“ das Vorrecht gemährt wird, daß die Zugehörigkeit zu einem ihrer Vereine von der Pflicht der Teilnahme am Fortbildungsschulturnen entbindet, dann könnte es ihr vielleicht glücken, den Arbeiterturnvereinen einen Teil des Nachwuchses wegzulockern. So träumen es sich wenigstens die „deutschen“ Turnvereine, die dreist und gottesfürchtig dieses Vorrecht für ihre Vereine schon beansprucht haben.

Wichtiges „Erziehungsmittel“ für das „Volk“ ist allen Rückwärts bekanntermachen die Religion. Von ihr steht im Gesetzentwurf nichts, aber mit Recht wurde auf dem Fortbildungsschultag gesagt, auch sie werde vielleicht später noch kommen. Oberregierungsrat Dr. v. Seefeld, der als Vertreter des Handelsministeriums zugegen war, griff in die Debatte ein, um „mißverständliche Auffassungen zu berichtigten“. Wie die Regierung gegenüber der Fortbildungsschule es mit der Religion hält, sagte er nicht. In diesem Punkte war also wohl die Auffassung der Schwarzgelehrer leider keine mißverständliche gewesen.

Die Konservativen als Wächter der Kroninteressen.

Nach einem Berliner Telegramm der „Frankf. Ztg.“ will die konservative Fraktion morgen eine scharfe Erklärung gegen die ganze Esch-Lothringische Verfassungsdiskussion veröffentlichen, die insbesondere die mangelnde Wahrung der monarchischen Interessen kritisiert soll.

Landtagsersatzwahl in Heiligenbeil-Ohlau.

Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Heiligenbeil-Ohlau fielen sämtliche 21 abgegebene Stimmen auf den Kandidaten der Konservativen und des Bundes der Landwirte v. Kallstein-Komitten.

Zum Zwist in der Zentrumsfraktion.

Abg. Dr. Heim veröffentlicht im „Bayr. Kurier“ eine scharfe Entgegnung auf die in der „Schles. Volkszeitung“ und anderen Zentrumsblättern gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Er wendet sich besonders gegen die Säge, in denen es heißt, Heim wolle doch wohl nicht behaupten, daß ihn die Kalifrage nur als Abgeordneter berühre. Man müsse vielmehr annehmen, daß er an den Erträgen seiner Zentralgenossenschaft beteiligt sei und daß er daher auch persönlich an der Verteilung der Gelder interessiert sei. — Dr. Heim widerlegt in seiner Erklärung eingehend diese Unterstellung und sagt dann: „Die Insinuation, daß ich nur in Berlin erscheine, wenn ich persönliche Interessen dort zu vertreten hätte, ist eine Gemeinheit und zwar eine bewusste Gemeinheit“. Dr. Heim erwartet den Schutz der Leitung der Zentrumsfraktion und fragt entrüstet, warum man ihm solche Dinge, wie sie jetzt in der Zentrums-Parlamentär-Korrespondenz“ angebeutet würden, nicht in der Fraktionsversammlung vom 17. d. M. vorgehalten hätte, Auge in Auge.

Die Verfassung für Esch-Lothringen.

Am Dienstag setzte die Kommission die Debatte über die Zusammenfassung der Ersten Kammer fort. Gegen die Bestimmung der Regierungsvorlage, daß durch Landesgesetz drei Vertreter des Arbeiterstandes in die Erste Kammer berufen werden können, wandte sich der Reichsparteiler v. Dirksen mit der Behauptung, Arbeiter gehörten dort nicht hinein. Werde später einmal eine Verfassung der Arbeiter als erforderlich erachtet, habe es der Kaiser ja in der Hand, bei Ernennung darauf Rücksicht zu nehmen. Der Eschler Haus entgegnete, durch die Zugehörigkeit von drei Arbeitern

würde die Erste Kammer ihren konserverbilen Charakter nicht verlieren.

Genosse Dr. Frank bezeichnete die Gegnerschaft v. Dirksens gegen eine Arbeitervertretung als aus dem Empfinden gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter entspringend. Die Erste Kammer sei eine Ständevertretung; man dürfe also den Arbeiterstand nicht ausschließen. Die Sozialdemokratie lehne die Schaffung einer Ersten Kammer ab. Werde der entsprechende sozialdemokratische Antrag abgelehnt, und komme eine Erste Kammer zustande, dürfe man die Arbeiter nicht davon ausschließen. — Genosse Emmel wandte sich gegen den Zentrumsantrag, noch dem außer den Bischöfen von Straßburg und Metz auch noch ein von den Pfarrern oder den Domkapiteln gewählter Vertreter der Ersten Kammer angeheben soll. Unser Redner wandte sich auch gegen die vom Zentrum beantragte Vertretung der Bezirksauschüsse, deren Bedeutung das Zentrum überschätze.

Staatssekretär Dr. Debrück wandte sich scharf gegen die Ausführungen des Eschlers Haus, der eine PreSSION auf die Regierung auszuüben versuche. Eine Beschränkung des kaiserlichen Ernennungsrechtes zur Ersten Kammer mache die Vorlage für die Regierung unannehmbar. Der Lothringer Abgeordnete erkannte an, daß die Regierung den Esch-Lothringern entgegengekommen sei. Für den konservativen Winkler ist die Rede des Abg. Haus ein neuer Beweis, daß die Esch-Lothringerei völlig unreif seien, ein selbständiges monarchisches Staatswesen zu leiten. Unter allgemeiner Heiterkeit verlangte der Redner, im Protokoll möge dieser Ausdruck von ihm fest unterstrichen werden!

Abg. Wassermann erklärte, wenn die gegen die Einseitigkeit einer deutschfeindlichen Politik vorgesehenen Kautelen fallen sollten, sei die Vorlage für seine Parteifreunde unannehmbar. Der eschlerische Abg. Delsor erklärte im Gegensatz zu den konservativen und nationalliberalen Bedenken, in Esch-Lothringen fehle es durchaus nicht an geeigneten Leuten zur Durchführung einer konservativen Politik.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des ganzen § 6 gegen die 4 sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurden ferner die Zentrumsanträge, die in der ersten Kammer bei einer Bischofskammer eine Stellvertretung vorsehen, den Pfarrern und den Bezirksräten je einen Vertreter und der Handwerkskammer in Straßburg drei Vertreter statt des einen zuzulassen wollten. Angenommen wurde ein Antrag, nach dem auch die außerordentlichen und die Honorarprofessoren wahlberechtigt, aber nicht wählbar sind. Gestrichen wurde in der Regierungsvorlage die Vertretung der Städte Straßburg, Metz, Colmar und Mülhausen. Hierauf wurde der ganze zweite Teil des § 6 gegen die 10 Stimmen der Nationalliberalen, der Freisinnigen und der Reichsparteiler abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Zentrumsantrag, die Zahl der vom Kaiser zu ernennenden Mitglieder dürfe 8 nicht übersteigen. Da dann aber auch die Regierungsvorlage, die die Zahl der zu ernennenden Mitglieder auf die Hälfte festsetzt, abgelehnt wurde, stellte der Vorsitzende fest, jetzt sei eine Lücke entstanden. Am Mittwoch sollen die Abstimmungen fortgesetzt werden. Nach Ablehnung seiner Anträge hat das Zentrum mit den Konservativen gegen die Regierungsvorlage gestimmt.

Oesterreich-Ungarn.

Kritische Situation.

Wien, 21. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In einer heute stattgefundenen Konferenz des Ministerpräsidenten mit den Obmännern der Mehrheitsparteien wurde von deutscher Seite mitgeteilt, daß ein Teil der deutschen Abgeordneten von der seitens der Regierung beanspruchten Anleihe von 75 Millionen nur 50 Millionen bewilligen werde, während die Bewilligung der restlichen 25 Millionen einem späteren Zeitpunkt vorbehalten sei. Der Ministerpräsident erwiderte, er betrachte diese Angelegenheit als eine politische Frage, und da die Regierung vor der Situation stünde, daß sie von einer Partei, welche mit eine Hauptstütze der gegenwärtigen Regierung bilde, im Stich gelassen werde, müsse der Ministerpräsident sich seine weiteren Entschlüsse vorbehalten. Der Deutsche National-Verband wird nachmittags über seine definitive Stellungnahme gegenüber der Anleihe Beschluß fassen.

Für Abrüstung!

Budapest, 21. März. Abgeordnetenhaus. Abgeordneter Prälat Gieswein brachte entsprechend dem Antrag in der französischen Kammer eine Resolution ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, durch das Ministerium des Aeußeren darauf hinzuwirken, daß auf dem 1913 stattfindenden Kongress im Haag die Monarchie für gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen eintrete. Die Resolution ist von dreißig Abgeordneten ohne Unterschied der Parteilichung unterschrieben.

Frankreich.

Die Champagnerfrage.

Paris, 21. März. In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Regierung denke daran, für die Weingebirge des Departements Aube die Bezeichnung Aube-Champagner einzuführen, in der Hoffnung, auf diese Weise die Bewegung im Departement Aube zu beruhigen.

Belgien.

Die Merkaleen gegen Italien.

Brüssel, 21. März. In der heutigen Sitzung der Kammer schlug der Sozialist Vandervelde vor, die Kammer solle der italienischen Kammer Glückwünsche zur Jubelfeier der Unabhängigkeit Italiens übersmitteln. Die Rechte und der Ministerpräsident widersprachen; letzterer erklärte, die Regierung werde sich eines Glückwunsches enthalten. Schließlich wurde nach einer heftigen Debatte über das Verhältnis Italiens zu der Kurie der Antrag Vanderveldes bei Stimmenthaltung der gesamten Rechten angenommen.

Portugal.

Klassenkampf.

Lissabon, 19. März. (Fig. Ver.) In der vorigen Woche hat der erste blutige Zusammenstoß zwischen dem Proletariat und der Interessen des Kapitals schlagenden Regierung der jungen Republik stattgefunden. Die Arbeiter der Sardinienfabriken von Setubal, einem kleinen Orte 60 Kilometer südlich von Lissabon, hatten ihre Arbeit niedergelegt, um eine Erhöhung des Lohnes durchzusetzen. Die provisorische Regierung sandte sofort die republikanische Garde an den Streikort, um das angeblich bedrohte Eigentum der Unternehmer zu schützen. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und dem Militär, wobei zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Dieses provokatorische Vorgehen verurteilte das portugiesische Proletariat in helle Wut — es wurde sofort der vierundzwanzigstündige Generalstreik in Lissabon als Protestkundgebung gegen die Missetat beschlossen und durchgeführt.

Die Ausrufung der Arbeiter ist groß. Die Handlungsweise der Regierung findet selbst in der republikanischen Presse scharfe Verurteilung. Die Blätter erklären es als unverständlich, daß das Ministerium Soldaten zur Niederwegung der Streikenden schickte, nachdem es das Koalitionsrecht verliehen habe.

Seit der Revolution hat sich das Klassenbewußtsein der portugiesischen Arbeiter kräftig entwickelt. Die kommenden Wahlen können eine böse Ueberraschung für die provisorische Regierung werden.

Der Massenstreik in Lissabon.

Lissabon, 20. März. Die öffentliche Meinung zeigt sich dem Zustand gegenüber feindlich, der als Protest gegen die Vorfälle in Setubal von den Arbeitern erklärt worden ist. Das Publikum veranstaltete in diesem Sinne Kundgebungen in den Straßen. Die Mannschaften der Boote, welche sich dem Zustand anschließen wollten, wurden von der republikanischen Garde umzingelt, und es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. An verschiedenen Punkten der Stadt wurden Straßenbahnwagen angegriffen. In der Arsenalstraße umringten die Aufständigen das Automobil des Ministers des Innern. Patrouillen der republikanischen Garde durchzogen die Stadt und zwangen die Manifestanten, die Avenida da Liberdade und die Vorstadt Alcantara zu räumen. Als Steine geworfen wurden, zog die Garde blank und zerstreute die Gruppen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen, namentlich wurden die Syndikatsführer festgenommen, die Anhänger des Streiks sind. Auch die Setzer einiger Zeitungen beteiligten sich an dem Zustand, doch wird in den meisten Fabriken und Werkstätten gearbeitet.

Kritische Situation.

Lissabon, 21. März. Gestern ist hier infolge des Setzerstreikes kein Abendblatt erschienen, doch wird es voraussichtlich möglich sein, einige Morgenblätter herauszubringen. Die Redaktionslokale werden von der republikanischen Garde bewacht. Am Abend herrschte vollkommene Ruhe.

Keine Zeitungen.

Petersburg, 21. März. Obwohl eine amtliche Bestätigung noch nicht vorliegt, so steht doch nach durchaus zuverlässigen Privatnachrichten fest, daß dem Ministerpräsidenten Stolypin der Abschied bewilligt ist und die Ernennung des bisherigen Finanzministers Kokowzew zu seinem Nachfolger bevorsteht.

Bei Lösung der Krise soll Minister Kokowzew das Finanzministerium behalten, sodas also der Ministerpräsident gleichzeitig auch Finanzminister sein würde. Die Krise bliebe demnach ausschließlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Stolypin beschränkt, der als Minister des Innern ersetzt werden müßte. Als Träger dieses Portefeuilles werden Stürmer oder der frühere Unterstaatssekretär des Innern Makarow genannt. Kokowzew ist womöglich noch reaktionärer als selbst Stolypin, so daß der Ministerwechsel noch eine weitere Verschärfung der Reaktion anündigt.

Gleichzeitig ist wegen der andauernden Krankheit Sasonows dessen Gehilfe Meratow zum Verweser des Ministeriums des Auswärtigen ernannt worden.

Italien.

Nachträgliches zum Blutbad von Bari.

Rom, 16. März. (Fig. Ver.) Dieser Tage beginnt in Bari der Prozeß gegen 22 Arbeiter, die wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt sind, deren sie sich am 10. August, dem Tage des berühmten Blutbades, schuldig gemacht haben sollen. Die Karabinieri, die an jenem Tage gegen das Volk gewütet haben, wurden, wie wir seinerzeit meldeten, in der Voruntersuchung freigesprochen. Dieser Freispruch erscheint nun in seiner ganzen Ungefuehrlichkeit, wenn man die Anklageschrift des Staatsanwalts liest, die dieser in der geheimen Voruntersuchung vorgelegt hat, und die der „Avanti“ vom 16. d. M. veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß die Karabinieri ohne Not geschossen haben, auch gegen Leute, die ihnen den Rücken wandten und nach längerem Zielen. Der Karabiniere Roscatelli schoß zweimal nach einem Arbeiter, der ihm den Rücken wandte, zerschmetterte ihm beim zweiten Schuß den Schädel und drehte sich dann gegen den Leutnant Ducente mit den Worten: „Einen hätte ich geliefert“. Weiter heißt es in der Schrift des Staatsanwalts, daß die Karabinieri immer nach den Köpfen der Menschen zielten und sogar von den Polizisten angefordert wurden, dies nicht zu tun. Trotz dieser Aufforderung wurden noch zwei Arbeiter erschossen. Dem erwähnten Roscatelli wurde von seinem Offizier das Gewehr abgenommen, weil der Offizier fürchtete, daß sein Untergebener trotz der Order weiter schießen würde. Und diese Bluthunde hat man unter dem Vorwande der Notwehr freigesprochen!

England.

Ein Bündnis mit Deutschland!

Der Gedanke eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages ist in England mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Daß auch die Arbeiterpartei die Aussicht auf einen so verheißungsvollen Friedensvertrag mit größter Genugtuung begrüßt, ist selbstverständlich. Hat sie doch selber diese Forderung an allen ihren Kongressen und oft genug auch im Parlament selbst erhoben. Aber sie betrachtet es jetzt als ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Abkommen, wenn es verwirklicht wird, ein wirklicher Friedensvertrag und nicht etwa der Anstoß zu neuen diplomatischen Eifersüchteleien oder gar kriegerischen Verwicklungen führen soll. In diesem Sinne hat sich Genosse Ramsay MacDonald, der Vorsitzende der Arbeiterfraktion, gestern in einer Verammlung geäußert. Er sagte, er begrüße freudigen Herzens die Aussicht auf einen solchen Vertrag. Aber eine Gefahr sei damit verbunden, nämlich die, daß im Auslande der Eindruck ertveckt wird, mit diesem Vertrag soll in irgend einer Weise eine anglosächsische Diktatur über die übrige Welt begründet werden. Das wäre verhängnisvoll. Er hofft, daß die deutschen Sozialdemokraten nichts dergleichen annehmen werden. Die Arbeiterpartei werde durch Taten im Unterhause zeigen, daß, ob das Abkommen mit den Vereinigten Staaten nun zustande kommt oder nicht, das große Problem, dem wir uns zuwenden müssen, ein europäisches und nicht ein amerikanisches Problem ist. Das Problem der Staatskunst besteht darin, wie mit Bezug auf Deutschland das selbe zu erreichen ist, was mit der Entente zwischen England und Frankreich erreicht worden ist, und zwar hauptsächlich durch die Mitwirkung der französischen und englischen Arbeiterschaft.

Rußland.

Gegen die Juden.

Petersburg, 20. März. Die Landesverteidigungskommission der Reichsduma hat eine Resolution angenommen, in welcher sie aus der Erwägung heraus, daß die Juden auf das Heer zusehend wirken, die Juden als ein für das Heer schädliches Element bezeichnet und den Wunsch ausdrückt, daß ein Gesetzentwurf eingebracht werde, der die Frage der Wehrpflicht der Juden regelt.

Tariffbewegung im Buchbindergewerbe.

Am 1. Juli dieses Jahres läuft der 1906 abgeschlossene Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe ab. Es ist ein Dreistädtevertrag, der, mit einigen Unterschieden in den Lohnsätzen, für Berlin, Leipzig und Stuttgart, den Hauptorten des Buchgewerbes, gilt. Der Tarifvertrag von 1906 ist nach langem Kampf unter für die Arbeiterschaft ungünstigen Umständen zustande gekommen. Die Arbeitgeber hatten die Kaiserzeit in Berlin zum Vorwand einer Aussperrung genommen, um den Kampf, der sonst erst zum Herbst hätte ausbrechen können, auf Frühjahr und Sommer, die flauere Jahreszeit für das Gewerbe, zu verlegen. Sie gewannen bei dem Kampfe insofern die Ueberhand, als der Ablaufstermin, wenn auch nicht, wie sie ursprünglich forderten, auf den 1. Mai, aber doch auf den 1. Juli festgesetzt wurde, und daß sie nur ganz geringe Lohnerhöhungen zugestanden.

Die Buchbinder und Buchbinderinnen in den drei Städten sind längst davon überzeugt, daß die Löhne, wie sie jetzt bestehen, höchst unzureichend sind und namentlich mit Rücksicht auf die steigende Teuerung einer Aufbesserung dringend bedürfen. Am gestrigen Abend fanden nun in Berlin sowohl wie in Leipzig und Stuttgart große Versammlungen der Buchbinderarbeiterschaft statt, um über die zu stellenden Forderungen zu beschließen. In Berlin wird Erhöhung des Minimalstundentlohnes für Gehilfen von 52 auf 62 Pf., vom 1. Oktober 1913 ab auf 65 Pf. verlangt, für geübte Arbeiterinnen von 32 auf 38 Pf., vom 1. Oktober 1913 ab auf 41 Pf. In ungefähr dem gleichen Maße werden Erhöhungen der Stundenlöhne für die verschiedenen Spezialarbeiter und Spezialarbeiterinnen gefordert, sowie auch der Löhne der Ausgelernten und der ungeübten Arbeiterinnen. Ferner enthält die Vorlage, die gestern Abend der Versammlung in der „Neuen Welt“ zur Beratung und Abstimmung vorlag, einige andere Forderungen, wie die über Ertragsabhängigkeit für Nachtarbeit, obligatorische Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises und Festsetzung einer Skala für die Zahl der ungeübten Arbeiterinnen, die neben den geübten in einem Betriebe beschäftigt werden dürfen.

Es sei noch erwähnt, daß auch eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt wird, und zwar in der Form, daß die sonst neunmündige Arbeitszeit an den Sonnabenden und den Tagen vor den Festen nur 6 Stunden betragen soll, und daß ferner gefordert wird eine allgemeine Lohnerhöhung um 5 Prozent, soweit diese nicht durch die Erhöhung der Minimallöhne erreicht wird, und um weitere 5 Prozent zum 1. Oktober 1913. Unter den übrigen Forderungen ist noch die einer durch-

greifenden Revision des Affordtarifs herbeizuführen, sowie die eines steigenden Zuschlages für Ueberstunden, wodurch dem Ueberhandnehmen der Ueberzeitarbeit entgegenzuwirken werden soll.

Die Versammlung der Buchbinderarbeiterschaft Berlins war außerordentlich zahlreich besucht und zeugte in ihrem ganzen Verlauf davon, daß der Drang nach Verbesserung der Verhältnisse äußerst stark ist. Der Referent Wienert schilderte die Umstände, unter denen der alte Tarif zustande gekommen ist, und verlas dann die neue Vorlage, die aus gemeinsamer Beratung der Tarifkommissionen der drei Städte hervorgegangen ist. Es folgte eine rege Diskussion, in der noch eine Reihe weiter gehender Wünsche geäußert wurde. Zur Vorlage selbst wurde dann noch ein Antrag angenommen, der sich auf die Revision des Affordtarifs bezieht. Im übrigen erklärte sich die Versammlung mit der Vorlage einverstanden und nahm einstimmig folgende Resolution an:

In Erwägung, daß die seit dem Jahre 1896 übliche Arbeitszeit, desgleichen der im Jahre 1907 einer wenig durchgreifenden Revision unterzogene Affordtarif, dessen Positionen zu einem erheblichen Teile selbst seit dem Jahre 1900 keine Veränderung erfahren haben, daß ferner, daß die seit dem Jahre 1906 bzw. 1908 in Kraft befindlichen Minimalstundentlöhne den veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen, fordern die am 21. März 1911 versammelten Buchbinder und Buchbinderinnen der Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart, daß eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit und eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne vorgenommen wird.

In weiterer Erwägung, daß eine Anzahl Affordpositionen des bestehenden Tarifes im Laufe der Jahre Streitigkeiten heraufbeschworen haben, die meist auf Auslegungen des Wortlautes der Positionen beruhen, die mit dem ursprünglichen Willen der vertragschließenden Parteien nicht in Einklang standen und dadurch der Arbeiterschaft nicht selten großen Schaden zugefügt wurde, verlangen die Versammelten eine gründliche Neubearbeitung des Tarifes, die nicht zuletzt einer genaueren, jede Mißdeutung ausschließenden Fassung des Wortlautes der Positionen gewidmet sein soll.

Unter vorstehenden Voraussetzungen erklären sich die Buchbinder und Buchbinderinnen bereit, ein neues Tarifverhältnis einzugehen und beauftragen ihre Funktionäre, die bereits vorbereiteten Wünsche der Gehilfen und Arbeiterinnen an den Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbindermeister einzubringen, ermächtigen sie mit der Führung der zu erwartenden Beratungen und geben ihnen Vollmacht, einen neuen Tarifvertrag unter Verdrückung der seitens der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen abzuschließen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bäcker und Konditoren Berlins ist in ein neues Stadium eingetreten. Eine Mitgliederversammlung des Bäcker- und Konditorverbandes, die von circa 3000 Personen besucht war, nahm zu den aufzustellenden Forderungen, die vom Gewerkschaftsrat in einem ausführlichen Referat begründet wurden, Stellung. Gewerkschaftsrat wies darauf hin, daß es die erste Aufgabe sein muß, die letzten Reste des kulturwidrigen Kost- und Logiszwanges zu beseitigen, sowie unter allen Umständen die sechsstündige Arbeitswoche zu erringen und einen den ungeheuren verteuerten Lebensmitteln entsprechenden Minimallohn festzusetzen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands erklärt sich mit den Beschlüssen der am 7. März 1911 stattgefundenen öffentlichen Versammlungen einverstanden, inwiefern sie anerkennen muß, daß die derzeitigen Lohn- und Arbeitsbedingungen den heutigen Zeitverhältnissen schon längst nicht mehr entsprechen, der Krise wegen aber ein früheres Eintreten in eine Lohnbewegung unmöglich war. Die Versammelten betrachten als ihre vornehmsten Forderungen:

1. Endgültige Einführung der sechsstündigen Arbeitswoche.
2. Beseitigung der Reste des kulturwidrigen Kost- und Logiszwanges.
3. Schaffung eines auskömmlichen Minimallohnes.
4. Einführung des zehnstündigen Arbeitstages.

Die in der öffentlichen Versammlung gewählte Lohnkommission wird ersucht, diese Hauptforderungen als Grundlage für ihren Lohnvertrag zu nehmen und denselben noch in dieser Woche an die Bäckermeister-Korporationen einzubringen.

Es wurde dann noch folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung beschließt: Zweck der Fernhaltung des Zuges von Arbeitskräften nach dem Lohngebiet Berlin wird vom 1. April ab bis auf weiteres die Auszahlung von Reiseunterstützung an Zu- und Durchreisende eingestellt.“

Zur Lohnbewegung der Berliner Militärschneider.

Wiederholt haben wir über die in dieser Branche eingeleitete Lohnbewegung berichtet. Nach den letzten Berichten schien es, als ob diese ohne weitere Konflikte durch Verhandlungen erledigt werde. Wie wir aber aus Kreisen der Militärschneider erfahren, scheinen die Hoffnungen nach Erledigung der Lohnbewegung ohne Streik sehr gering zu sein. Allgemein wurde in den Sitzungen, die in den letzten Tagen stattfanden, die Arbeitseinstellung verlangt, da die Kommission der Arbeitgeber, die bereits seit vier Wochen an dem Tarif prüft, diese Arbeit in die Länge zu ziehen scheint. Die Militärschneider erwähnen in den Sitzungen des öfteren die Stellung eines einzelnen größeren Arbeitgebers, der allem Anschein nach aus besonderen Gründen, die nicht in der Lohnfrage liegen, ein Interesse an der Einziehung der Arbeiter hat.

Soweit wir aus früheren Versammlungen der Arbeiter unterrichtet sind, besteht auf dieser Seite zwar die Absicht, einen einheitlichen Tarif einzuführen. Diese Absicht würde aber nach unserer Kenntnis in dem Augenblick aufgegeben werden, wo die Arbeitgeber eine Politik einschlagen, die auf einen Konflikt hinarbeitet. Es würde dann mit den einzelnen Arbeitgebern der Vertrag zum Abschluß gebracht, selbst auf die Gefahr hin, daß die Lohnsätze nicht einheitlich sein könnten.

Diesbezügliche Erklärungen der Verbandsleitung in früheren Versammlungen dürften jedenfalls auch heute noch ihre Geltung haben und seitens der Verwaltung zur Anwendung gebracht werden. Wie wir hören, nimmt am Donnerstagabend eine Versammlung der Berliner Filiale des Schneiderverbandes zu dieser Sache Stellung.

Herr Karl Wiesenthal sendet uns folgende

Vertichtigung.

In Nr. 67 des „Vorwärts“ etc. ist im Hauptblatt die Seite unter Gewerkschaftliches, mit der Ueberschrift „Wiesenthal will nicht kagen!“ eine Notiz enthalten, welche sachlich nicht wahr ist. Ich bitte deshalb um Aufnahme nachstehender Vertichtigung.

Es ist nicht wahr, daß ich in unserem Verbandsorgan Herrn Adolf Cohen aufgefordert habe, seine Beweise im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, mit der Andeutung — um einer Klage aus dem Wege zu gehen — ich werde dann in unserer Zeitung antworten.

Wahr ist, daß ich Herrn Adolf Cohen aufgefordert habe, seine Beweise für die Vertichtigung seiner Beleidigungen gegen den Kassen-Redakteur; Albert Wabbe, Berlin. Inzeratenteil bezuzug.

gemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, damit die Berliner Arbeiterschaft das sie angeblich schädigende Treiben dieses Verbandes erfährt. Für diese Veröffentlichung sagte ich die Beleidigungsklage gegen Herrn Adolf Cohen zu.

Weiter ist es unklar, daß ich vor einer gerichtlichen Klärstellung zusehen will.

Wahr ist, daß ich jetzt Herrn Adolf Cohen verklagt werde. Karl Wiesenthal, O 64, Silesienstr. 68.

Gendarmerie- und Schutzmannsangebot vor der Zigarettenfabrik Garbath in Pantow.

Man schreibt uns:

Am Sonnabend, den 11. März, ereignete sich in obiger Fabrik ein Vorfall, der hiermit zur Kenntnis der organisierten Arbeiterschaft Berlins und darüber hinaus gebracht werden soll. Ein bis zu diesem Tage circa sechs Jahre in Arbeit stehender Zigarettenarbeiter hatte einem dort beschäftigten Tabaksmischer auf dessen Wunsch zwei Kauschuzigaretten zum Rauchen gegeben. Ein an sich ziemlich belangloser Vorfall, der, nebenbei bemerkt, sich im Arbeitsraum der Fabrik abspielte, und zwar unter den Augen der dort beschäftigten Arbeiter. Einem Arbeitsnachbar genügte dieser Umstand, um jetzt, nachdem Monate verfloßen waren, nach einem stichtagelangen unbedeutenden Zwist den Schenker bei der Firma zu denunzieren, die denn auch prompt die Entlassung verfügte.

Hierüber allgemeines Erstaunen und Kopfschütteln, was sich noch mehr steigerte, als am nächsten Tage ein Gendarmerie- und Polizeiangebot in der Stärke von circa 15 Mann vor den Toren der Fabrik erschien.

Wir fragen:

Wer hat dieses Angebot von Vertretern der bewaffneten Macht verlangt und warum?

Sollte vielleicht das in der Fabrik Garbath seit langem herrschende Einschüchterungs- und Verängstigungssystem dadurch etwa noch untergraben werden?

Oder sollte hierdurch den Arbeitern gezeigt werden, welche Machtmittel in Preußen einem Millionär, auch wenn dieser ein Ausländer und aus Russisch-Polen ist, zu Gebote stehen?

Deutsches Reich.

Sitzung des Haupttarifamtes für das Malergewerbe.

Auf Antrag der Arbeitgebervertreter wurde am Montag in einer Sitzung des Haupttarifamtes zu Berlin nochmals zu den Differenzen im Hamburger Malergewerbe Stellung genommen. Von den Unternehmern wurde auf die verschärfte Situation, wie sie seit Sonnabend eingetreten ist, hingewiesen und die Verantwortung einiger grundsätzlicher Fragen beantragt. Die Unparteiischen brachten in Anregung, ob es nicht möglich sei, durch gegenseitige Vereinbarung die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Das läge im Interesse beider Parteien. Durch Entschiede in solchen Fällen werde im allgemeinen nicht viel erreicht. Die Gehilfenvertreter erklärten, daß es ausgeschlossen sei, hier eine Einigung zu erzielen, wenn die beteiligten Parteien nicht anwesend seien. Die zunächst interessierten Parteien seien gewiß damit einverstanden, wenn es gelänge, in Güte die Differenzen zu regeln. Bei der weiteren Auseinandersetzung kam zum Ausdruck, daß, wenn auch hier speziell eine drückende Angelegenheit vorliege, doch leicht das ganze Tarifgebiet davon berührt werden könne, es erscheine deshalb dringend geboten, Einigungsverhandlungen einzuleiten. Es wurde der Vorschlag gemacht, ein Mitglied der Unparteiischen nach Hamburg zu entsenden, um am Dienstag dort die Verhandlungen zu leiten. Die Gehilfenvertreter hoben nochmals hervor, daß das Vorgehen in Hamburg sich gegen die Maßnahmen der Malerinnung richte. Herr Gewerkschaftsdirektor Dr. Prensler erklärte sich dem Ansuchen des Haupttarifamtes gemäß dazu bereit, den Vorsitz bei den Einigungsverhandlungen zu übernehmen, in der Voraussetzung, daß die Parteien gewillt seien und daß die Möglichkeit gegeben ist, eine Einigung zu erzielen. Die Verhandlungen begannen am 21. März, mittags 1 Uhr, im Innungshaus zu Hamburg.

Etwa 70 Schneider in Stolp, organisiert im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein, befinden sich seit dem 20. März im Streik, da die Meister den eingereichten Lohnsatz, der die Erhöhung der Löhne um 15 Proz. vorsieht, abgelehnt haben. Die Verhandlung einer Kommission mit den Arbeitgebern verlief resultatlos, da die Meister den Sprecher derselben, Krüger-Berlin, Hauptvorsitzender des Gewerksvereins, nicht anerkennen wollten.

Textilarbeiterausperrung in Hof i. Bayern.

Montag früh wurden in drei Webereien die Weber und Weberinnen gesperrt. Die Arbeiter in den drei Webereien hatten seit

längerer Zeit den freien Sonnabendnachmittag von den Unternehmern zugesprochen erhalten. Auf Beschluß des süddeutschen Textilindustriellenverbandes verlangten die drei Unternehmer, daß die Arbeiter jetzt am Sonnabendnachmittag wieder arbeiten sollten. Die Arbeiter haben an drei Sonnabenden sich geweigert, diesem Verlangen der Unternehmer nachzukommen, weshalb jetzt die Aussperrung durch die Unternehmer verfügt wurde. Die Arbeitszeitdifferenz beträgt pro Woche keine zwei Stunden, da gegenwärtig bis 1 Uhr nachmittags gearbeitet wird. Von der Aussperrung sind 550 Personen betroffen.

Ein Transportarbeiterstreik ist am Montag, den 20. d. Mts., in Rülhausen i. Elb. ausgebrochen. Es streikten die Fuhrleute und Lagerarbeiter der Expeditionsfirmen so vollständig, daß die Güterexpedition gleich am ersten Tage des Streiks vollständig lahmgelegt war; nur einige wenige Wagen verkehrten, deren Fahrer die roten Ausweisarten des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit sich führten zum Nachweis, daß in diesen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Zustimmung des Verbandes geregelt sind. Die Streikenden verlangen Wochenlöhne von 20 M. für Einspänner und von 28 M. für Zweispänner, in Betrieben mit besonders schwerer Arbeit (Mehl- und Kolonialgeschäfte usw.) Wochenlöhne von 32 M. für Zweispänner und von 30 M. für Lagerarbeiter. (Nurzeit sind Monatslöhne von 80—100 M. an der Tagesordnung.) Ferner wird eine angemessene Regelung der Arbeitszeit verlangt, die jetzt unbegrenzt ist (14—18 Stunden, ja sogar 24 stündige Arbeitszeit kommt vor). Der Ausstand wurde am Sonntag in einer überfüllten Versammlung mit 294 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Ausland.

Ein Sieg der freigeordneten Handlungsgehilfen

über die Deutschnational-Christlichsozialisten ist auch in Wien zu verzeichnen. Dort siegte bei den Handlungsgehilfenwahlen der Sozialist Sid mit 11 774 Stimmen über seinen nationalen Gegner, der nur 6106 Stimmen davontrug.

Letzte Nachrichten.

Sturm in der französischen Kammer.

Paris, 21. März. (B. L. B.) Bei der Beratung des Credits für die Schaffung eines Unterstaatssekretariats im Justizministerium begründete Berichterstatter Chéron die Schaffung dieses Postens vom juristischen Standpunkte aus. Leferre du Prey übte Kritik an dieser Forderung und ließ durchblicken, daß der Posten lediglich geschaffen werden solle, um Raluy, durch dessen Interpellation das Ministerium Briand zu Fall gebracht worden sei, zu versorgen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte, in der Herzog v. Rohan (Rechte) gegen die Schaffung des Unterstaatssekretariats protestierte, während der sozialistisch-radikale Long sich dafür aussprach, bemängelte sich des Hauses große Unruhe und die Redner wurden häufig unterbrochen. Charles Benoist erklärte, daß in der Budgetkommission auch nicht entfernt eine Uebereinstimmung zugunsten der Schaffung des neuen Unterstaatssekretariats geherrscht habe. Bei fortwährendem Lärm erklärte Jules Roche, er bestreite der Regierung nicht das Recht zu handeln, wie sie es getan habe; aber er werde aus politischen Gründen gegen das neue Unterstaatssekretariat stimmen. (Zurufe von zahlreichen Bänken.) Ministerpräsident Monis gab seiner Verwundung über die lokale Erklärung Jules Roches Ausdruck. Endlich sei er einem Manne begegnet, der so ehrlich sei, seine Meinung zu sagen. (Beifall bei der äußersten und einem Teil der übrigen Linken.) Auf den Vorkäufen der Rechten, im Zentrum und bei einem Teil der Linken entfalteten die Worte des Ministerpräsidenten einen schreckentzitternden Lärm, der von den übrigen Abgeordneten der Linken mit anhaltenden Pfeifstößen beantwortet wurde. Die Deputierten in der Mitte hatten sich erhoben und ballten die Hände gegen den Ministerpräsidenten, der trotz des unerschütterlichen Tumults, in den seine Worte untergingen, unbeirrt seine Rede fortsetzte.

Da der Präsident nicht imstande war, die Ruhe wiederherzustellen, dauerte der Tumult eine Viertelstunde lang an. Die Sozialisten versuchten einen regelrechten Angriff auf die Rechte und die Mitte, wurden aber von den Sozialdemokraten mit Hilfe von Deputierten der Linken an ihrem Vorhaben gehindert und zurückgehalten. Während dieser Vorgänge blieb Ministerpräsident Monis auf der Tribüne und diktierte seine Rede den Stenographen.

Eine Anzahl Deputierter der Linken und Sozialisten, die sich durch die äußeren Gänge nach der anderen Seite des Sitzungssaales begeben hatten, erschienen plötzlich auf der Rechten, wo es zu lebhaftem Wortwechsel kam. Die Progressiven begannen gegen den Ministerpräsidenten zu toben. Dieser legte die Hände als Schallschirm an den Mund, um seine Rede den Stenographen weiter diktiert zu können und verließ schließlich die Tribüne unter dem stürmischen Beifall der Linken, deren Mitglieder ihn in großer Zahl dazu beglückwünschten, daß er während dieser 20 Minuten solche Selbstlosigkeit gezeigt habe. Jules Roche versuchte vergeblich zu sprechen, die Kammer war aber noch zu sehr unruhig. Endlich trat wieder Ruhe ein. Dreion verlangte von dem Ministerpräsidenten Klipp und klar zu wissen, was er mit seinen Worten gemeint habe. Monis wollte antworten, aber in dem Lärm, der ausfloss, sah er ein, daß er seine Stimme und der Wortwechsel zwischen den Deputierten der Rechten und der Linken begann von neuem.

Sozialdemokratischer Preshänder.

Altenburg, 21. März. (B. L. B.) Der Redakteur der sozialdemokratischen Volkszeitung, Heinrich Dirreiter, wurde vom Landgericht wegen Beleidigung des Reichsbankvorsichters Heinrich Schmolzen zu sechs Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust beantragt.

Ausland der Seeleute in Oesterreich.

Triest, 21. März. (B. L. B.) Drei Lloyd-Dampfer, die nach Dalmatien, Trieste und Konstantinopel bestimmt waren, ebenso zwei Dampfer anderer Gesellschaften konnten im letzten Augenblick die Fahrt nicht antreten, da die niedere Mannschaft die Schiffe verließ. Der Ausstand der Seeleute nimmt zu; es streiken bereits 2300 Mann. Auch die Schiffslöcher und Kellner haben sich dem Ausstand angeschlossen. Zur Beförderung des Dalmatiner Postdienstes sind 14 Torpedoboote eingesetzt. Die Ausständigen verhalten sich ruhig.

Dodarbeiterausperrung.

La Rochelle, 21. März. (B. L. B.) Da die Mitglieder des Syndikats der Dodarbeiter, die seit einiger Zeit im Konflikt mit ihren Arbeitgebern stehen, ihre Arbeit in einer Weise versehen, die die Unzufriedenheit der Unternehmer erregt, haben diese die Aussperrung beschlossen. Nur eine Firma läßt weiterarbeiten.

Schlechtes Einschenken ist Betrug.

München, 21. März. (B. L. B.) In dem Prozeß vor der Strafkammer des Landgerichts München I gegen den Richter des Löwenbräukellers Georg Mathias Erwig und eine Reihe Schenkellner wegen betrügerischen Einschenkens wurde heute Abend gegen 1/2 Uhr nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Erwig wurde wegen eines Betruges des vollkommenen und des versuchten Betruges zu sechs Wochen Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe oder weiteren 300 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Schenkellner Anton Köpfer erhielt drei Wochen Gefängnis, Michael Koppelt zwei Wochen Gefängnis, Josef Weiger eine Woche Gefängnis, Michael Lanke eine Woche Gefängnis. Ferner wurden die Angeklagten zur Tragung der Kosten verurteilt. Bei der ersten Verhandlung des Prozesses im vorigen Jahre wurden die Angeklagten definitiv freigesprochen.

Reichstag.

158. Sitzung. Dienstag, den 21. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Meine Herren! (Die Abgeordneten erheben sich.) Wie am 21. März 1871 der damalige Alterspräsident von Frankenberg-Ludwigsdorf die erste, so habe ich heute nach 40 Jahren die Ehre, die 3426. Sitzung des Deutschen Reichstages zu eröffnen, was Sie wohl interessieren wird. (Allgemeine große Heiterkeit.)

Die Wittven- und Waisenversicherung.

Auf der Tagesordnung steht die erste und eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung des § 15 des Unfallversicherungsgesetzes und des § 2 des Gesetzes über den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds- und den Invalidenfonds. Der Zeitpunkt der Inkrafttreten der Hinterbliebenenversicherung soll vom 1. April 1911 auf den 1. Januar 1912 verschoben werden.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Der Entwurf bedeutet nichts weniger als das wieder einmal ein feierlich gegebenes Versprechen nicht eingelöst wird. (Sehr richtig! links.) Ich habe früher schon einmal von einer

papiernen Sozialpolitik des Zentrums

gesprochen, die Vorlage beweist, wie recht ich damals hatte. (Sehr richtig! links.) Als am 9. Dezember 1909 der gleiche Entwurf hier verhandelt wurde, betonte ich, daß der Termin des 1. April 1911 doch nicht eingehalten werden würde. Wer gibt Ihnen (zum Zentrum) die Garantie, daß jetzt der Termin eingehalten wird?

Das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung ist ganz unsicher, und deshalb sollte man einem Gesetzentwurf nicht zustimmen, der dieses Zustandekommen zur Voraussetzung hat. (Sehr richtig! links.) Die Regierung und die regierenden Parteien sollten alles daran setzen, das 1903 gegebene Versprechen jetzt endlich einzulösen, und das geht, denn die Hinterbliebenenversicherung ist fertig und kann sich aus der Reichsversicherungsordnung herausgenommen werden. Wir werden daher für den Entwurf nur stimmen, wenn das Datum des 1. Januar 1912 ersetzt wird durch den 1. Oktober 1911. (Beifall links.)

Abg. Kaufmann (nat.): Wenn dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt wird, können wir die Hinterbliebenenversicherung nicht bekommen, denn sie erfordert jährlich 88 Millionen, während nur 46 1/2 Millionen da sind. Wir werden alles tun, um die Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach zu bringen, und dadurch bekommen auch die Hinterbliebenen, was ihnen gebührt. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Trimborn (Z.): Ohne die Weg-Trimborn hätten wir uns überhaupt noch nicht über die Hinterbliebenenversicherung zu unterhalten; deshalb kann man doch nicht von einer papiernen Sozialpolitik des Zentrums sprechen. Die Hinausschiebung des Termins bedeutet weiter nichts als jedes Rotgesetz beim Etat. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Graf Westphal (L.): Wer für die Wittven und Waisen wirklich etwas tun will, muß dafür sorgen, daß die Versicherungs-Ordnung zustande kommt. Wir wollen das tun und werden daher auch diesem Gesetz zustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Daß ein Vater sein Kind preist, kommt hier ja nicht zum ersten Male vor. Herr Trimborn nimmt für das Zentrum und sich in Anspruch, durch die Weg-Trimborn die Frage der Wittven- und Waisenversicherung überhaupt erst in Fluß gebracht zu haben. Das ist eine Legende. Freiherr v. Stumm war darin bedeutend weiter gegangen; am 10. Mai 1899 beantragte er, die Regierung solle einen Entwurf vorlegen, durch welchen im Anschluß an die Invalidenversicherung die Wittven- und Waisenversicherung für die versicherten Personen eingeführt wird. Acht Tage später beantragte das Zentrum, die Wittven- und Waisenversicherung nur für die in Fabriken beschäftigten Personen, also unter einer starken Einschränkung einzuführen. Die Mehrheit des Reichstages nahm aber den Antrag Stumms an, so daß die Weg-Trimborn zur Einführung einer Hinterbliebenenversicherung nicht nötig gewesen wäre. (Sehr richtig! links.) Uebrigens ist diese ganze Weg-Trimborn und ihre Geschichte die

ärgste Kritik an der Sozialpolitik des Zentrums.

Zunächst versprach der Abgeordnete Herald, daß die Mehr-erträge der gesamten landwirtschaftlichen Güter für die

Hinterbliebenenversicherung angeammelt werden sollten. Dann schränkte der Abgeordnete Trimborn durch seinen ersten Antrag in der Kommission dieses Versprechen ein und verlangte, daß nur die Mehrerträge aus den Zöllen für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse, Mehl und sonstige Mühlenprodukte für die Hinterbliebenen-Versicherung angeammelt würden. Das Zentrum ging so weit, weil es viel auf die Annahme des Antrages rechnete. Aber wider Erwarten fand der Antrag in der Kommission eine Mehrheit und da verschlechterte der Abgeordnete Trimborn im Plenum selbst, ohne jeden äußeren Anlaß, seinen Antrag (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), indem er die Erträge aus Gerste, Hafer, Butter, Eier und Käse aus dem Antrage herausstrich und statt „Mehrerträge“ setzte „Mehrerträge pro Kopf der Bevölkerung“, wodurch dem Reiche bei der steigenden Bevölkerungszahl steigende Einnahmen gesichert wurden. Wenn wir uns nun den Etat dazuschauen, so finden wir die sehr schöne Ueberschrift „Zur Kapitalansammlung behufs Erleichterung einer Wittven- und Waisenversicherung“, wofür es heißt: „Denn folgt erste Spalte für 1911: Gedankenstrich. Für 1910: Gedankenstrich, mithin mehr: Gedankenstrich, mithin weniger: nochmals ein Gedankenstrich.“

Diese vier Gedankenstriche

sind das große erfüllte Versprechen des Zentrums für die Wittven und Waisen. Auf diese vier leeren Rubriken verweisen Sie die Wittven und Waisen. Sie sagen, die Mittel fehlen. Das ist doch aber

Ihre Schuld.

In den Jahren 1909 und 1910 hat das Reich für die Einfuhrzölle 47 1/2 Millionen Mark

bezahlt, mehr als für die Wittven und Waisen angeammelt ist. Früher rechneten Sie in Ihren sozialpolitischen Flugblättern vor, daß bis zum Jahre 1910 400 Millionen Mark angeammelt sein würden, die würden 14 Millionen Zinsen geben, und dazu käme eine weitere Ansammlung von 68 Millionen jährlich, so daß damit eine Hinterbliebenenversicherung ohne Beitrag der Arbeiter eingeführt werden könnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als ich das damals kritisierte und sagte, in manchen Jahren würde nichts übrig bleiben, wurde mir erwidert:

Vizepräsident Dr. Spahn: Diese Ausführungen bewegen sich nicht auf dem Boden der Vorlage. Ich bitte Sie, abzudrehen. (Zuruf links: Unerbötlich!)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Dann kann ich nur noch bemerken, daß auch das nicht erfüllt wird, was im § 15 des Unfallversicherungsgesetzes versprochen wurde, denn von 2 1/2 Millionen Wittven werden nur 150 000 eine Rente erhalten, außerdem werden 58 Millionen Mark an Beiträgen erhoben, denen eine überaus geringe Rente gegenübersteht. — Dann habe ich noch eine Frage an die Regierung zu richten: Nach dem Gesetz vom 8. April 1907 sollten die Papiere für den Hinterbliebenenfonds aus dem Invalidenfonds entnommen werden, um diesem die Verkaufsspesen und dem ersten die Ankaufsspesen zu ersparen. Dabei hat der Hinterbliebenenfonds ein ein sehr schlechtes Geschäft gemacht, denn hätte er damals dreieinhalbprozentige Reichsanleihe gekauft, so würde er jetzt 48 1/2 Millionen Mark haben, während nur 46 1/2 Millionen da sind. Da ist es doch dringend notwendig, daß Aufklärung gegeben wird, woher das kommt. Zum Schluß bemerke ich, wir lehnen die Vorlage ab, um an Pfennigen zu beweisen, welchen inneren Wert die ganze Weg-Trimborn hat. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Rp.): Meine Freunde werden der Vorlage zustimmen; der jetzige Augenblick ist gerade geeignet für ein solches Rotgesetz.

Abg. Trimborn: Unsere Versprechungen halten wir; wir haben erklärt: ohne Wittven- und Waisenversicherung kein Zolltarif, und an diesem Standpunkt halten wir auch heute noch fest. (Lebhafte Bravo! im Zentrum.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Herrn Trimborn gegenüber bemerke ich, daß ich mir gar nicht denken kann, weshalb er seinen ersten Antrag ohne jeden äußeren Anlaß auf die Hälfte reduziert hat, wenn es ihm mit seinem ersten Antrage wirklich ernst gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dombold: Auf die Anfrage des Abgeordneten Wollenbuhr bemerke ich, daß die Verwaltung der beiden in Frage kommenden Fonds unter der Aufsicht der Reichs-Schuldenkommission geführt wird, die alljährlich einen Bericht erstattet.

Abg. Kulerski (Pole): Meine Freunde werden dem Gesetzentwurf

nicht zustimmen, wir verlangen, daß den Wittven und Waisen das gegebene Versprechen gehalten wird.

Abg. Trimborn: Wir haben seinerzeit weniger beantragt, wie der Abg. Freiherr v. Stumm, weil wir überzeugt waren, daß auf der breiten Grundlage des Stimmlichen Antrages aus der Sache nichts werden würde. Die Tatsachen haben uns recht gegeben. Auch die Reduzierung meines ersten Antrages entsprach der Befürchtung, daß er im Plenum des Reichstages keine Annahme finden würde.

Abg. Wollenbuhr:

Damals hat das Zentrum eine solche Befürchtung nicht gehabt, eher das Gegenteil. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dem Vertreter der Regierung bemerke ich, daß ich nicht die einzelnen Stücke kennen lernen will, die der Bericht der Reichsschuldenkommission nachweist, sondern ich will nur wissen: warum nur 46 1/2 Millionen da sind, gegenüber 48 1/2 Millionen, die da sein müßten?

Abg. Behrens (Wirtsch. Pg.): Wir werden die Vorlage annehmen, weil wir die Reichsversicherungsordnung zustande bringen wollen, und zu dem Reichstage das Vertrauen haben, daß er sie zustande bringt. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird die zweite Lesung sofort vorgenommen. Hierzu liegt ein Antrag Mugdams (Sp.) vor, statt des Termins 1. Januar 1912, den Termin 1. Oktober 1911 zu setzen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Die Dinge liegen keineswegs so, daß die Hinterbliebenenversicherung entweder mit der Reichsversicherungs-Ordnung zusammen oder mit den vorhandenen 46 1/2 Millionen durchgeführt werden muß. Es ist nicht gut, die Bevölkerung in den Glauben zu versetzen, daß die Reichsversicherungs-Ordnung hier glatt durchgehen wird. Ich wünsche, daß eine Wittven- und Waisenversicherung unter allen Umständen bis zum 1. Oktober 1911 eingeführt wird. Das Schicksal der Reichsversicherungs-Ordnung wird sich bis zum Juli entschieden haben, sollte sie nicht zustande kommen, so ist dann noch Zeit, die Hinterbliebenenversicherung für sich zu regeln.

Abg. Becker-Weinberg (Z.): Die Hinterbliebenenversicherung getrennt von der Reichsversicherungsordnung zu verabschieden, ist ein Ding der Unmöglichkeit, das sollte Dr. Mugdan als Mitglied der Kommission für die Reichsversicherungsordnung doch wissen.

Abg. Dr. Mugdan: Ich verpflichte mich, die Herausarbeitung der Hinterbliebenenversicherung aus der Reichsversicherungsordnung an einem einzigen Tage zu vollziehen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wenn selbst aus formalen Gründen die Verabschiedung einer Hinterbliebenenversicherung bis zum 1. Oktober möglich wäre, so könnte sie doch nicht sofort in Kraft treten; die Versicherungsanstalten müßten doch Zeit haben, sich darauf einzurichten. Wenn übrigens der Abg. Dr. Mugdan meint, falls die Reichsversicherungsordnung ohne Verschulden der Regierung scheitern würde, würde die Regierung ganz von selbst einen Gesetzentwurf über die Hinterbliebenenversicherung einbringen, so irrt er sich. (Lebhafte Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Mugdan: Die Geschichte der Reichsversicherungs-Ordnung ist ein Schulbeispiel für die

Mangelhaftigkeit unserer Gesetzsmacherei.

Die Regierung hat den Entwurf ohne Zählung mit den Mehrheitsparteiern ausgearbeitet und in der Kommission ist er vollständig verändert worden, sodas er in vielen Punkten der Regierung gar nicht gefällt. Es ist Schuld der Regierung, wenn er scheitert. Die Regierung soll Führerin der Parteien sein, sich nicht von den Parteien hierhin und dort hin reißen lassen. Unter solchen Umständen kommt eben das heraus, was schließlich hier herauskommen wird, ein Berg von lauter Scherben. (Lebhafte Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Natürlich, wenn man sich auf den Moment freut, wo man vor einem Berg von Scherben steht. (Große Unruhe links, in der die folgenden Sätze des Redners verloren gehen.) Ich muß dagegen protestieren, daß an den Schwierigkeiten der Verabschiedung der Versicherungsordnung die Regierung allein oder wesentlich die Schuld trägt. Bei einem Parlament, dessen Parteien so verschiedenartig sind, kann die Regierung einen so komplizierten Entwurf mit 1700 Paragraphen nicht vorher vereinbaren. In den großen Richtlinien hat die Kommission den Entwurf beibehalten. (Zustimmung rechts und im Zentrum, Widerspruch links.) In einzelnen Punkten haben wir einen Kompromiß schließen müssen, weil bei den vielen beteiligten Parteien es unmöglich ist, eine solche Vorlage aus einem Gusse durchzuführen.

Abg. Becker-Weinberg (Z.): Herr Mugdan will, daß die Regierung Führerin der Parteien sei; wir meinen, das Parlament soll sich Weg

Kleines feuilleton.

Ein Jubiläum der Wiener Volkshochschule. Man schreibt uns aus Wien: Selbstames Zusammentreffen der Historie: der fünfzigste Wiederkehrstag unserer Verfassung bedeutete zugleich den ersten Jahrestagabschluss unserer Volkshochschule. Sie hat freilich keinen so prunkhaft dekorativen, sondern einen viel schlichteren, gleichsam herzogweimenden Namen und heißt „Volkshaus“. Das Wort gilt als Programm, das sich in dem kameradschaftlichen Verhältnis zwischen Lehrern und Hörern ausdrückt. Keine hochstehende Schule ist unser Volkshaus, sondern ein lebendiges fröhliches Gebilde. Diese intime Heiterkeit spricht sich an deutlichsten in der wunderhübschen Festschrift aus, welche die Schüler des Volkshauses ihren Meistern präsentiert haben. Sie will — wie das Geleitwort sagt — Zeugnis geben von dem Innern einer Volkshochschule. Alle Aufsätze und Rednungen wurden von den Mitgliedern des Wiener Volkshauses beigezeichnet. Einräumlich, mit welcher Klarheit alle Mitarbeiter ihre Gedanken zu formen wissen. Die meisten erzählen, was das Volkshaus ihrem Leben bedeutet hat, und aus der Vergegenwärtigung solcher Dankeschuld gewinnt man ein rundes Bild vom Wirken dieser Anstalt. Der eine, ein Vuchsbinder, lobt sich sein Griechisch, ein Schulschnittzeichner die Zeichenschule, ein Dritter wieder englische, kunsthistorische und philosophische Kenntnisse.

Einer nennt diese kurz gehaltene „Konfession“ den „Mut zum Leben“, und es hat etwas Lieberzweigendes, wie er bezeugt, daß ihm hier in kümmerlicher sechziger Verrichtung der Sinn zur Daseinsfreude neu geweckt worden sei. Zwischen durch sind in diesem Heft ein paar Gedichte und Sprüche eingestreut, Worte, wie sie nicht ein Schriftsteller aus Schreibeitsernen, sondern die Elementararbeit eigenen Erlebens emporgebracht hat. Einem bricht es in stolzem Jubel von den Lippen: „Leer die Tische, doch unwiderstehlich der Drang nach Wissen“; ein anderer reimt: „So viel das Volkshaus kurze hat, in so viel Felder wird die Saat des Willens eingestreut“. Und es sind jetzt schon beträchtlich viele Glucksaaten und Körbe: in diesem Sommer allein fünfzig; während des ganzen zehnjährigen Bestandes fast tausend. Gegenwärtig wird das Volkshaus von zweitausendneuhundert Hörern frequentiert; die Besuchsziffer während der zehn Jahre ergibt über 83 Tausend.

Seit fünf Jahren hat das „Volkshaus“ seinen Namen zur vollen Wirklichkeit gebracht: es besitzt ein eigenes Heim, ein leuchtend weiches Haus, eine Insel des Lichtes in dem bedrückend einsörmigen Grau der Finsternissen ringsum. Wenn der Arbeitstag sich aufs Ohr legt, hebt da drinnen die geistige Regsamkeit an. Hier wird in fremden Sprachen konversiert, dort im Laboratorium gearbeitet, da gezeichnet und dort wiederum über die Probleme der Philosophie, der Sozialwissenschaft und der Kunst gesprochen. Das freiwillige Korps der Lehrer ist beträchtlich groß, aber an erster Stelle sind die drei Pioniere der Volksbildung zu nennen: die Professoren Wede und Emil Reich und der Universitätsdozent Rudo W. Hartmann.

Ein neues Tendenzdrama Bourget's. Aus Paris schreibt man uns: Paul Bourget's Schauspiel „Der Tribun“, das jetzt im

Boulevard-Theater aufgeführt wird, ist als dramatisches Kunstwerk erheblich besser als die „Varrilade“, aber seine sozialphilosophische These ist noch unfinniger. Der unerbittliche Klassenkampf ist ja gesellschaftliche Wirklichkeit, wenn auch seine Zeichnung in der Varrilade einseitig verzerrt ist. Was aber ist es, was im „Tribun“ bewiesen werden soll und wie wird es bewiesen? Ein sozialistischer Ministerpräsident hat einen Sohn, der um einer Geliebten willen Bestechungsgelder angenommen hat. Um ihn nicht zum Selbstmord zu treiben, läßt er den Entschluß, den Schuldbrief dem Gericht zu übergeben, fallen und zieht sich dann, in seinen tiefsten Ueberzeugungen erschüttert, vom öffentlichen Leben zurück. Diese Macht des Vatergefühls soll nach Bourget's Meinung den Sozialismus widerlegen. Sie widerlegt aber gar nichts. Nehmen wir an, der Sozialismus wolle wirklich die Zerstörung der Familie. Dann wäre die Stärke der Familiengeföhle in der bestehenden Gesellschaftsordnung so wenig ein Argument gegen ihn, wie die Verteidigung, die ein überzeugter Sozialist heute den Angriffen von Räubern oder Konkurrenten auf sein Privateigentum entgegensetzt. Aus welchen moralischen Traktaten hat aber Herr Bourget diese Weisheit von der „Zerstörung der Familie“ als einem sozialistischen Ziel aufgefunden? Wenn sozialistische Denker auf die allerdings unüberleglichen Ergebnisse der ethnologischen Forschungen hinweisen, die die Organisation der Familie in den Fluß der Evolution stellen und wenn die sozialistische Politik die juristischen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen, intellektuellen und sittlichen Veränderung der menschlichen Gemeinschaften ziehen will, wo nimmt Bourget das Recht her, dem Sozialismus individualistische Auflösungs-tendenzen zu unterstellen?

Sieht man genauer hin, so merkt man indes, daß es gar nicht der wurzellose Individualismus ist, der in seinem Stolz mit verbitterten sozialen Instinkten in Konflikt kommt, sondern die Solidarität einer engeren sozialen Gruppe mit der einer weiteren: Familie gegen Staat. Dieser Gegenhalt ist aber viel älter als Sozialismus und Individualismus. Aber das Familienverhältnis ist von Bourget nicht einmal in seiner sittlichen, sondern bloß in seiner Triebnatur erfasst. Wie diese beiden in Konflikt kommen können, hat Anzengruber erschütternd im „Vierten Gebot“ gezeigt: „Du sollst Vater und Mutter ehren, sie sollen aber auch danach sein.“ Die Vaterliebe des Bourget'schen Heiden ist an sich so wenig sittlich wertvoll wie ein bloßes Geschlechtsverhältnis oder eine Zierliebe. Und so läuft Bourget's reaktionärer Versuch komischerweise in eine Proklamierung jenes Sensualismus hinaus, der die erste Form der — bürgerlichen Revolution gegen die von ihm verurteilten mittelalterlichen Mächte war.

ist, herrscht in Skandinavien, Dänemark, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und Italien. Der sogenannten osteuropäischen Zeit gehören die Türkei, Ägypten, Transvaal, Oranien, Natal und die Kapkolonie an. Weniger bekannt sind die Fortschritte, die von der Jenseit weiter nach Osten hin gemacht worden sind. Auf der Insel Mauritius und den Seychellen, wird die Uhr 4 Stunden gegen Greenwich vorge stellt. Die Ehre, eine besondere Einzigeit für sich zu besitzen, hat die Inselgruppe Schagos mitten im Indischen Ocean, die der westeuropäischen Zeit um 5 Stunden vorauf sind. In Vorderindien geht die Uhr 6 1/2 Stunden vor, in Birma 6 1/2. Dann folgt eine weitere Zeitzone von erheblicher Ausdehnung, deren Unterschied 8 Stunden gegen den Null-Meridian beträgt. Dieser gehören an die gesamte Küste von China und die Pangtfu-Häfen des Pantou; ferner Borneo und Westaustralien. Die nächste Zone (neun Stunden) umfaßt Japan und die Philippinen. Für Südaustralien ist eine weitere mit 9 1/2 Stunden Unterschied eingeschoben. 10 Stunden vorauf sind Victoria, Queensland, Neu-Süd-Wales und Tasmanien, 11 Stunden endlich Neuseeland. Nordamerika ist in fünf Zonen eingeteilt, die um 4 bis 8 Stunden gegen die Greenwich Zeit zurück sind. Sie werden als Atlantische, östliche, zentrale Gebirgs- und Pazifische Zone bezeichnet. Hossentlich folgen nun auch die Länder, wenigstens in Europa, die sich der Jenseit noch nicht angeschlossen haben, dem Beispiel Frankreichs. Wertwürdigerweise gehört zu diesen außer Rußland und Portugal auch noch Irland.

Notizen.

— Die Igl. Oper, dieses höchst merkwürdige Kunstinstitut, dessen höchster Ehrgeiz im allgemeinen ist, alle durchgefallenen oder sicher durchgefallenen Opern aufzuführen, hat sich zu einem heroischen Entschluß aufgerafft. Schon in der nächsten Saison will es die letzte Sensationsoper ihres ersten Dirigenten: den „Kosentavalier“ von Rich. Strauß, aufführen. Ihr Vorrat an ausländischen Winderwertigkeiten scheint also erschöpft zu sein. Wir fürchten aber, daß die Aktualität des jüngsten Strauß dann schon vorbei ist.

— Ein Jubiläumsgeschäft. Daß bei den Jubiläen, die ein getreuer Untertan jetzt fortwährend zu feiern hat, manchmal nicht nur die Witte und ähnliche Patrioten verdienen, zeigt das jüngste bayerische Jubiläum. Die bayerische Postverwaltung hat innerhalb fünf Tagen (vom 10.—15. März) für circa 1 1/2 Millionen Mark neue Prinzregentendriefmarken verkauft. Da das den gewöhnlichen Bedarf weit übersteigt, hat die Post damit ein glänzendes Geschäft gemacht.

— Die Schwarze Meer-Bahn. Der russische Eisenbahnminister hat der Duma soeben einen dringenden Gesetzentwurf vorgelegt, der den sofortigen Bau einer Schwarzmeer-Eisenbahn vorschlägt; die Arbeiten sollen eiligst in Angriff genommen werden. Als Hauptgrund werden strategische Erwägungen angeführt; die Bahn soll dazu dienen, die Verbindung zwischen dem Kaukasus und dem Transkaukasus zu beschleunigen. Die Kosten des Bahnbaus werden auf 90 Millionen geschätzt.

und Pfad selbst finden. Sich mit Herrn Mugdan über die Kerkfrage zu verständigen, das Amtsjahr bringt kein Staatssekretär fertig. (Sehr gut! im Zentrum.)

Herr Dr. Mugdan: Dies Beispiel war recht ungeschicklich, denn gerade die Kerkfrage ist meinen Anregungen entsprechend geregelt worden. (Sehr richtig! links.)

Herr Bekker-Krüger: Die Regelung der Kerkfrage entspricht nicht den Wünschen des Dr. Mugdan, sondern denen des Zentrums. (Sehr richtig! und große Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Polen angenommen.

Die Kalipropagandagelder.

Zur Verhandlung kommen die noch ausstehenden Titel aus dem Etat des Reichsanwalts des Innern über die Verwendung der Kalibabgabe. Die Kommission hat eine Spezialisierung der Kalibabgabe beschlossen, die nach dem Etat auf 4 800 000 M. geschätzt wird. Unter anderem sollen von den 1 100 000 M., die für praktische Versuche sowie für wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltungen zur Hebung des Kalibabgabes im Inland bestimmt sind, an landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände 600 000 M. gegeben werden.

Ein in der Kommission abgelehnter Antrag der Volkspartei liegt hierzu vor und fordert, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, weder mittelbar noch unmittelbar Propagandageld erhalten dürfen.

Der Reichsbund, der einstweilen mit 300 000 M. ausgestattet werden soll, soll nach dem fortschrittlichen Antrag als Fonds zur weiteren Hebung des Kalibabgabes bezeichnet werden. Sämtliche beantragte die Volkspartei eine Resolution, wonach der Bundesrat auch für den Bezug von Kalibabgabegeldern festsetzen soll, wobei der höchste Rabatttag bereits bei einem Bezug von 20 000 Doppelzentner Reinfalt erreicht wird.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Resolution, worin die Regierungen ersucht werden, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der das Kaligeseh dahin ändert, daß die in ihm vorgesehene Abgabe mit der Maßgabe der Reichskasse zugeführt wird, daß ihr Ertrag alljährlich zur Verwendung für sozialpolitische Zwecke

in den Etat einzufließen ist.

Der Berichterstatter Herr v. Nischhofen (L.) hebt hervor, daß die Mehrheit der Kommission entschieden bestritten habe, daß dem Bund der Landwirte eine bevorzugte Stellung eingeräumt worden sei. Der Bund habe als solcher mit der Kalipropaganda nichts zu tun, die von der vollständig selbständigen Verkaufsstelle betriebenen Werke. Die Kalipropagandagelder können nur an landwirtschaftliche Verbände gegeben werden, da nur sie imstande seien, die erforderlichen Versuche anzustellen. Daher hätte die Kommission die Ausdehnung der Beihilfe auf andere Verbände abgelehnt.

Herr Speck (Z.): In der Kommission waren die Parteien darin einig, daß die Statutarstellung der Regierung in diesem Falle unzulänglich war. Vielleicht sind auch die Beihilfen der Budgetkommission noch unzulänglich, aber die Materie ist eben sehr schwierig. Die halbjährige Einziehung der Ueberkontingentabgabe für 1910 ist geboten. Der Reichstag hat jedenfalls Anspruch darauf, daß die Verwendung der 4,8 Millionen, die aus dem Kaligeseh der Regierung zur Verfügung stehen, ihm in einzelnen aus-einandergelegten und nachgewiesenen wird. Sind die Ausgaben-summern nicht in einzelnen spezifiziert, so ist eine Kontrolle unmöglich. Das Wort „Ausgabe für Propagandazwecke“ hat etwas Unangenehmes. In der Kommission ist ja auch behauptet worden, daß die Kalipropaganda mit einer gewissen Strepitosigkeit betrieben werde. Aber diese Propaganda ist von großem Vorteil für unsere Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die Kalipropaganda in der bisherigen Weise weiter betrieben wird. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Nun haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, dessen Annahme die Inland- und Auslandpropaganda vollkommen unmöglich machen würde.

Die äußerste Linke beantragt, daß die Abgabe aus dem Kaligeseh der Reichskasse für sozialpolitischen Zwecken überwiesen werden soll. Da würde nicht mehr für die Propaganda übrigbleiben. Wer es aber gut mit der Kallindustrie und mit der Landwirtschaft meint, kann diese Propaganda nicht beseitigen wollen. Der Gebante, für die Reichskasse aus der Abgabe etwas nutzbar zu machen, ist an sich ja außerordentlich sympathisch. (Sehr wahr! im Zentrum.) Für die Propaganda aber muß ein erheblicher Teil übrig gelassen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten ist auch deshalb bedenklich, weil eine so rasche Reduzierung des Kaligesehs nicht am Platze ist. Der Antrag will eine Zwecksteuer einführen und die kennen wir im Reiche nicht. Die Bedürfnisse für die Fort-führung der Sozialpolitik müssen aus den allgemeinen Einnahmen des Reiches bestritten werden. Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die großen landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden, sondern alle ohne Ausnahme. Sie müssen nur den Nachweis führen, daß sie wirklich Kalipropaganda treiben und daß sie das Geld nur für diesen Zweck verwenden. Nur die Verbände erhalten das Geld, nicht der einzelne Bauer. Es ist daher deplaciert, wenn die „Kugelsberger Abendztg.“ kürzlich schrieb, das Zentrum habe den Konservativen zu Liebe die Interessen der Bauern verraten. Wenn die Interessen der Bauern über-all so gut untergebracht wären wie beim Zentrum, dann wäre die Notlage der Landwirtschaft längst beseitigt. (Bravo! im Zentrum.) Der Resolution der Volkspartei über die Staffeln der Rabattsätze stimmen wir bei, denn durch die bisherige Staffeln der Rabattsätze werden die mittleren und kleineren Organisationen gesteuert, sich den großen Verbänden anzuschließen und dies ist kein wünschenswerter Zustand. (Hört! hört!) Die für die Auslandpropaganda eingelegten zwei Millionen genügen. Mit dem weiteren Antrage der Volkspartei, daß politische Korporationen keine Propagandagelder erhalten sollen, kommt ein Moment in die Sache, das gar nichts damit zu tun hat. Ich halte den Bund der Landwirte für eine lediglich wirtschaftspolitische Organisation, denn ihm gehören Vertretungen verschiedener Parteirichtungen an. Diese Resolution der Volkspartei lehnen wir ab. (Bravo! im Zentrum.)

Unterschatsekretär Richter: Bei dieser vollkommen neuen Materie war es für die Regierung sehr schwierig, eine Spezialisierung in den Etat vorzunehmen. Wir müssen bei jedem Punkte vorsichtig prüfen, ob wir nicht die Kallindustrie schädigen. Die Ueberkontingentabgabe können wir nicht sofort erheben, wir müssen den Abschluß des Kalenderjahres abwarten. Dem Bundesrat wird in der nächsten Zeit eine Vorlage zugehen, die die Staffeln der Rabatte so gestaltet, daß die kleinen Verbände ihre Unabhängigkeit nicht verlieren. Politische Fragen sollte man nicht in diese Sache hinein-bringen.

Vizepräsident Schuy: erteilt dem Abg. Que das Wort.

Herr Que (Soz.): Ich bin überrascht, jetzt heranzukommen. Herr Nischhofen stand doch vor mir auf der Rednerliste.

Vizepräsident Schuy: Er hat erklärt, daß er später sprechen wolle.

Herr Que: Darf man annehmen, daß die Herren drüben über-haupt schweigen wollen?

Vizepräsident Schuy: Herr Nischhofen hat die Stelle in der Rednerliste, die ihm nach der Stärke seiner Fraktion zukommt, nicht beansprucht, sondern erklärt, daß er später zu sprechen gedente.

Herr Que (Soz.)

nimmt hierauf das Wort zur Sache. Das Kaligeseh ist von bemerkenswerter Wichtigkeit, in ihm ist eine Vorarbeit geleistet für die künftige wirtschaftliche Gesetzgebung. Die bisherigen Prophezeiungen über den Ruin der Industrie, die an dieses Geseh geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt, die Industrie hat vielmehr eine glänzende Entwicklung genommen. Der Grundungswinkel in der Kallindustrie soll erst durch das Geseh ins Kraut geschossen sein — wenigstens wurde es in der Presse so dargestellt. Aber die Hauptindustrielwirtschaft, die Hauptproduktion

hatte schon vor dem Geseh eingeseht und durch das Geseh ist ihr freilich nicht energisch genug zu Leibe gegangen. Unsere Anträge in der Kommission für das Kaligeseh bezweckten das aber, sie wurden abgelehnt, und für die Gründer-wirtschaft sind diejenigen verantwortlich, welche diese Anträge abgelehnt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Insofern haben die Kritiker des Kaligesehs recht, daß es den Kern des Übels nicht getroffen hat, es hat nicht die starke Ueberproduktion an Werken

verhindert. Mit jedem neuen Werk sinkt die Förderquote der älteren Werke, und je kleiner die Förderquote ist, um so größer werden die Selbstkosten. Deshalb hatten wir die Entziehung neuer Werke verhindern und den Zuwachs an Kaliproduktion allein den fiskalischen Werken bis zur Ausschöpfung ihrer vollen Leistungsfähigkeit zuwenden wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An den Zuständen, zu denen das Kaligeseh geführt hat, ist auch das Kalifundikat schuld durch die von ihm betriebene Hochhaltung der Preise, die beständig zur Errichtung neuer Werke anreizt. Durch eine rechtzeitige Herabsetzung der Preise wären viele faule Gründungen vermieden worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Uebererschüsse der Kallwerke sind im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre wieder um 40 Proz. gestiegen. Wir besitzen also in den Kallwerken einen

nationalen Schatz von unabwehrbarer Bedeutung,

den wir nicht von einer Handvoll Privatkapitalisten ausbeuten lassen dürfen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Kaligesehkommission wurde eingehend darüber diskutiert, ob es möglich sei, die Preise herabzusetzen. Wären die Verapredungen, welche die Regierung und damals gab, gehalten worden, so hätten wir jetzt nicht diese unerquicklichen Debatten notwendig. Das Kalifundikat hätte

recht merkwürdige Verträge

mit den großen landwirtschaftlichen Organisationen, hauptsächlich dem Bund der Landwirte abgeschlossen, indem es ihnen bestimmte Pro-visionen gab. So erhielt im Jahre 1908 die Deutsche Landwirtschafts-gesellschaft 431 000 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), der Bund der Landwirte 186 000 M., die Landwirtschaftliche Zentral-darlehnskasse 149 000 M., der Reichsverband deutscher landwirtschaft-licher Genossenschaften 468 000 M. und der Westfälische Bauernverein 35 000 M. Bemerkenswert ist, um Wipperhandlung zu vermeiden, daß ich keinem der in Frage kommenden Herren persönlich Unehrenhaftig-keit vorwerfe. Aber schon damals ist gefragt worden, warum die anderen landwirtschaftlichen Organisationen keine Provisionen be-kommen haben, und tagelang ist darüber diskutiert worden. In die Budgetkommission trat ein Zentrumsdarlehnsgeordneter mit einem polnischen Mandat ein (Heiterkeit), das war ungewöhnlich, weil dieser Herr wie kein Zweiter, mit den Praktiken des Kall-verkaufs vertraut ist und ausdrücklich gewünscht hatte, in die Kommission entsandt zu werden, von seiner Fraktion aber nicht entsandt wurde. Ich würde auf diese interne Fraktions-sache nicht eingehen, wenn die Presse nicht die Sache publik gemacht hätte, und wenn diese Differenzen im Zentrum nicht berichtigt worden wären mit denen, die inner-halb der sozialdemokratischen Partei zwischen den Gewerkschaften und Parteiführern bestanden und neulich hier von einem Zentrumsdarlehnsgeordneten zur Sprache gebracht wurden. Allerdings gibt es bei uns Zweifelsfragen zwischen den Gewerkschaften und der Partei; aber beim Zentrum ist es ebenso, nur mit einem einzigen Unterschied: unsere Kritiker fürchten, die Gewerkschaften könnten in Hochstapelei verfallen und nicht energisch genug für die Arbeiter eintreten; bei dem Zentrum dagegen fürchten die Kritiker, die Gewerkschaften könnten für die Arbeiter zu viel verlangen und die Arbeiter begehrlig machen, das ist doch ein fundamentaler Unterschied. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch muß ich auf diese Sache eingehen, weil nur dadurch der Antrag der Budgetkommission verständlich wird. Auf Dr. Heims Erklärung in der „Germania“ wurde ihm geant-wortet, er vernachlässige seine parlamentarischen Pflichten und komme nur in den Reichstag, wenn ihn persönlich interessierende Fragen verhandelt würden. Das sei auch hier der Fall, denn er sei Vorsitzender einer Bauerngenossenschaft und gehöre dem Aufsichtsrat eines Kallbergwerks an. Es wurde ihm also vorgeworfen und zwar von einem Mitglied des Zentrums, so

eine Art Panamisi,

freilich im milden Sinne des Wortes zu sein. Wir werden ja hören, was Dr. Heim darauf sagen wird; ich will mich über den Charakter dieser wenig christlichen Denunziation nicht auslassen (Heiterkeit und Sehr gut! links), aber zur Steuer der Wahrheit muß ich doch sagen, daß das Verhalten des Herrn in der Kommission nicht den Anschein erweckt, als ob er Vertreter eines Kallwerkes wäre.

Was wollten denn nun die oppositionellen Parteien und der Zentrums-vertreter mit dem polnischen Mandat. Wir wollten

den Schutz der kleinen Bauernschaft

gegen die Vergewaltigung durch die großen, landwirtschaftlichen Organisationen. Bei der Beratung des Kaligesehs haben wir uns tagelang über die Vermehrung der Inlandsrabatte gestritten, aber das, was ein Vertreter des Zentrums damals eine

Sanktionswirtschaft

nannte. (Heiterkeit.) Aber gerade die Inlandsrabatte hat die Re-gierung nicht festgesetzt. In der Budgetkommission erzählte der Zentrumsvertreter mit dem polnischen Mandat — ich will von dem Gebrauch nicht abgehen, keine Romanen aus der Kommission zu nennen, aber ich denke, es wird auch genügend deutlich sein, wenn ich von dem Zentrumsdarlehnsgeordneten mit dem polnischen Mandat spreche, ohne den Dr. Heim zu nennen. (Große Heiterkeit.) Also dieser Herr erzählte, wie die vom Syndikat abhängigen Verbände sich zu einer großen Einkaufsgesellschaft zusammengeschlossen haben und eine Politik verfolgten, welche die Selbständigmachung der kleinen Verbände unmöglich macht. Die Bedingungen des Syndikates hat die Staatsregierung bewilligt, obwohl bei den Debatten über das Kalifundikat die Regierung ausdrücklich versprochen hatte, daß eine Vergewaltigung der Kleinen nicht stattfinden würde. Aber die An-träge Speck und Brockhausen in der Kommission bedeuteten die Unterföhrung dieser Politik und ihre Quittierung haben wir in dem Antrage der Kommission. Diese Politik hat zu dem Fonds geführt.

Alle die Kennzeichnungen als

„Schmiergeld“, „Korruptionsfonds“

usw. sind ursprünglich nicht von sozialdemokratischer, freimünger oder nationalliberaler Seite ausgegangen, sondern von dem Zentrumsdarlehnsgeordneten mit polnischem Mandat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verwendung an die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ist meines Wissens von keiner Seite beanstandet worden. Ganz anders steht es aber mit den Zuwendungen an den Bund der Landwirte usw. Da ist sofort die Frage auf-zuworfen: warum haben die Kleinen sächsischen, bayerischen usw. Bauernvereinigungen nichts erhalten? Warum immer nur die pri-vilegierten Organisationen, der Bund der Landwirte an der Spitze? Wo ist und bleibt der Nachweis, daß allein die Genossenschaften, die die Propagandagelder erhalten haben, die Propaganda betrieben haben? (Sehr wahr! links.) Und wo bleibt der noch wichtigere Nachweis, daß mit den Propagandageldern nur Propaganda für das Kall betrieben worden ist? Es ist erklärt und nicht widerlegt worden, daß aus den Propagandageldern

participatistische Wanderrödrer bezahlt,

Zuwendungen an participatistische Zeitungen gemacht worden sind. Wo bleibt der Nachweis über die Verwendung der Gelder? Will man etwa bestreiten, daß der Bund der Landwirte eine parti-cipatistische Organisation ist? (Heiterkeit links.) Wie oft liest man, so noch jüngst in Sieben, Kandidat der Konservativen oder der Anti-semiten oder der Nationalliberalen und des Bundes der Land-wirte! (Hört! hört!) Gibt es noch einen zwingenderen Beweis für die politische Natur des Bundes der Land-wirte, als diese Teilnahme an den Reichstagswahlen?

Aber dieselbe Regierung, die fortgesetzt die proletarischen Jugendorganisationen verfolgt, weil sie angeblich politisch sind, die-selbe Regierung nimmt in aller Inskand den Bund der Landwirte als unpolitisch. Die freien Gewerkschaften werden als sozialdemo-kratisch bezeichnet, sogar der Buchdruckerbund, der so oft Reichert mit unierer Parteipresse geholt hat; aber der Bund der Landwirte soll heileibe nicht eine konservative Parteiorganisation sein, der Bund der Landwirte, dessen Führer ganz offen die Vereinigung der Reichsgesetzgebung als Bundeszweck proklamieren. (Hört! hört! links.) Aus dem Korruptionsfonds, wie der Zentrumsvertreter mit dem polnischen Mandat — nicht wir — ihn mit Recht genannt hat, aus dem unter Kontrolle des Reiches stehenden Fonds wird eine hochschätzbarische Organisation unterföhrt,

die mehr als einmal die Wirtschaftspolit und Handelspolitik der Re-gierung bekämpft hat.

Das erinnert wahrhaftig an russische Zustände, an russische Korruption.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Speck hat hier heute sehr beweglich über die Notwendig-keit der Förderung der Kleinen, der Unterföhrung des Kleinen Grund-besitzes gesprochen. Aber wie reimt es sich damit zusammen, daß das Zentrum in der Kommission alle Anträge, die gerade auf Zu-wendungen an die Kleinen hinauslaufen, ob sie nun von dem Zentrumsdarlehnsgeordneten mit dem polnischen Mandat oder von der Linken aus-gingen, niedergestimmt hat. (Widerpruch des Abg. Erzberger.) Wollen Sie, Kollege Erzberger, dies bestreiten? Wollen Sie bestreiten, daß das Zentrum den Antrag abgelehnt hat, der geeignet war, die Schwäche vor dem Terrorismus der Starlen zu schühen. (Abg. Erzberger: Ich habe dafür gestimmt. Heiterkeit und Zuruf links.) Das ist richtig, Herr Erzberger. Sie haben dafür gestimmt; aber die Majorität der Zentrumsvertreter in der Kommission hat da-gegen gestimmt. (Hört! hört! links.)

Es wäre eine feilschte Feier des 40. Geburtstages, wenn der Reichstag seine Zustimmung zu dem Schmiergeldsystem ausdrücken sollte. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir bitten um Annahme unseres Antrages, der die Kalibabgabe sozialpolitischen Zwecken dienbar machen will. Wie oft wird darüber gesagt, daß für sozialpolitische sowie für hochwichtige wissenschaftliche Zwecke kein Geld da ist. Wie oft haben wir allein in der diesjährigen Debatte diese Klage aus dem Munde der Staats-sekretäre hören müssen. Wurde doch erst gestern erklärt, daß die kleine im Etat zur Förderung des Wohnungswesens ein-gestellte Summe im Hinblick auf die Reichsfinanzen keine Erhöhung vertrage. Da sollte doch speziell das Zentrum für diesen unseren Antrag stimmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein Wort über

die Arbeiterfrage.

Wir haben im vorigen Jahre für das Kaligeseh gestimmt, weil es im ganzen für die Arbeiter eine Verbesserung brachte. (Lebhaftes Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Wenn, das haben wir nicht geleugnet und wir haben danach unser Votum eingerichtet, obwohl unsere Verbesserungsanträge zugunsten der Arbeiter abgelehnt wurden. Sie wurden abgelehnt, obwohl die Zentrumsmitglieder, die etwas von Arbeitersachen verstehen, sich für unsere Anträge ausgesprochen haben. Warum hat man es veräumt, in das Kaligeseh Bestimmungen zugunsten der Tarifverträge aufzunehmen? Will man den sozialen Frieden oder will man ihn nicht? Trotz des glänzenden Aufschwungs der Kallindustrie sind die

Stimmen der Kallarbeiter rabii

geblieben. Und wenn dann die Arbeiter versuchen, sich auch einen Anteil an dem zunehmenden Rationalwohlstand zu sichern, dann holen die Unternehmer, wie wir es

in Ronbis

gesehen haben, mit Revolvern und Knütteln bewaffnete Hün-dards herbei. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Dann greift die Polizei ein. (Erneute stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

fällen die Gerichte solche Maturteile,

wie ein solches nun erst wieder

in Rön

gegen Größlich und Genossen gefällig worden ist. (Erneute stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Solche Urteile müssen aufreizend wirken,

um so mehr, als sie im großen Widerspruch stehen zu der Art und Weise, wie die Angehörigen der herrschenden Klassen mit Ueberschuldungen angefaßt werden. (Zwischenrufe und Unruhe rechts, stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht wahr, daß die Kallarbeiter gut gestellt sind. Im Berratal, am Södhaz mag es einigermaßen leicht aussehn, weil dort die Kallarbeiter noch kleine Besizer sind, meist ihr Häuschen und Gärtchen haben. Aber kommen Sie mit mir nach Düsseldorf zur Kallindustrie, kommen Sie mit mir nach Oberesleben usw. und sehen Sie, wie dort die Arbeiter der blühenden Kallindustrie leben, sehen Sie namentlich wie sie wohnen! Sind doch die Wohnungsverhält-nisse überhaupt ein trefflicher Maßstab für die Beurteilung sozialer Zustände! Und da kann man beinahe den Satz aufstellen:

Je glänzender eine Industrie in Deutschland blüht, desto schauder-hafter sind die Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiter!

Das zeigt, wie

gering der wirkliche Anteil der Arbeiter

am Rationalvermögen ist, das sie wesentlich schaffen! Es ist eine heilige Pflicht des Reiches, für die Arbeiter der Kallindustrie in ausreichendem Maße zu sorgen, als es im Geseh vom vorigen Jahre gesehen ist. Und die Pflicht des Reichstages ist es, auf die Er-füllung dieser Pflicht des Reiches zu dringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterschatsekretär Richter: Von einer Vergewaltigung der Kleinen kann keine Rede sein. Der Bundesrat wird dafür sorgen, daß die Rabattsätze allen Interessenten in gleicher Weise zugute kommen. Der Reichsanwalter behält sich die Kontrolle der Gelder durchaus vor. Jüngst befinden sich übrigens noch keine Kaligelder in der Reichskasse. Der Bundes-rat wird in eine sorgfame Prüfung der bisherigen Verteilungsgrund-sätze eintreten. Die landwirtschaftlichen Organisationen werden wie bisher das Geld bekommen, aber jeder Verband soll nur erhalten, was er wirklich ausgegeben hat und es wird auch eine wirkliche Kontrolle darüber stattfinden, ob die Gelder wirklich zu Propaganda-zwecken verwendet worden sind. Daß bei wirtschaftlichen Verbänden hier und da einmal eine politische Tendenz zutage tritt, ist unver-meidlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. Außerdem Hinterbliebenen-Fürsorge.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Am Dienstag wurde die Beratung des Etats für Kamerun fortgesetzt. An fortdauernden Ausgaben erfordert die Kolonie 8,6 Millionen, an einmaligen Ausgaben 60 000 M.; die Ausgaben des außerordentlichen Etats belaufen sich auf 12,4 Millionen, darunter 11 Millionen als vierte Rate für den Bau einer Bahn von Duaka nach Khong, die im ganzen 44 Millionen kosten soll. Die Einnahmen sind folgende: Steuern 1,2 Millionen, Zölle 3,2 Millionen, Abgaben und Gebühren 743 050 M., Beiträge der Eingeborenen zur Unterhaltung der Leprosankranen 10 000 M. An einmaligen Einnahmen sind Ersparnisse aus den Jahren 1903 und 1909 im Betrage von 1,7 Millionen vorhanden. Der Reichs-zuzug für die Militärverwaltung beträgt 2,8 Millionen. Weiter muß eine Anleihe von 12,3 Millionen aufgenommen werden.

Die sächsamerikaner Plautagenbesizer petitionieren um den Bau einer weiteren Bahn von Rribi nach dem Innern. Genosse Koste

wandte sich energisch dagegen; die Kolonie sei sicher nicht in der Lage, noch die Last für eine zweite Bahn zu tragen. Weiter fragte Klose an, wie es um die 50 bis 60 farbigen Soldaten bestellt sei, die wegen Meuterei nach Südwesafrika verbannt worden seien. Abg. Goller hat diese Gefangenen in Südwest besucht und gefunden, daß sie sehr gut, ja sogar „komfortabel“ untergebracht seien. Oberst v. Glafenack erklärte, die Meuterer seien lebenslanglich nach Südwest verbannt worden. Der Staatssekretär sagte eine Prüfung und eine eventuelle Begnadigung der Meuterer zu.

Für die neuen farbigen Kompagnien und die 15 Stationen in Kamerun sollen in Zukunft 88 Maschinengewehre vorhanden sein; für jede Kompagnie zwei, für jede Station ein Gewehr. 28 solcher Maschineninstrumente sind bereits in Kamerun, von denen jedes einschließlich Munition und Fracht 10 000 M. kosten soll. Früher kosteten die Gewehre noch mehr. Aus der Mitte der Kommission wird nachgewiesen, daß ein Gewehr in Spandau für rund 1000 M. hergestellt wird, die Gewehre also mit Munition und sonstiger Ausrüstung auf höchstens 18 000 M. zu stehen kommen können. Ein Major der Schutztruppe erklärte hierauf, daß die Anschaffung der Gewehre mit 22 000 M. möglich sei, diese Summe würde dann bewilligt.

Im Hauptort von Kamerun, in Duala, soll ein Waffertort erbaut werden, das über 700 000 M. erfordert, ungefähr 200 000 M. mehr als zuerst veranschlagt. Weiter sollen in Duala die Eingeborenen von den Weihen getrennt werden, auch ihr Grundeigentum soll ihnen abgekauft werden. Diese Maßnahme erfordert 850 000 M. zur Erwerbung von 150 Hektar bebauten und 130 Hektar unbebauten Landes mit 1000 Anlagen aus Ratten und Weibchen von den Eingeborenen. Die Summe wurde bewilligt. — Klage wurde über die Einfuhr von recht minderwertigen Spirituosen und die stark im sich greifende Palmweindebereitung geführt. Durch die Palmweindebereitung würden die Palmenbestände gefährdet.

Dann wurde in die Beratung des Etats für Logo eingetreten, wobei Abg. Ledebour Klage über die Eingeborenen zu ihrem Rechte erhob, denen seinerzeit von der Logogesellschaft Land abgehandelt wurde. Der Staatssekretär bejahte diese Klage. Die Abg. Krenndt und Goller protestierten gegen den Vorwurf, die Logogesellschaft habe Land erschwindelt, worauf Genosse Ledebour unter Hinweis auf Tatsachen seinen Vorwurf bekräftigte. Es sei traurig, daß sich im Deutschen Reichstage noch Leute fänden, die solche Schwindelmänner beschönigten. Die Budgetkommission hat übrigens diese Kaufverträge für ungültig erklärt. Abg. Erzbeger stimmte der Kritik Ledebours zu. Die Beratung wurde darauf vertagt.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am Dienstag, den 21. März.

Heute begann die dritte, sogenannte Ausgleichs-Sitzung, des Entwurfs. Erledigt wurde das erste Buch, das die gemeinsamen Vorschriften enthält.

Dabei handelte es sich zunächst darum, eine lange Reihe redaktioneller Verbesserungen vorzunehmen. Außerdem hätten die Kompromißparteien einige sachliche Änderungen vorgeschlagen.

So war angenommen worden, daß der Bundesstaat die Kosten des Oberversicherungsamts

tragen soll. Hierzu wurde von den Kompromißparteien hinzugefügt: Die Versicherungsträger haben für jede Spruchsache, an der sie beteiligt sind, einen Pauschalbetrag zu entrichten. Wenn in einem Falle Kosten zu entstehen sind, so vermindert sich der Pauschalbetrag entsprechend. Die Pauschalbeträge werden vom Bundesrat für jedes Gebiet der Arbeiterversicherung einheitlich für das Reich festgesetzt und von hier zu vier Jahren nachgeprüft. Sie sollen die tatsächlichen Kosten der Oberversicherungsämter ohne die Besätze der Mitglieder und ihrer Stellvertreter sowie ohne die Gehälter zur Hälfte decken. In die Kasse des Bundesstaates fließen die Gebühren, die Geldstrafen sowie die besonders auferlegten Verfahrenskosten.

Gegen diese Bestimmung erhob Abg. Zil vergeblich Einspruch, da durch sie die Versicherungskassen und demgemäß auch die dazu gehörenden Kleinmeister belastet würden.

Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamts

wurde wieder mit sieben Personen besetzt und nicht mit fünf, wie die Regierungsvorlagen und die bürgerlichen Parteien trotz des Einspruchs der Sozialdemokraten beschlossen hatten.

In den Bestimmungen über die ärztliche Behandlung wurde der Vorschlag angenommen, daß auch gegen den Wunsch des Versicherten zur Behandlung von Johnfrankheiten, mit Ausschluß von Mund- und Nierenkrankheiten, ein Zahnarzt betraut werden kann, wenn nicht genug Zahnärzte vorhanden sind, die zu angemessenen Bedingungen die Behandlung übernehmen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstags

hat auch in zweiter Lesung die Fassung der §§ 114a und 114b (Lohnbücher und Arbeitszettel) nach den Beschlüssen erster Lesung beibehalten. Ein sozialdemokratischer Antrag, der solche Werknale und Zusätze für unzulässig erklären wollte, die geeignet sind, dem Arbeiter das Fortkommen zu erschweren, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Eine bedeutsame Änderung, die jedoch keineswegs eine Verbesserung darstellt, erfährt der von der Kommission neu gestaltete dritte Absatz des § 120. Die Kommission hatte in erster Lesung eine Bestimmung angenommen, nach der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet wurden, für den Fortbildungsbetrieb der männlichen gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren ein Ortsstatut einzuführen. Gegen diese Vorschrift wurden von den Regierungsvertretern lebhafteste Bedenken erhoben und auch die Vertreter der Rechtsparteien erwiderten plötzlich, daß solche Bestimmungen einen unzulässigen Eingriff in die einzelstaatliche Gesetzgebung bedeuten könnten. Die Vorschrift wurde demnach abgelehnt und nach längerer Debatte ein Antrag Enders (Fortschrittler) angenommen, der den bisherigen Zustand nicht wesentlich ändert.

Zu einer weiteren umfangreichen Debatte kam es bei der Beratung des neuen § 120f, zu dem unsere Genossen wieder einige Abänderungsanträge gestellt hatten. Der eine forderte den Erlass von Bundesratsverordnungen auch für solche Fälle, in denen die Fortbildung oder das Familienleben der Arbeiter oder die Sicherheit des Betriebes durch eine übermäßige Dauer der Arbeitszeit gefährdet werden. Der andere verlangte die Befugnis, Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter zu erlassen, nur dem Bundesrat und nicht auch den Polizeibehörden zu übertragen. Die Genossen Stadthagen, Severing und Albrecht bemühten sich vergebens, die bürgerlichen Abgeordneten von der Notwendigkeit dieser Änderungen zu überzeugen; beide Anträge wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und der § 120f in der Fassung der Kommissionsbeschlässe erster Lesung angenommen. Ein letzter Abänderungsantrag unserer Genossen lag zu dem von der Kommission beschlossenen neuen Absatz 2 des § 134 vor. Er verlangt, daß den Arbeitern bei der regelmäßigen Lohnzahlung ein schriftlicher Nachweis nicht nur über den Betrag des verdienten Lohnes, sondern auch über die geleisteten Arbeitsstunden oder Tage ausgehändigt wird. Auch gegen diese beschiedenen Forderungen erhoben mehrere Abgeordnete „schwere Bedenken“, so daß es noch nicht zur Abstimmung kam. Nach seiner Erledigung, die in der nächsten Sitzung erfolgen dürfte, ist die zweite Lesung der Vorlage beendet.

Aus der Partei.

Die tschechischen Separatisten gegen die Internationale.

Nach langwierigen Verhandlungen, die von den internationalen Gewerkschaftsverbänden Österreichs mit dem größten Entgegenkommen geführt wurden, muß man nun das unerfreuliche Ergebnis feststellen, daß diese Verhandlungen völlig gescheitert sind. Nachdem sich eine Reihe von Konferenzen, Generalversammlungen

zahlreicher Gewerkschaften, allgemeine Gewerkschaftskongresse, ja selbst der internationale Kongress in Kopenhagen mit dem Konflikt beschäftigt haben, der die Abspaltung tschechisch-separatistischer Verbände von der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zur Folge hatte, nachdem die tschechischen Genossen, die die Träger dieser separatistischen Bewegung gewesen sind, ihre Friedensliebe des öfteren betont haben, haben sie nun in ihren letzten Erklärungen nichts Wesentliches abgeschwächt von dem, was sie ursprünglich gewünscht haben. Sie haben ebenso vollkommen die offiziellen Anerbietungen der zentralistischen Gewerkschaften abgelehnt, die bereit waren, mit der Tatsache der separatistischen Organisation weiter zu rechnen; sie haben auch die von einzelnen Parteigenossen gemachten Versuche, ein Zusammenwirken wenigstens auf dem Gebiet des Bohlenmapses zu ermöglichen, vollständig ignoriert. Die Träger der separatistischen Bewegung haben die guten Dienste unbeachtet gelassen, zu denen sich der internationale Sekretär der Gewerkschaftsorganisationen, Genosse Legien, wie das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel bereit erklärte. Das Ergebnis langwieriger Verhandlungen war die Ueberzeugung von Anträgen der Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschaftsorganisation, die in Wirklichkeit eine Kriegserklärung bedeuten und die Zerspaltung der Gewerkschaften permanent machen würden.

Die Reichsgewerkschaftskommission konnte natürlich nur feststellen, daß nach den Vorschlägen der Separatisten jede Grundlage für weitere Verhandlungen fehlt und berief auf den 17. März eine Reichskonferenz der Zentralverbände ein, die endgültig entscheiden sollte. Diese Konferenz nahm nach einem vorläufigen Referat Duesbers ohne Debatte einstimmig eine Resolution an, in der es u. a. heißt:

Die Reichskonferenz billigt den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen in kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Die Reichskonferenz setzt das vollste Vertrauen in ihre Gesamtvertretung, die Reichsgewerkschaftskommission, in der Ueberzeugung, daß sie die Sache der Zentralorganisationen mit Umsicht und entsprechender Energie so wie bisher auch weiter führt. Sie erwartet daher von der sozialistischen Internationale in Österreich im Interesse des gesamten Proletariats die vollste Unterstützung in dem den Zentralorganisationen ausgehenden Kampfe, um die österreichische Arbeiterchaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehr- und kampffähig zu erhalten.

So haben denn die tschechischen Separatisten, alle Grundlage der proletarischen Internationale außer acht lassend, über das österreichische Proletariat den Bruderkrieg herausbeschworen. Wir können nur hoffen, daß das proletarische Empfinden der tschechischen Proletarier sich nicht allzu lange durch den bürgerlichen Nationalismus wird irreleiten lassen.

Unsere Taten.

In Mannheim ist am Sonntag im Alter von 83 Jahren der Genosse Joseph Wuttke gestorben. Er war ein Veteran der bairischen Sozialdemokratie. Fröhlich schon schloß er sich den Vorkämpfern an, die in seiner damaligen Wirklichkeit ihre Zusammenkünfte abhielten. Später trat die geeinigte Partei bei ihm und als 1877 in Mannheim das „Badisch-Schwäbische Volksblatt“ gegründet wurde, befand sich Wuttke in der Redaktion und Expedition desselben. In der schweren Zeit des Sozialkampfes hat er standhaft alle Schikanen der Polizei ertragen, die ihn vergeblich zwingen wollte, der Partei das Lokal zu verbieten. Wuttke tat vielmehr was er konnte, um die Bewegung zu fördern und unter seiner Mitwirkung wurde der Polizei manches Schnippen gelassen. 1878 wurde er als Gemeinderat gewählt und diesen Posten hat er bis 1906 bekleidet. Dann mußte er wegen einer Differenz in der Partei, die wegen des Verhaltens zu einer patriotischen Feier entstand, zurücktreten. Seit jener Zeit trat er aktiv nicht mehr hervor, blieb aber bis zuletzt treu der Partei zugetan. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein neues Arbeiterheim

ist in Didenburg eingeweiht worden. Den gemeinsamen Bemühungen von Partei und Gewerkschaften gelang es, ein Gebäude erstellen zu lassen, das als Volkshaus im weitesten Sinne des Wortes bezeichnet werden kann. Es enthält Versammlungsräume, Restaurant, Herberge und Sitzungszimmer und ist durchweg mit den modernsten Einrichtungen versehen. Die Didenburgische Arbeiterchaft kann stolz sein auf ihr Werk!

Landtagskandidatur in der Pfalz.

Für eine Erziehung zum bayerischen Landtage im Wahlkreis Frankenthal-Dürkheim haben die dortigen Genossen auf einer Konferenz den Genossen Ackermann als Kandidaten aufgestellt.

Personalien. Genosse Lieblich, bisher am „Volksblatt“ (Halle), hat am 20. März seinen neuen Posten als leitender Redakteur der „Arbeiterzeitung“ zu Essen angetreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Unwürdige Behandlung.

Unzureichende Beweise. Die „Volksblätter für Mühlhausen“ im Gefängnis zu Mühlhausen i. Th. zwei auf je sechs Wochen bemessene Strafen ab, die ihm die empfindliche Ehre dreier Schulleute eingetragen hat. Er muß eine ganz rigorose Behandlung über sich ergehen lassen. Während bisher doch die Pressefänger eigene Kleidung tragen durften, hat man den Genossen Daase in die blaue Sträflinguniform der übrigen Sträflinge gesteckt. Sein Antrag auf Besen einer Zeitung wurde abgelehnt. Von Selbstbeschäftigung und Selbstbefreiung ist keine Rede.

Strafkonto der Presse.

Wegen Verleumdung von vier Arbeitseigenen und Vergehens gegen den § 133 der Gewerbeordnung wurde Genosse Müller von der „Volkszeitung“ zu Düsseldorf von der dortigen Strafkammer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. In einem Privatverleumdungsprozeß, den ein bürgerlicher Redakteur gegen sie angestrengt hatte, waren die Genossen Deifel und Wendemuth von der „Vergischen Arbeiterstimme“ zu Solingen von dem Schöffengericht in Ohligs zu 100 bzw. 80 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsinstanz vor der Elberfelder Strafkammer wurde die Strafe gegen Deifel aufrechterhalten, Wendemuth aber freigesprochen. Auf die Widerklage wurde der Kläger Krenkel zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Kali.

Wie das Kaligesch, das jetzt seit Wochen wieder zur öffentlichen Diskussion steht, auf die Kaliindustrie gewirkt hat, läßt sich an der Hand amtlicher und einwandfreier Feststellungen nicht kontrollieren, weil die Regierung bis jetzt sich dieser Bemühungen nicht gemacht hat. Die Ausgliederung der Nachbäuren der einzelnen Kaliverwerke, wie sie die Regierung durch das Gesetz gesichert glaubte, ist nicht eingetreten, dafür hat die Konzentration der kapitalkräftigen Kaliunternehmen welcher um sich gegriffen, als von der neuen Regierung erwartet worden

ist. Nach einer privaten Zusammenstellung eines Bekannten Frankfurter Handelsblattes, die sehr genau durchgeführt wurde, läßt sich die Konzentration der kapitalkräftigen Kaligruppen, wie sie im vergangenen Jahre, seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, erfolgte, sehr genau beobachten. Der Kongress Westeregeln hat drei weitere Kaliverwerke erworben, Kongress Wintershall im ganzen zehn. Heildorf eines, Deutsche Kaliwerke acht, Krügershall eines, Alexandershall eines — plant auch das Zusammengehen mit drei weiteren Unternehmen —, Friedrichshall will sich mit Sarrstedt fusionieren. Die mächtigen Gruppen des alten Kalisyndikates fusionieren durch ihre fortgeschrittenen Verschmelzungskonkationen fröhliches und vielleicht auch ein dem Syndikat gefährliches Ausersehen.

Die Neuschöpfung an Kaliproduktionsstätten ist im Bezugslich zu den Konzentrationen noch bedeutend größer. Seit dem Bekanntwerden des neuen Kaligesetzes sind im ganzen 10 neue Kaliunternehmen gegründet worden. Die erste Beteiligungstabelle des gesetzlich geregelten Syndikats wies 68 Namen auf, zu den 90 jetzt in Angriff genommenen kommen noch 26 Werke hinzu, die seit längerer Zeit an der Zubereitung tätig sind. Also fast verdreifacht hat sich die Zahl der Kaliverwerke seit dem Jahre 1901! Die Geldansprüche sind damit natürlich für die Kaliindustrie auch recht gemächlich. Rund 50 Kaliunternehmen, von denen ein Teil kaum den Schachtbau begonnen hat, haben in ganz kurzer Zeit 115 Millionen Mark Obligationen ausgegeben! Aber die Summe der eigentlichen Kalifuge, der Werksanteile, die in derselben Zeit auf den Markt geworfen worden ist, mag rund 200 Millionen Mark betragen.

Bei solcher wahnwüthiger Gründungstätigkeit nützt natürlich keine Steigerung des Absatzes, da helfen auch keine „Propagandagelder“ mehr; geht es so weiter, dann werden die Herren Kaliinteressenten bald wieder nach verschärfter Staatshilfe, das heißt, nach noch mehr erhöhten Preisen, schreien, zum Schaden der Allgemeinheit.

Übermaliger Rückgang der Schlachtungen.

Nach dem soeben erschienenen neuesten „Vierteljahresscheff zur Statistik des Deutschen Reiches“ ist abermals ein sehr wesentlicher Rückgang der Schlachtungen zu verzeichnen. Die Zahl der beschnittenen Schlachtlinge betrug nach den einzelnen Gattungen im letzten Vierteljahre:

	Dänen	Bullen	Kühe
1910	152 962	99 647	439 630
1909	166 812	118 028	502 652
	Jungrinder	Kälber	Schafe
1910	263 087	993 457	809 200
1909	333 397	1 180 806	721 507
	Ziegen	Pferde	Funde
1910	116 353	48 825	2 368
1909	153 326	51 509	2 443

Diesen allgemeinen Rückgang steht nur eine Steigerung bei den Schweinen gegenüber. Die Zahl der beschnittenen Schweine betrug im letzten Vierteljahre:

1910	4 690 891
1909	4 278 294

Das ist eine Steigerung von 412 597 Stück.

Demgegenüber beträgt der Verlust bei:

Dänen	13 850
Bullen	18 881
Kühen	68 123
Jungrindern	70 810
Kälbern	218 122
Schafen	112 397
Ziegen	36 983
Pferden	2 654
Funde	75

Zusammen 683 924

Da das Schlachtgewicht der Schweine sehr erheblich geringer ist als das der Rinder, so ist die Fleischnot noch größer als sie in den obigen Ziffern zum Ausdruck kommt. Und hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß seit einem Jahre die Bevölkerung sich um etwa dreiviertel Millionen vermehrt hat.

Die Welt-Ernte.

Nach Mitteilung des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom wird die Weizenerte Argentiniens wie im Vormonat auf 37 100 000 Doppelzentner, Australiens auf 24 422 000 Doppelzentner geschätzt, während die Ernte für Rußland von 1 905 000 Doppelzentner auf 1 987 000 Doppelzentner erhöht ist. Für Chile lautet die Schätzung 9 827 Doppelzentner, für Peru 780 000 Doppelzentner. Die argentinische Weizenerte wird auf 5 000 000 Doppelzentner gegen 4 600 000 Doppelzentner im Vorjahre geschätzt. Die Winterernte in der nördlichen Weltälfte werden als durchweg befriedigend bis gut bezeichnet. Die Frühjahrsernte beginnt in Südeuropa unter günstigen Bedingungen begonnen. Für Indien gibt das Institut die Anbauflächen von Weizen auf 11 726 000 Hektar an gegen 11 245 000 Hektar im Vorjahre. Der Bericht enthält ferner zum ersten Male eine Schätzung der Getreideproduktion der Türkei, und zwar ergab Weizen 44 945 000 Doppelzentner, Roggen 4 772 000 Doppelzentner, Gerste 29 005 000 Doppelzentner, Hafer 4 478 000 Doppelzentner und Mais 11 246 000 Doppelzentner.

Soziales.

Landarbeiterrecht oder Leibeigenschaft.

Die Behandlung des Landarbeiters erinnert heute noch oft an die Zeiten der Leibeigenschaft. Dafür folgendes Beispiel: Der Landarbeiter B. hatte sich beim Auswachen eines Brunnens auf dem Hof Stralendorf in Mecklenburg, einer großherzoglichen Domäne, eine schwere Erkrankung zugezogen, die ihn dauernd invalide werden ließ, so daß das Arbeitsverhältnis mit ihm gelöst werden mußte. Er bezieht seit Januar 1910 eine Invalidenrente von 16 M. monatlich. Da er auf Hof Stralendorf den Unterstützungswohnsitz hatte, mußte ihm Armenunterstützung in Form von Wohnung, Garten und Kartoffelfeld gewährt werden. Drei Kinder im Alter von 8, 10 und 13 Jahren hatte er zeitweise zur Arbeit vermerkt, vier jüngere Kinder waren ständig zu Hause. Die Frau mußte bei den Bauern ringsum auf Arbeit gehen, um die Familie über Wasser zu halten.

Nun verlangte der Gutspächter von Stralendorf, die Frau solle auf dem Hof arbeiten. Die Frau weigerte sich, weil sie nur 1 M. Tagelohn bei ihm bekommen sollte. Bei den Bauern verdiente sie mehr und bekam dazu auch noch öfter Nahrungsmittel.

Der Gutspächter, zugleich Ortsvorstand und Träger der Armenlast, erstattete nun Strafanzeige gegen die Frau. Das Schöffengericht in Schwerin erkannte auf eine Haftstrafe von zwei Tagen und Tragung der Kosten wegen Uebertretung des § 7 Ziffer 2 der Rev.-G.-O. betr. das Armenwesen in den Domänen vom 29. Juni 1880. Diese Bestimmung bestraft denjenigen Ortsarmen, der bei ihm von der Ortshaupt gegebenes Unterstützungsmittel mißbraucht, sich den ordnungsmäßigen Weisungen und Bestimmungen des Vorstandes, namentlich der Anstellung zur Arbeit nicht fügt oder ähnliche Ordnungswidrigkeiten begeht. — Die „barbarische“ Weigerung der Frau wurde ihr als strafschwerend angerechnet, trotzdem sie in der Verhandlung nachwies, daß sie mit dem Lohn, den sie vom Hofpächter auf Stralendorf erhalte, nicht bestehen könne und den höheren Verdienst notwendig zu ihrem und ihrer Familie Unterhalt gebrauche.

Dieses Urteil wurde von der I. Strafkammer des Landgerichts Schwerin am 6. Februar 1911 bestätigt. Aus der nicht weniger als 19 Folioseiten umfassenden Urteilsbegründung ist zu entnehmen, daß das Amt Schwerin mehrfach von den Hospizier den Mittel nach und der Frau schriftlich androhte, sie müsse bei Strafvermeidung beim Hospizier arbeiten. Auf ihren Einwand, sie habe in ihrer Not für die große Familie verschiedenlich Lebensmittel vom Gastwirt und verschiedenen Erbpächtern entnehmen und dafür arbeiten müssen, schrieb ihr das Amt: Wenn vom Hof Stralendorf Armenunterstützung gewährt werde, sei sie gesetzlich verpflichtet, beim Hospizier zu arbeiten. Sie sei nicht berechtigt, vorher ihre anderweitigen Schulden abzurufen. Falls sie das doch tue, habe sie Haftstrafen zu erwarten.

Man hatte sich nun vor Augen: Ein Landarbeiter arbeitet sich bei einem Gutspächter auf. Seine Frau kämpft mit allen Kräften gegen die hereinbrechende Not. Um die Familie von neun Köpfen zu erhalten, arbeitet sie überall, wo ihr Lebensmittel gegeben werden. Sie wird von der Behörde gezwungen, diese Arbeit einzustellen, und für einen Hungerlohn bei dem früheren Arbeitgeber ihres Mannes zu fronden, der zufällig Ortsvorstand und Träger der Armenlast ist. Weil sie diesem Zwang zur Leibeigenschaft in ihrer bitteren Not sich nicht fügen wird, wird sie obendrein ins Gefängnis geworfen.

Prozessverschleppung durch das Gewerbegericht.

Die Witwe Schulz hatte ihre Beschäftigung als Maschinenmädchen bei dem Gastwirt Müller nach einem Streit mit dem dort beschäftigten Oberkellner plötzlich aufgegeben. Der Oberkellner, der anscheinend ihre gegenüber als Vertreter des Arbeitgebers auftrat, hatte ihr gesagt, sie solle aufhören. Bei der Lohnzahlung behielt ihr aber der Arbeitgeber 6,50 M. ein, für den angeblichen Schaden, den er durch ihren plötzlichen Weggang hätte. Die Sache beschäftigte deshalb gestern die 6. Kammer des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth. Dieselbe hielt den Streitfall nach stattgehabter Verhandlung noch nicht für spruchreif. Das Gericht beschloß, zunächst den Oberkellner als Zeugen darüber zu vernehmen, ob er tatsächlich die Klägerin zum Aufhören aufgefordert habe. Trotz dringender Bitten der Klägerin, den Prozess doch sofort zum Abschluß zu bringen, weil sie in ihrer jetzigen Stellung nicht so oft abkommen könne, wurde die Verhandlung vertagt.

Der Beweisbeschluss wäre vielleicht verständlich, wenn der Beklagte als Widerläger aufgetreten wäre. Da das aber nicht der Fall war, so war er vollständig überflüssig. Die Verurteilung des Beklagten hätte ausgesprochen werden müssen, da nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Aufrechnung der Schadensersatzforderung des Beklagten, gleichviel ob sie berechtigt ist oder nicht, gegen die Lohnforderung unzulässig ist.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauenwahlrechtstag.

Wir geben nachstehend noch folgende, bei uns später eingelaufene Meldungen über den Verlauf des Demonstrationstages. Im Herzogtum Anhalt fanden Versammlungen in Dessau, Dornburg und Köthen statt. Die Versammlungen waren sehr gut besucht, es wurden über 80 Aufnahmen in die Organisation gemacht. In der Provinz Schlesien fanden in fast allen Parteilorten stark besuchte Versammlungen auch auf dem ländlichen Lande statt, die der Parteiorganisation zumeist einen erheblichen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern gebracht haben. Die Versammlung in Breslau war so stark von Frauen besucht, daß die Männer den Saal verlassen mußten. In Wrocław bei Breslau wurde die Versammlung vom Ortsvorsteher wegen Maul- und Klauenpein verboten; die Kirche am Vormittag war natürlich ungedacht der Suche abgehalten worden. Die Versammlung in Kollmar (Posen) in einem neu zur Verfügung stehenden Lokale war von 500 Personen, zum großen Teile von Frauen, besucht. Im Großherzogtum Oldenburg fanden fünf sehr gut besuchte Versammlungen statt; in Vant, Wilhelmshaven, Delmenhorst, Nordenham, Einswarden und Oldenburg. In Solingen war die Versammlung von 1500 Personen, meistens von Frauen, besucht. Nach Schluß der Versammlung zog ein Demonstrationzug am Rathause vorbei zum Gewerkschaftshause. Im Erfurter Wahlkreis fanden acht Frauenversammlungen statt, die alle gut besucht waren. In östlichen Westfalen und in den Lippeischen Fürstentümern fanden 25 Versammlungen statt, die von Frauen stark besucht waren.

Der sozialdemokratische Frauentag in der Schweiz.

Die sozialdemokratischen Frauenversammlungen vom Sonntag waren nach den vorliegenden Berichten überall gut besucht, in der großen Mehrzahl von Frauen. Die Züricher Versammlung zählte 400 Teilnehmer, wovon drei Viertel Frauen, darunter auch Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Die Arbeiterinnensekretärin Genossin Walter sowie Genossin Oberdinger Lang referierten. In allen Versammlungen fand folgende vom Zentralvorstand des Arbeiterinnenverbandes vorgeschlagene einheitliche Resolution Annahme:

Die Versammlung vom 19. März 1911 im Volkshaus in Zürich erklärt sich als einen Teil des in einer größeren Zahl von Gemeinden gleichzeitig stattfindenden ersten schweizerischen Frauentages. Der erste schweizerische Frauentag schließt sich begeistert den gleichen Tagen zusammen tretenden sozialdemokratischen Frauentagen Deutschlands und Österreichs an in der Proklamierung der von der Internationalen Frauenkonferenz geforderten politischen Rechtsgleichheit der Bürgerinnen mit den Bürgern.

Die gewaltige Umwälzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die kapitalistische Produktionsweise hat das weibliche Geschlecht aus dem eng begrenzten Kreise der Hauslichkeit hinausgedrängt in das allgemeine Getriebe der Volkswirtschaft. Immer mehr schwillt das Heer der frondenden Frauen an, die unter eigener Verantwortlichkeit um ihr Dasein ringen und darin den Männern wirtschaftlich gleichgestellt sind. Die wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne und ihre ökonomische Unabhängigkeit von der Familie zwingen sie zur Mitbeteiligung in den öffentlichen Angelegenheiten, die auch in ihren Interessenkreis eingreifen.

Die Frauen können ihre wirtschaftlichen Interessen nur dann wirksam verteidigen, wenn sie politische Rechte besitzen. Der erste schweizerische Frauentag fordert daher das gleiche Stimm- und Wahlrecht für Männer und Frauen in allen Angelegenheiten der Gemeinde, des Kantons und der Eidgenossenschaft.

In Vertretung der proletarischen Arbeiterinnenbewegung begrüßt der Frauentag die Behandlung des Frauenstimmrechts durch den nächsten Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie und erwartet ein tatkräftiges Eingreifen der Partei für diese gerechte Forderung. Denn nur mit der Einwirkung des Weibes als gleichberechtigter Persönlichkeit neben dem Manne, als Vollbürgerin, wird jene reine politische Demokratie geschaffen, die den Weg bahnt zur sozialen Umgestaltung und damit zur freigestellten Menschheitsbefreiung.

Der Frauentag in Dänemark.

Die Frage des allgemeinen Frauenwahlrechts ist ja in Dänemark insofern ihrer Lösung nahe gerückt, als das Folkething einer Verfassungsänderung zugestimmt hat, die den Frauen das politische Wahlrecht bringen soll, während die das Gemeinbewahlrecht schon besitzen und mit wachsendem Erfolg ausnützen. Der Verfassungsentwurf wird nun demnächst in Landsting zur Beratung kommen. Die Wahlrechtsdemonstrationen, die die dänischen Frauen am Sonn-

tag veranstalteten, waren vor allem darauf gerichtet, auf jenes Oberhaus des Reichstags den nötigen Druck auszuüben, daß es der Reform keine Hindernisse in den Weg legt. In Kopenhagen hielten die Frauen fünf zahlreich besuchte Versammlungen ab, und überall wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie sich mit der Haltung, die die Sozialdemokratie zu dieser Frage einnimmt, einverstanden erklärt und an die Regierung und das Landsting die dringende Aufforderung richtet, die vom Folkething beschlossene Verfassungsreform mit dem politischen Frauenwahlrecht so schnell wie irgend möglich durchzuführen.

Der amerikanische Frauentag, der am letzten Sonntag im Februar stattfand, ist nicht so ausgefallen, wie es erwartet wurde. Die Beteiligung war schwach, die Versammlungen waren nicht gut besucht. Vielfach wurde auch der Frauentag verlegt und fand einen Tag früher oder später statt. Andere Genossinnen und Genossen in Amerika weisen auf die Agitation für den deutschen Frauentag hin, wovon sie sich eine ganz andere Wirkung versprechen, und sie fordern dazu auf, den deutschen Genossinnen gleichzutun.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Nieder-Schönebeck. Der Frauen-Abend findet am 28. März beim Genossen Dengsch statt.

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Am Sonntag fand in der Brauerei Friedrichshain eine Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin statt. Den Besuchern wurde am Eingang ein Bescheidnis der in dem gelben Organ „Der Bund“ empfohlenen Lieferanten übergeben. Hierzu bemerkte Caßen, er habe schon in einer früheren Versammlung darauf verwiesen, daß die im „Bund“ empfohlenen Lieferanten nach Art der Rabattmarkenvereine den Käufern, die sich auf den „Bund“ berufen, gewisse Vorteile gewähren, und daß auch dem Herausgeber des „Bund“ aus dieser Geschäftspraxis erhebliche Einkünfte zustießen. Letzteres habe Lebius bestritten. Er behauptet, die Lieferanten hätten nur eine kleine Gebühr für die Aufnahme im Lieferantenverzeichnis zu zahlen. Nach dem Lebius'schen Prospekt hat der Redner berechnet, daß der Herausgeber des „Bund“ von den 169 in seinem Verzeichnis enthaltenen Firmen, selbst wenn man die verschiedenen Filialen derselben Firmen nur einmal rechnet, eine Jahreseinnahme von 8788 M. bezieht. Die Geschäftsleute, welche derartige Aufwendungen für die Empfehlung im „Bund“ machen und den selben Rabatt gewähren, können das natürlich nicht anders als durch Uebervorteilung ihrer sonstigen Kunden. Wir haben deshalb guten Grund, diesen Geschäftsleuten zu sagen: Wenn ihr den größten Teil eurer Stunden zugunsten anderer überborteilt, dann müßt ihr auf unsere Kundshaft verzichten.

Hierauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Cothen erstattete den Jahresbericht für 1910. Das Jahr ist so verlaufen, wie sich zu seinem Beginn als wahrscheinlich vorausgesagt lag: Die Krise ist überwunden, die Arbeitslosigkeit nahm ab, die Erwerbslosenunterstützung sank, die Mitgliederzahl stieg, die Konjunktur war im allgemeinen günstig. Unter diesen Umständen konnten die Kollegen den Niedergang, den die Löhne in den letzten Jahren erfahren hatten, wieder weitmachen. Viele Positionen, die in den Kriegsjahren verloren gingen, wurden zurückerobert. Dem erfolgreichen Verlauf der Lohnbewegungen steht ein erfreulicher Fortschritt der Organisation zur Seite. Das Jahr begann mit einer Mitgliederzahl von 64 081, die am Jahresabschluß auf 79 854 angewachsen war. Die Zunahme der weiblichen Mitglieder ist verhältnismäßig größer als die der männlichen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 4222 auf 7487 gestiegen. Trotzdem ist das Verhältnis der organisierten Arbeiterinnen zur Zahl der organisationsfähigen Arbeiterinnen unangünstiger als bei den männlichen Arbeitern. Von diesen sind 70 Proz. von den Arbeiterinnen aber nur 25 Proz. organisiert. Es sind also auf beiden Seiten noch viele Tausende für den Verband zu gewinnen. Die Errichtung einer Agitationskommission für die Arbeiterinnen hat gute Erfolge gehabt. Ein Mitglied auf die letzten zehn Jahre zeigt, daß die Zahl der männlichen Mitglieder von 22 000 auf 79 854, und die der weiblichen von 378 auf 7484 gestiegen ist. — Entsprechend der guten Konjunktur war die Zahl der im abgelaufenen Jahre geführten Lohnkämpfe die größte seit dem Bestehen des Verbandes. Es wurden 116 Streiks geführt, und zwar 48 Angriff- und 68 Abwehrstreiks. Dazu kommen 4 Aussperrungen. Nicht nur die Zahl der Streiks, sondern auch die Zahl der daran Beteiligten ist im Vergleich mit früheren Jahren bedeutend größer geworden. Besonders ist nach zu berücksichtigen, daß im Jahre 1910 eine große Zahl von Lohnbewegungen mit Erfolg geführt wurden, bei denen sich keine Arbeitsniederlegung notwendig machte. Das gilt namentlich für die Gelbmetallindustrie. Mit einer großen Reihe von Firmen dieser Branche sind Tarifverträge abgeschlossen worden, und das sind dieselben Firmen, die in den Jahren 1903 sowie 1904 und 1905 einen heftigen Kampf gegen die Arbeiter führten wegen geringerer Forderungen, als sie jetzt im Wege der Vereinbarung anerkannt sind. Dieselben Firmen, die damals erlärten, unter keinen Umständen mit dem Metallarbeiterverband verhandeln zu wollen, haben jetzt nichts mehr gegen Verhandlungen mit Verbandvertretern einzuwenden. So hat sich der Verband Anerkennung verschafft. In einem Falle hat die Zeitung der Spandauer Metallarbeiter den Versuch gemacht, bei einem Streik in der K. G. diesem Betriebe Streikbrecher zu verschaffen, doch scheiterte dieser Versuch an der Solidarität der Arbeiter.

Die Reise des Verbandes war sehr imposant. 29 000 Marken sind allein in Berlin aus schließlich der Vororte an die Teilnehmer der Feier ausgegeben worden. Die Beratung über den Reichsfonds seien in Berlin noch nicht zum Abschluß gekommen. Das scheint daran zu liegen, daß man die Schaffung des Fonds mit der Reise selbst verbinde. Auf diese Weise könne die Sache nicht erledigt werden. Nach dem Beschlusse des Leipziger Parteitages und des Hamburger Gewerkschaftskongresses sei nur darüber zu beraten, ob ein Reichsfonds geschaffen werden solle oder ob es ohne einen solchen geht. Die erwählten Beschlüsse sprechen nur von freiwilligen Sammlungen. Ein Obligatorium zur Beitragsleistung für den Fonds dürfe also nicht geschaffen werden. Die Grundlage der Unterstützung müßten die Massen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sein. Wo da einzutreten haben, wo die freiwilligen Sammlungen nicht ausreichen.

Die Jugendkommission des Verbandes entfaltete eine erfolgreiche Tätigkeit. Ihr ist es zu zuschreiben, daß sich die jugendlichen Berufsangehörigen, wenn sie erst für die Sache interessiert sind, beim Eintritt des organisationsfähigen Alters sich in den Verband aufnehmen lassen, ohne daß es einer besonderen Aufforderung bedarf. — Die Bibliothek des Verbandes erfreut sich einer steigenden Benutzung. 64 523 Bände wurden im Berichtsjahre ausgeliehen. Der Bücherbestand ist um 422 Bände vermehrt worden. Er beträgt jetzt 10 878. — Der Arbeitsnachweis hat ebenfalls eine ausgedehntere Tätigkeit entfaltet. Während im Jahre 1909 5734 Stellen besetzt wurden, stieg deren Zahl im Jahre 1910 auf 7823. Durch Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für Schlosser an derselben Stelle, wo vor seiner Zusammenlegung mit dem Reichsfonds der Metallindustriellen sich der Arbeitsnachweis der Schlosser befand, ist die Arbeitsvermittlung erweitert worden. Der paritätische Arbeitsnachweis der Schlosser hat vom 1. September bis 31. Dezember 1181 Stellen besetzt, während der Reichsfonds der Innung in derselben Zeit des Jahres 1909 nur 535 Stellen vermittelte. Die Tätigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises wird noch bedeutend gesteigert werden, wenn jeder Bauhofsloher und Anschläger es sich zur Pflicht macht, nur diesen Nachweis (Niederstreiche) zu benutzen und jeden anderen zu meiden. Dann wird es auch möglich sein, die Absichten zu verwirklichen, welche die Innungen mit dem Anschläger des Schlossernachweises an den Verband der Metallindustriellen verfolgten.

Die Aufwendungen für Erwerbslosenunterstützung sind gegen Inzeratenteil verwandt: Th. Glode, Berlin. Druck-Verlag: Vorwärts

das Vorjahr erheblich zurückgegangen. Immerhin wurden dafür 431 999 M. ausgegeben. Wie wenig nehmen sich dagegen die 15 000 M. aus, welche die Stadt Schöneberg für Arbeitslosenunterstützung ausgeworfen hat, oder die 10—20 000 M., welche Charlottenburg für den gleichen Zweck vorzschlägt. — Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die gesetzgeberischen Absichten der Schaffmacher, die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation notwendiger denn je machen.

Die in dem gedruckten Jahresbericht — einer 140 Seiten starken Broschüre — enthaltene Kassexrechnung schließt für die Hauptklasse mit 1 964 069 M., für die Lokalkasse mit 1 682 537 M. für Unterstützungsziele sind aus beiden Klassen 1 158 648 M. ausgegeben. Davon kommen auf Kranke 415 327 M., Arbeitslose 431 999 M., Streikende und Gemahregelte 235 875 M., sonstige Unterstützungsziele 77 449 M.

Die Versammlung nahm die statutenmäßige Neuwahl eines Teils der Ortsverwaltung vor. Wieder gewählt wurden als erster Bevollmächtigter Cothen, als zweiter Kassierer Dumenthal, als Revisoren Dräger, Kollmer, Gries und (neugewählt) Krause. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden wegen der am Nachmittag abgehaltenen Frauenwahlrechtsversammlungen vertagt. — Wann die Fortsetzung der Generalversammlung stattfindet, das wird im „Vorwärts“ angezeigt. Eine Einladung durch Karten erfolgt nicht.

Aus aller Welt.

Das Land der Hoffnungen.

Mancher deutsche Arbeiter sehnt, angeleitet von den wildwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Heimat, einen vor Jahren aus hohem Munde ausgesprochenen frommen Wunsch in die Tat um und schüttelt den deutschen Staub von den Füßen, um für sich und die Seinen in fernem Lande eine neue Heimat zu gründen. Ist nur mit geringen Mitteln versehen, wandert die Familie in das Land der Hoffnungen ein, aber bald merkt sie, daß auch hier der blutige Kapitalismus sie vor seinen Wagen spannt; daß der Kampf um Dasein in der neuen Heimat für sie fast noch schwieriger ist als in der alten. Schwieriger um deswillen, weil der neu Eingewanderte sich nur schwer einpassen kann in die ungewohnten Verhältnisse, weil daneben auch die Verdingung mit den Arbeitsbrüdern durch Sprache und nationale Vorurteile gesemmt wird. Ein krasses Beispiel für die Nichtigkeit dieser Auffassung bietet eine Notiz aus einer in Buenos Aires erscheinenden Zeitung, die uns ein argentinischer Freund unseres Blattes zur Verfügung stellt. Es heißt darin:

Obdachlose Einwanderer sind dieses Jahr eine nicht seltene, wohl aber mit jedem Tage erster werdende Erscheinung. Am Sonnabendabend kam es zu einer eigenartigen Demonstration. Einige 300 Einwanderer verschiedener Nationalität, welche man von der Einwanderungsbehörde aus noch Tucuman geschickt hatte, kamen von dort zurück, weil sie keine Arbeit und kein Brot fanden. Sie verlangten in der Einwanderungsbehörde Unterkunft, die ihnen aber verweigert wurde. Als sie sich, wie noch viele andere, in der alten Herberge einlogiert hatten, kam ein Polizeiaufgebot und trieb die Hunderte von obdachlosen Leuten hinaus auf die Straße. Diese, mit ihren Habseligkeiten beladen, wanderten dann bis ins Zentrum und selbst bis in die Avenida de Mayo und besaßen sich auf den Zeitungredaktionen, daß man sie wie Gefindel behandle, während sie doch jegliche Arbeit annehmen würden. Es besteht die Gefahr, daß wir in diesem Jahre ein großes Heer von Arbeitslosen in unsere Stadt bekommen, welche besonders in den Wintermonaten zur großen Plage werden können. Infolge der schlechten Ernte sind auf dem Lande die Verdiensthverhältnisse schlecht. Leider aber ist gerade orientiert stark und unser Land in keiner Weise vorbereitet, diese Massen unterzubringen. Und bei der Arbeitslosigkeit, die heute in allen Zweigen unserer Staatsverwaltung herrscht, sind auch gegen diese Gefahr wirksame Maßnahmen kaum zu erwarten. In Bahia Blanca sind in diesen Tagen die ersten direkten Einwanderertransporte angekommen. Welche Verbesserungen hat man für die Unterbringung getroffen? Ohne solche würden diese Menschenimporte zum Verhängnis werden.

So gut man es verstehen kann, daß Viele bestrebt sind, der staatlichen Misere der Heimat zu entkommen, so sehr muß doch immer wieder betont werden, nur nach genauester Prüfung der Verhältnisse und mit reichlichen Mitteln versehen, auszuwandern. Sonst kann es leicht heißen: Verdorben, gestorben!

Die großen Flugkonkurrenzen.

Die ablatische Sensation des Jahres wird zweifellos der internationale europäische Rundflug bilden, bei dem die beteiligten Flieger am 4. Juni in Paris starten. Nach den getroffenen Dispositionen sollen fünf Länder auf dem Fluge berührt werden, gegen 600 000 Mark sind bisher von interessierten Vereinen, Zeitungen und städtischen Körperschaften für die Organisation des Fluges gestiftet worden. Die Flieger sollen am 9. Juni in Berlin eintreffen und werden während der beiden geplanten Ruhetage am 10. und 11. Juni auf dem Johannisthaler Flugfelde große Schaulagen veranstalten.

Neben dieser großen internationalen Veranstaltung ist jetzt von der Pariser Zeitung „Petit Parisien“ eine Flugkonkurrenz Paris—Madrid ausgeschrieben worden. Der Flug soll im Mai dieses Jahres stattfinden, dem Sieger ist ein Preis von 100 000 Frank ausgesetzt worden.

Kleine Notizen.

Die Leiche des verunglückten Luftschiffers Kayser ist am Montag nachmittag aus dem Zubersee geborgen worden. Der Leichnam wurde in einem Krankenautomobil nach Krefeld übergeführt. Das Befinden des verletzten Passagiers des Ballons Düsseldorf 4, des Fabrikanten Schröder, hat sich gebessert.

Ein Lehrinsemnar abgebrannt. Das vor einiger Zeit auf der Rheinlinie Oberwerth neuerbaute Lehrerinnen-seminar ist in der letzten Nacht ein Raub der Flammen geworden. Die Jünglinge konnten gerettet werden, jedoch ging der größte Teil ihrer Habe in Flammen auf.

Aus dem russischen Sumpfe. Der mit der Revision der russischen Artillerieverwaltung beauftragte Senator Garin ist auf große Mißbräuche und Unterschleife gestoßen. Es steht die Verabschiedung und Disziplinierung mehrerer höheren Beamten bevor.

Briefkasten der Redaktion.

2. 150. 1. Ja. 2. Das erscheint mißlich. 3. Nur dann, wenn sie mit- vorgelesen ist. — 2. 100. 1. Das ist zulässig, wenn mindestens seit Oktober 1910 das Widerspruchsrecht besteht. 2. Nein. 3. Für die Vertragsdauer ja. — 2. 117. 1. bis 3. Nein. — R. C. 16. Rasse der Ministerial-Militär- und Bauformalisten, Invalidenbesuche 61. Formalare zur Unterlegungserklärungen sind in Buchbindungen erhältlich. — R. C. 25. Nein. — R. C. 77. Ja, wenn der Anspruch aufgelegt ist. — R. C. 37. Wenn Sie das Geld auf Aufforderung hin nicht erhalten, können Sie klagen. — 2. 37. 1. u. 3. Nein. 4. Ja. 2. Gegenstandslos. — G. 20. 14. Sie sind nur zur Zahlung von 4 Proz. verpflichtet. — R. 35. In welchem Maße haften niemand. — 2. 299. 1. Dagegen läßt sich jetzt nichts mehr tun. 2. Das war zulässig. — S. C. 36. Reklamation ist anstößig. R. C. 33. 68 197, 218 Bürgerliche Gesetzbuch. — G. 73. Stärker, aber einen großen Teil der unteren Gliedmaßen vertriebene Krampfadern- gesehte. — 75 R. 2. Kangleipapier besten. — S. 2. Nein. — 2. 2. 606. 1. Ja. 2. Nein. 3. Der Vormund. Dieser muß es an Ihre Frau abgeben. 4. Bis zum 16. Lebensjahr. 5. Bei den Eltern. — Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

Abend-sitzung, Montag, den 20. März 1911.

Am Ministertische: S h d w.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Berggesetzes.

Anwesend sind etwa 20 Abgeordnete, 430 Abgeordnete fehlen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Berehrte Abwesende! (Heiterkeit.) Von einer Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter kann nicht gesprochen werden. Und doch beruht der Wohlstand der Nation nur auf den Schultern der fleißigen deutschen Arbeiter. Dafür belastet man die Arbeiter mit neuen direkten und indirekten Steuern. Der Staat sollte mit guten Löhnen vorangehen. Statt dessen geht Preußen nur dann in der Welt voran, wenn es sich um reaktionäre Maßnahmen handelt. Der Staat ist viel zu ängstlich aufgestellt. Die Produktion an Stahl könnte noch bedeutend gesteigert werden. (Abg. Spingiz: Und der Absatz?) Kommt noch, Sie werden voll befriedigt werden. (Heiterkeit.) Der Staat hat öffentliche Interessen größtenteils verfehlt, indem er Gruben ankauft, die schon dem Privatkapital nichts einbringen. Die Verkäufer sind natürlich froh, wenn der Staat sich mit den ertraglosen Gruben abplagt. Der Förderung des Abfahrs dient der Korruptionfonds mit seinen 5 Millionen Mark. (Zurufe im Zentrum.) Sie sollten doch ruhig sein, denn Ihre Dr. Heim hat ja die Eiterbeule aufgelesen. Wenn Ihnen das jetzt leid tut, können Sie mir leid tun. (Heiterkeit links.) Mit diesen Propagandageldern füllt der Bund der Landwirte

seinen Wahlfonds.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst bürgerliche Blätter haben vom „Ludergeruch“ gesprochen. (Zuruf rechts: „Berliner Tageblatt“) Nein, es ist die „Welt am Montag“. (Lachen rechts.) Ich begreife Ihre Verlegenheitslachen. Vor unseren Funkern und Schlotbaronen klappen unsere Minister zusammen wie Taschenmesser ohne Feder. (Unruhe.) Der Fiskus ist der Privatindustrie in keiner Weise gewachsen, er wird ständig über den Löffel barbiert. (Heiterkeit.) Es sind oft dieselben Leute, die als Beamte nichts leisten und nachher in der Privatindustrie geradezu Hervorragendes fertig bringen. Natürlich hat die Privatindustrie ein Interesse an der Unfähigkeit des Staates, denn der Staat darf nicht auf den vernünftigen Gedanken kommen, daß es das Beste ist, das ganze Bergwesen zu übernehmen. Trag vermindertes Volksgeld ist die Produktion gestiegen. Und da spricht man von einer

Haushalt der Bergleute.

An vielen Orten sind die Löhne sogar zurückgegangen, trotz der zunehmenden Feuerung. Sogar Felsenbesitzer haben das ausgehen müssen, die Schuld dafür aber dem Zentrum zugeschoben. Was sagen dazu die Herren Imbusch und Krüskel (Mufe: Lauter!) Sie sind doch politisch taub! (Heiterkeit.) Während die Löhne zurückgehen, steigen die Dividenden. (Unruhe rechts.) Ich muß Ihnen das sagen, selbst auf die Besuche hin, daß Sie von Ihrem Bierabend nicht viel haben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Zur Erklärung der niedrigen Löhne im Saarrevier wird die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung angeführt. Der Minister möge sich einmal diese Beiden Landes ansehen. Und die Hauseigentümer sind an den Fiskus gefesselt, stärker wie ein Galeerenflabe. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und sie bleiben nur Hauseigentümer, wenn sie sich gut führen. (Sehr richtig! rechts.) Gute Führung heißt hier gute Besinnung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer einmal abgelegt ist, bekommt innerhalb eines Jahres bei keinem fiskalischen Werk mehr Arbeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bergarbeiter müssen sich also

büden und jeder Wähler fügen.

Ein Staatsbergarbeiter im Saarrevier wurde für sechs Schichten abgelegt, weil er einen Vorgesetzten nicht gegrüßt hatte. Das ist brutal und gemein zugleich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Was wissen Sie von dieser Rot eines Kommissionsvaters mit neun Kleinen Kindern! (Lachen rechts.) Er hätte wohl bei Frau v. Kopelius sich Rat holen sollen? Ein anderer Bergarbeiter wurde gemahregelt, weil er einem Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Hand gegeben hatte. Der Mann war noch gar kein Sozialdemokrat, sondern Mitglied des Kirchenvorstandes. Heute ist der Mann Sozialdemokrat. (Zuruf rechts: Na also!) Als Partei könnten wir auch sehr zufrieden sein mit dieser Entwicklung. Aber wir protestieren gegen solche Maßnahmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Der christliche Gewerksverein ist das Feigenblatt der Grubenverwaltung. Das geht aus vielen Vorkommnissen direkt hervor. (Zuruf im Zentrum: Namen nennen!) Ich kann die Leute doch nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Heiterkeit.) Sie sind doch sonst nicht so ungläubig! (Zuruf des Abg. Pappenheim.) Herr Pappenheim, Sie haben sich wohl in der Tür geirrt. Sie wollten zum Bierabend! (Große Heiterkeit.) Abkündigung und Spreßung werden an den Arbeitern begangen. Der saarabische Terrorismus ist ja direkt sprachlos. Ein Arbeiter wurde von den Christlichen denunziert, weil er an der Geburtstagsfeier des Landesherren sich nicht beteiligt hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gronowski hat für sein künftiges Auftreten gegen uns das

verdiente Lob der Seinerherren

bekommen. Das ist ein Kainszeichen für ihn. (Unruhe im Zentrum.) Das ist die Diktatur für die Zentrumsverräter! Im Reichstag jagte vor einigen Jahren der Abg. Wiesberts, man müsse sich beinahe schämen, ein Preuze zu sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt, zur Zeit des schwarzblassen Blats, hat das Zentrum das Schamgefühl im Sekretariat der konservativen Abgeordneten. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Zentrumsverwaltungen drängen geradezu durch Provokationen zum Streik und dann spricht man von der Sehe der Gewerkschaften. Wie kann man die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter ablehnen, wenn man die Dividende um 3/4 Millionen erhöht? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Christlichen zersplittern die einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Es ist eine unwürdige Komödie, eine Lohnsenkung von 15 Proz. zu verwerfen, wenn das Zentrum im Reichstag die Bergarbeiter viel höher allein mit Steuern belastet hat. Wie lange werden es sich die Arbeiter gefallen lassen, von Ihnen (zum Zentrum) verraten und verkauft zu werden? Es ist ja im Ruhrgebiet alles schon im Gange gewesen; man hatte bereits Kartellgewehre bereitgestellt, wahrscheinlich für die Hingehende Streikgarde. Das ist der letzte Schluß, wenn nichts mehr helfen will: der Säbelhieb, der Hintertusch, die machen den Stimmten still! Bergarbeiter, die als Lohnkellner am Sonntag nebenbei etwas verdienen, werden gemahregelt, wenn sie bei Wirten ausheften, bei denen Gewerkschaftler verkehren. Die Herren von „Geldsack und Gabel“ treten das gesetzlich gewährte Mitspracherecht der Bergarbeiter mit Füßen. Herr Arendt meinte ja, im Mansfeldschen Gebiet sei keine Organisation nötig, weil nur ein Arbeitgeber da sei. Gerade dort ist eine Organisation nötig. Das war auch die Ansicht des ehemaligen Ministers Verleisch. Der Streik im Mansfeldschen war eine Kulturtat. Es war kein verlorener Streik; er brachte Licht und Luft in die Mansfeldschen Gefilde und die Liebe zur Freiheit. Herr Arendt achte, daß er nicht unter den roten Wagnern gerät, daß er nicht

die Leichenbitterrolle übernehmen muß, wenn der reichsdeutsche Verband im Mansfeldschen zu Grabe getragen wird. Auch ein Wahlaufruf mit dem Sager: „Unser Kandidat ist christlich geboren“ wird bei den Arbeiter nicht mehr ziehen. (Zuruf des Abg. v. Pappenheim: Das ist doch zuviel!) Ran hat Leute zum Landfriedensbruch verleiht. (Abg. v. Pappenheim: Ein Anruf sondergleichen!) Das meine ich auch; Sie meinten doch die Mansfeldischen. Mir ist es auch nicht angenehm, hier so lange reden zu müssen. Wenn wir Regierungspartei wären, bräuchten wir keine so langen Reden zu halten. (Abg. v. Pappenheim: Unerhört! Lauter und bewiesene Behauptungen!)

Die Einrichtung der Sicherheitsmänner ist eine Ruffe,

bei der den Sicherheitsmännern zugemutet wird, Verrat an ihren eigenen Brüdern zu üben. Der Redner bezieht sich weiter auf den Inhalt christlicher Flugblätter. (Präsident v. Kröcher: Sie dürfen nicht soviel vorlesen.) Ich zitiere ja nur. (Präsident v. Kröcher: Ich bitte, meinen Anordnungen zu folgen.) Ich will nur erklären, weshalb ich das habe vorlesen müssen. (Präsident v. Kröcher: rief den Redner zur Ordnung. — Weisfall rechts.) Auswendig lernen kann ich doch nicht alles, aber vorlesen darf ich auch nicht! Die Sicherheitsmänner müssen alles in Ordnung finden, sonst werden sie entlassen. Sogar falsche Eintragungen werden zu diesem Zwecke gemacht. (Mufe rechts: Lauter!) Ich spreche so laut, daß das ganze preußische Volk es hört. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Standal der jetzigen Sicherheitsmänner muß ein Ende nehmen. Wenn ein

zweites Kaddob

erfolgt, die Mehrheit des Hauses und die Regierung tragen die Verantwortung! Die mehr als 300 Leichen in Kaddob sollten Ihnen vor Augen stehen. (Abg. Ströbel: Herr v. Pappenheim laßt! — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sicherheitsmänner riskieren, wenn sie die Wahrheit sagen, gemahregelt zu werden. Wenn sie aber vertuschen, dann können sie zu Verbrechen an ihren Kameraden werden. Das Vergammeln zeitigt Leichen, die alle Hölräume der Welt ausfüllen. Das Zentrum wird seine Diktatur schon erhalten: Kempten-Immenstadt war ein Versuch. Der christliche Verband geht ja auch beträchtlich jurid. Die Bergarbeiter haben die Schwarzfünftler durchschaut. Sie werden sich aber auch nicht auf die nationalliberale Schlachthaus führen lassen. Das Zentrum ist zahm geworden. Der Kapit braucht die christlichen Gewerkschaften nicht mehr zu verbieten. Die Bergarbeiter schaffen Millionen an Werten. Nun wollen die Christlichen ihnen das Streikrecht nehmen. Das wird ihnen nicht gelingen, dafür ist die freie Gewerkschaftsbewegung zu stark geworden. Spannen Sie den Bogen nicht zu straff, er könnte springen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sauermann (Z.): Die Rede des Abg. Hoffmann war durch keinerlei Sachkenntnis getrübt. Aber man kann ja nicht auf jedem Gebiet Spezialist sein. Bisher hörten wir Herrn Hoffmann nur als Sachverständigen über Kultusangelegenheiten. (Heiterkeit.) Aber vielleicht wäre der staatliche Bergbau rentabler, wenn Herr Hoffmann Bergwerksdirektor wäre. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie schließt von sich auf uns. Das verbitten wir uns. Die Sozialdemokratie treibt die Sehe und bricht den Streik vom Raun. (Abg. Leinert: Lüge! — Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Abg. Leinert zur Ordnung.) Die Sozialdemokratie ist die rückständigste Partei. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlufantrag wird angenommen. Nach kurzer Spezialdebatte wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Etats. Schluß 11 1/2 Uhr.

54. Sitzung vom Dienstag, den 21. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: S h d w. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Dr. Maurer (natl.) erörtert die Wirtschaftlichkeit einzelner Bergwerksanlagen.

Mit der Besprechung der weiteren Etatstitel wird die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung verbunden.

Abg. v. Pappenheim (L.): Wir wünschen, daß der Etat ein klares Bild davon bieten möge, welche Kleinüberschüsse bei der Bergverwaltung herauskommen. Bei der Erweiterung der Bergwerksanlagen sind wir bereit, den Anleihezug zu betreten unter der Voraussetzung, daß die Amortisation in der von der Budgetkommission vorgeschlagenen Weise erfolge.

Abg. Koerer (Z.): Der Abg. Hoffmann hat durch seine beherrschenden Ueberrückungen es uns schwer gemacht, für eine Verbesserung der Arbeiterlöhne gewissermaßen an seiner Seite einzutreten. Ich möchte nur den berechtigten Bergarbeiterforderungen hier das Wort reden, wie sie in der Denkschrift des Christlichen Gewerksvereins enthalten sind. Tatsächlich bestehen in der Bergverwaltung noch Löhne, mit denen ein verheirateter Arbeiter unmöglich auskommen kann. Der Redner führt verschiedene Aufstellungen über Einnahmen und Ausgaben bei Bergarbeitern an, aus denen hervorgeht, daß auch bei bescheidenster Haushaltsführung die Ausgaben die Lohneinnahmen erheblich übersteigen.

Abg. Stastfelter (Z.) tritt für Ausbau der Wohlfahrtspflege den Bergarbeitern gegenüber ein.

Abg. Dr. Maurer (natl.): Hier sind die Lichtseiten in der Lage der Bergarbeiter zu wenig betont worden. Es ist doch Tatsache, daß durch Fleiß, Sparsamkeit und Nüchternheit die Bergleute es vielfach zu einem gewissen Wohlstand bringen. Auch in der Denkschrift des Christlichen Gewerksvereins werden diese Lichtseiten nicht verstreut. — Der Redner wendet sich dann gegen die in der Versammlung entfallene Kritik der Nationalliberalen zu den Bergarbeiterforderungen. Auch er halte eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Saarrevier für gerechtfertigt.

Abg. Imbusch (Z.) wendet sich gegen die Rede des Abg. Hoffmann, die bewiesen habe, daß Hoffmann von Bergwerksangelegenheiten nichts verstehe. Die Lohnbewegungen der Sozialdemokraten verfolgten immer nur politische Zwecke. Die christliche Bergarbeiterorganisation gehe vorwärts trotz der Schimpfereien der Sozialdemokraten. (Weisfall rechts.)

Präsident v. Kröcher: Ich nehme an, daß Sie nicht Mitglieder dieses Hauses damit meinen.

Abg. Imbusch (Z.): Nein, die außerhalb des Hauses. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schubert (natl.) tritt für eine Aufbesserung der Löhne im Saarrevier ein.

Der Gesetzentwurf, betr. Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung wird hierauf in der Fassung der Kommission angenommen.

Der Rest des Berggesetzes wird nach kurzer Debatte erledigt. Es folgt der Etat der Preussischen Zentral-Gewerkschaftskasse.

Nach längerer Debatte, in der die Agrarier ihre Sonderwünsche zum Ausdruck bringen, wird der Etat bewilligt.

Der Etat des Herrenhauses wird debattelos genehmigt. Es folgt der Etat des Abgeordnetenhauses. Der Berichterstatter, Abg. Ohlring (Sp.) empfiehlt namens der Budgetkommission einen Antrag, die Hgl. Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Recht der Präsidenten beider Häuser des Landtages zur Vertretung des Fiskus und die Rechtsverhältnisse der Beamten des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten neu geregelt werden.

Abg. Leinert (Soz.):

Ich habe zu erklären, daß wir, wie im Vorjahre, auch diesmal der Resolution der Kommission zustimmen werden. Nachdem die Verhältnisse der Diener des Abgeordnetenhauses etwas besser gestellt worden sind, wäre es doch notwendig, daß eine bestimmte Dienstordnung für die Diener erlassen und den Dienern zur Kenntnis gebracht wird, die die Gehalts- und Dienstverhältnisse regelt. Diese Ordnung mühte festlegen, daß die Diener nach einer gewissen Dienstzeit nicht mehr entlassen werden dürfen. Heute liegt es noch immer so, daß Diener, die zehn Jahre und länger im Hause beschäftigt sind, am Schluß der Session entlassen werden, während andere, im Dienstalter jüngere, weiter beschäftigt werden. Die dienstälteren Diener haben ein Anrecht auf Weiterbeschäftigung oder wenigstens auf angemessenes Bartegeld. Ueber die Gehaltsverhältnisse der Hilfsdiener im Herrenhause machte der Regierungskommissar in der Kommission Mitteilungen, die mit unseren Informationen nicht übereinstimmen. Und ist mitgeteilt worden, daß die Hilfsdiener auch jetzt noch 4 Mk. Anfangslohn bekommen, der erst nach 10 Jahren auf 4,50 Mk. steigt, während der Höchstlohn von 5 Mk. erst nach 30 Jahren erreicht wird. Auch die Verhältnisse der Stenographen des Herrenhauses müssen geregelt werden. Wenn jeder Bericht des Herrenhauses 2000 Mk. an stenographischem Honorar kostet, so ist das doch ein unhaltbarer Zustand. Ich weiß nicht, ob es der Regierung erwünscht ist, daß wir in jedem Jahre Bescheid über die Art der Fahrkartengewährung für die Abgeordneten Bescheide führen müssen: Die darauf bezüglichen Bestimmungen sind im Gegensatz zu den Erklärungen des Regierungsvertreters nicht liberal, sondern engbergig abgefaßt und teilweise geradezu undurchführbar. Wir haben von jeder Freifahrkarten für ganz Preußen gefordert. Das entspricht der Verfassung, denn wir sind doch Vertreter des ganzen preussischen Volkes. Mitglieder des Herrenhauses haben sich im Vorjahre in recht unschöner Weise über unsere Freifahrkarten geäußert. Diese Bevormundung müssen wir uns in entschuldigender Weise verbitten. (Sehr richtig!) Es wäre gut, wenn die Herren ihre eigenen Angelegenheiten regeln, in diejenigen der Abgeordneten haben sie nicht hineinzureden; es geht sie gar nicht an, wie weit wir die Ausdehnung der Freifahrkarten wünschen. Nach dem im Vorjahre angenommenen Reisekostengesetz sind die Reisekosten der Minister von 18 auf 9 Pf. herabgesetzt worden. Für die Abgeordneten bestehen aber noch immer die 18 Pf. Ich halte es nicht für richtig, daß die Abgeordneten höhere Sätze bekommen, als die höchsten Beamten. Wir wollen der Regierung nicht untergeordnet, aber wir wollen ihr in dieser Frage auch nicht übergeordnet sein. (Heiterkeit.) Wir wünschen, daß diese Reisekosten überhaupt aus der Verfassung herauskommen und den Abgeordneten Freifahrkarten gegeben werden. Das wäre auch würdiger für die Abgeordneten. Wie das Abgeordnetenhaus behandelt wird, sehen wir ja daraus, daß es zu spät einberufen worden ist und daß die Arbeit eine übermenschliche gewesen ist, wie wir sie auf die Dauer nicht leisten können. Da müssen wir von der Regierung verlangen, daß sie auf die Geschäftsgrundlage des Hauses mehr Rücksicht nimmt. (Sehr richtig!) Wir haben die Staatsberatung gewiß nicht zu sehr ausgedehnt, in früheren Jahren, auch 1906, als die Sozialdemokraten hier noch nicht vertreten waren, haben wir darauf mehr Sitzungen verwandt als jetzt. (Hört!) Die Regierung muß doch damit rechnen, daß jetzt nach dem Einzug einer neuen Fraktion diese Fraktion auch ihren Anteil an den Debatte beanspruchen muß. Darauf müssen Sie doch Rücksicht nehmen. Das sind Sie schuldig der neuen Fraktion, aber auch den Wählern. Wir sind gerade diejenigen, die die Arbeiterklasse vertreten, und daraus erklärt sich auch, daß wir außerordentlich viele Wünsche vorzubringen haben. Darauf sollte auch die Regierung Rücksicht nehmen. In der Kommission ist von einer Seite gewünscht worden, den Abgeordneten sollte ein Garten zur Verfügung gestellt werden. Ich verstehe diesen Wunsch nicht, wir sind doch im Hause voll beschäftigt. Da wäre es richtiger, wenn man Schlafstellen hier einrichten würde, damit die Abgeordneten für ihre anstrengende Tätigkeit neue Kräfte sammeln können. (Heiterkeit und Weisfall.) Die Etats werden genehmigt, die Resolution der Kommission wird angenommen. Es folgt der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.

Weim Titel „Zuschuß zu den Betriebskosten der Hgl. Theater“ führt

Abg. Kapff (Sp.) beschwerte über die Leitung des Königl. Opernhauses in Berlin, die sowohl in der Besetzung des Personals, wie in der Auswahl der Stücke das Ausland bezoruge. Auch die Eintrittspreise mühten herabgesetzt werden.

Der Etat wird genehmigt, ebenso das Notgesetz wegen nicht rechtzeitigiger Feststellung des Etats.

Die zweite Lesung des Etats ist damit erledigt.

Präsident v. Kröcher schlägt vor, die dritte Lesung des Etats morgen, Mittwoch, zu beginnen.

Abg. Hilschke widerspricht unter Berufung auf die Geschäftsordnung. Der Widerspruch wird von den Nationalliberalen und Sozialdemokraten unterstützt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 12 Uhr (keine Vorlagen und Beschluß über die Feuerbestattung).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Zulässigkeit des Rechtsweges bei der Gebührenforderung einer Stadt.

Die Stadtgemeinde Lichtberg besitzt ein vom Kreisbauausschuß genehmigtes Statut vom Jahre 1904, in dem bestimmt ist, daß jede Entwässerungsanlage eines Grundstücks dem Kanalnetz angeschlossen werden muß. Ferner heißt es darin, daß feste Stoffe auf diesem Wege nicht abgeführt werden dürfen; Regenwässer, Fabrikabwässer und Wasser aus gewerblichen Anlagen überhaupt dürfen nur mit besonderer Genehmigung der Behörde eingeleitet werden. Für derartige Einleitungen in die städtischen Kanäle soll eine bestimmte Abgabe entrichtet werden.

Es lagte die Stadtgemeinde Lichtberg gegen den Mollerelbesitzer St., der die Abwässer seiner Mollererei in die städtischen Kanäle leitet, ohne die von der Stadt dafür berechnete Gebühr zu entrichten. Der Besagte erhob zunächst die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges. Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin haben die klagende Stadtgemeinde abgewiesen und erklärt, daß der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten unzulässig sei. Die Entscheidung gebühre dem Verwaltungsstreitverfahren.

Das Reichsgericht hat am Montag auf die Revision der Stadt zu deren Gunsten den Rechtsweg für zulässig erklärt und die Sache an das Landgericht Berlin zur Entscheidung in der Sache selbst zurückverwiesen.

Beim Streit der Fensterputzer der Wasserleitung

nahm sich die Polizei mit großem Eifer der Arbeitswilligen an. Die nützlichen Elemente wurden von Kriminalbeamten morgens zur Arbeit und abends von der Arbeit erst nach dem Bureau des Reinigungsinstituts zur Empfangnahme des Lohnes und dann nach Hause begleitet. Dadurch war es den Streikenden unmöglich gemacht, Worte der Aufforderung an die Arbeitswilligen zu richten. Als der Arbeitswillige Rade eines Abends, begleitet und behütet von dem Kriminalhauptmann Bild die Alie Jakobstraße passierte, näherten sich ihm die Streikenden Rufe und Schellen. Für Anwohner auf das unsozialistische Verhalten des Arbeitswilligen wurde von

Wesem mit höchsten Lebensrisiko beauftragt. Darauf besetzte Linke dem Maße zwei Faustschläge ins Gesicht und Stulken gab ihm eine Ohrfeige. Der Kriminalschaffmann Wild sprang hinzu, um die Streitenden auseinander zu drücken, wobei er die Rechte gegen den ihm unbekannten Angreifer. Da zog Wild die Pistole, setzte sie Stulken auf die Brust und gab sich als Beamter zu erkennen. Sofort erklärte sich Stulken bereit, ruhig zur Wache mitzugehen. Die Folge dieses Auftretens war eine Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gegen Linke und Stulken. Dieser wurde außerdem wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt.

In der Verhandlung, die gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stattfand, wurde der angegebene Tatbestand festgestellt. — Die Anklage wegen Widerstandes ließ der Staatsanwalt fallen, da der Schaffmann selbst angab, daß ihm von dem Angeklagten keine Widerstand geleistet worden ist. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung beantragte der Staatsanwalt gegen jeden der beiden Angeklagten das ungeheuerliche Strafmaß von 8 Monaten Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bestritt auch das Vorliegen einer gemeinschaftlichen Körperverletzung, da nicht mehr erwiesen sei, als daß jeder der Angeklagten für sich den Rabe geschlagen habe, eine Handlung, die auch nicht entfernt eine so hohe wie die beantragte Strafe verdiene.

Das Gericht erkannte die Angeklagten der gefährlichen Körperverletzung schuldig und verurteilte Linke, weil er schwerer belastet sei wie der Mitangeklagte, zu 3 Monaten Gefängnis und Stulken zu einer Geldstrafe von 150 M.

Wenn die Schläge nicht von Streitenden einem Arbeitswilligen verhängt wären, würde die Strafe für eine so einfache Rempelerei ohne jede ernste Folge wohl wesentlich milder ausgefallen sein.

Gener räuberische Überfall in einem Sübringzuge, welcher seinerzeit zu lebhaften Erörterungen über die Unsicherheit in den Stadtbahnzügen in der Öffentlichkeit Anlaß gegeben hatte, hatte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Liepmann ein Nachspiel. Aus der Untersuchungshaft wurde der Hausdiener August Köhler befreit, um sich wegen versuchten schweren Raubes zu verantworten.

Am 1. September v. J. wurde, wie noch erinnert sein dürfte, in einem nach dem Potsdamer Bahnhof fahrenden Sübringzuge ein mit großer Dreistigkeit ausgeführter Raubank auf die 24jährige Verkäuferin Elisabeth Jacob verübt. In dem Akt, in welchem Frau J. sich befand, sich nur noch ein junger Mensch, der sie fortwährend beobachtete, so daß ihr dies schließlich lästig wurde. Sie dachte jedoch an nicht Schlimmes und sah ruhig zum Fenster hinaus. Zwischen der Stationen Ebersstraße und Schöneberg sprang der Unbekannte, der später als der jetzige Angeklagte festgestellt wurde, auf, stürzte sich auf die J., die vor Schreck wie gelähmt war, und packte sie am Hals. Die Überfallene konnte, trotzdem der Angeklagte ihr den Hals zudrückte, einen Hilferuf ausstoßen, der glücklicherweise von anderen Fahrgästen im Nebenabteil gehört wurde. Der Angeklagte, bei welchem später eine Schlinge gefunden wurde, wehrte sich bei der Festnahme wie ein Waser und konnte nur mit vieler Mühe unschädlich gemacht und der Polizei übergeben werden. — Gegen den Angeklagten schweben noch mehrere Ermittlungsverfahren, so z. B. wegen des Überfalls auf die Fahrkartenverkäuferin auf dem Bahnhof Groß-Görschenstraße, die noch nicht abgeschlossen sind.

Vor Gericht gab der Angeklagte den Überfall zu, behauptete aber, stark angegriffen gewesen zu sein, so daß er selbst nicht mehr wisse, wie er zu der Tat gekommen sei. Der Sachverständige, Assistenzarzt Dr. Kraemer-Dalldorf bezeugte den Angeklagten als

einen geistig stark minderwertigen Menschen, der anscheinend unter der hinführenden Einwirkung des Alkohols die Tat verübt habe. Dies veranlaßte die Geschworenen dem Angeklagten bei Verhängung der Schuldfrage mildernde Umstände zuzubilligen. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Umbau des Zentraltheaters in der Alten Jakobstraße zu Berlin.

Zu einem Umbau des Zentraltheaters verlagte im Jahre 1909 der Polizeipräsident die Genehmigung, weil die städtische Polizeiverwaltung unter Berufung auf § 11 des Fluchtliniengesetzes ihre Zustimmung verweigert hatte. Dieser Paragraph bestimmt: „Mit dem Tage der Offenlegung des Bebauungsplanes tritt die Beschränkung des Grundeigentümers, daß die Um-, Neu- und Ausbauten über die Fluchtlinie hinaus verlagert werden können, endgültig ein.“ Die Behörden stellten sich auf dem Standpunkt, daß die beabsichtigten baulichen Veränderungen sich darstellen als ein das ganze Gebäude umfassendes Bauprojekt. Somit würden auch die über die neue Baufluchtlinie hinausliegenden Teile und Räume des alten Gebäudes davon erfaßt, so daß auch sie als von dem Umbau mitbetroffen erschienen. Also sei es ein Umbau über die Baufluchtlinie hinaus.

Die Burghardtschen Erben als Besitzer klagten gegen den Polizeipräsidenten. Rechtsanwalt Steiner als ihr Vertreter machte unter anderem geltend, daß der Umbau, wie er beabsichtigt sei, ausschließlich solche Teile des Gebäudes ergreife, die hinter der neuen Fluchtlinie lägen. Deshalb könne § 11 nicht zur Anwendung kommen. Die von den Behörden gegebene Auslegung treffe nicht zu.

Der Bezirksausschuß wies die Klage jedoch ab. Das Oberverwaltungsgericht dagegen erkannte am Freitag auf Aufhebung dieses Urteils und auf Ansetzung der polizeilichen Verfügung, durch welche die Baugenehmigung besagt worden war. Es nahm an, daß der projektierte Umbau kein solcher im Sinne des § 11 sei. — Die Höhe des Streitobjekts wurde auf 100 000 M. bemessen.

Schutz gegen Schugleute!

Ein Arbeiter und fünf Schugleute spielten als Angeklagte am 4. Oktober vor dem Landgerichte Saarbrücken eine Rolle. Verurteilt wurden: wegen Widerstandes und Körperverletzung der Bergarbeiter Ludwig Lorenz aus Dudweiler zu 20 M., wegen Körperverletzung im Amt die Schugleute Heinemann zu 50 M., Schütz zu 100 M. und Ernst zu 80 M. Geldstrafe. Die Schugleute Lorenz und Ernst wurden freigesprochen. Den Widerstand soll Lorenz dem Heinemann gegenüber geleistet haben. Am Abend des 9. August 1909 wollte Lorenz in Saarbrücken Geschäfte erledigen. Als er an einem Torwege sich mit einer Frauensperson unterhielt, wies ihn Heinemann weg. Als er später wieder an Heinemann vorbeikommt, fragte ihn dieser nach seinem Namen. Lorenz weigerte sich, ihn anzugeben. Heinemann legte ihm Fesseln an, worauf Lorenz seinen Namen usw. angab. Er trieb ihn dann mit Puffen nach der Wache und zog die Kette so scharf an, daß L. sich vor Schmerz losriß. Er schlug ihn dann mit dem Säbel und schob ihn in das Wachsloch hinein, wo er von Schütz und Ernst empfangen wurde. In der Wachsruhe haben dann die Schugleute den L. gemishandelt. Schütz hat ihn mit dem Fuße an die Gesichtsteile getreten. Heinemann will Lorenz für einen Menschen gehalten haben, der einen Einbruch plante, und nachher geglaubt haben, daß ihm angegebene Name sei nicht der richtige. Er habe ihn deshalb mitgenommen, aber Lorenz habe ihm den Helm vom Kopfe geschlagen, worauf er ihn mit dem Säbel geschlagen habe. Lorenz ist bedwegen des Widerstandes und der Körperverletzung für schuldig befunden

worden. — Auf die von Lorenz in seiner Eigenschaft als Angeklagter und Nebenkläger eingelegte Revision hat am Montag das Reichsgericht das gesamte Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Trier. Zu beanstanden ist, daß Schütz und Heinemann sich in rechtmäßiger Amtsausübung befunden haben sollen. Für eine Festnahme des Lorenz lag kein ausreichender Grund vor, nachdem er Namen und Wohnort angegeben hatte. Unrechtmäßig ist ferner, warum die Mißhandlung des Lorenz durch die Schugleute nicht gemeinschaftlich begangen sein soll.

Berufung der Ortskassen.

Eine die Anwendung des sogenannten Berufungsgesetzes betreffende wichtige Entscheidung hat das Kammergericht dieser Tage getroffen. Das Gesetz schreibt im § 8 vor: „Der Regierungspräsident ist befugt, mit Zustimmung des Bezirksausschusses für landchaftlich hervorragende Teile des Regierungsbezirks vorzuschreiben, daß die hauptpolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Veränderungen außerhalb der Ortskassen verlagert werden kann, wenn dadurch das Landschaftsbild gröblich verunstaltet werden würde.“ Der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. hatte von der Bestimmung Gebrauch gemacht und auch in einer Verordnung vom 24. März 1910 bestimmt: Die Anbringung solcher Reklameschilder und sonstiger Aufschriften und Abbildungen, die das Landschaftsbild verunzieren, ist in den Kreisen Kottbus, Ludau, Anklam, Lübben (Landkreis) außerhalb der geschlossenen Ortskassen auf beiden Seiten der nachbenannten Eisenbahnkreiden (folgen die Strecken verschiedener Bahnen), bis auf eine Entfernung von je 800 Meter, vom äußeren Rande des Bahnkörpers gerechnet, verboten. Genannt wird unter anderem die Strecke Berlin-Dresden innerhalb des Kreises Ludau. — Der Kammermeister Deich hatte nun ein Reklameschild an der Bahn innerhalb der ihm gestellten Frist trotz Aufforderung nicht angebracht. Er wurde deshalb auf Grund der Verordnung angeklagt. Das Landgericht Kottbus sprach ihn jedoch frei, indem es die Verordnung des Regierungspräsidenten wegen Unbestimmtheit für ungültig erachtete.

Das Kammergericht hob das Urteil aber auf und verwies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Es wurde ausgeführt: In der zitierten Bestimmung übertrage das Gesetz dem Regierungspräsidenten das Ermessen, ob eine Gegend landchaftlich hervorragend sei. Er habe deshalb die betreffenden Kreise herausgreifen können. Auch der von der Vorinstanz aufgegriffene Einwand der Unbestimmtheit sei nicht angetan, die Gültigkeit zu erschüttern, denn in der Uebersetzung des Ermessens an den Regierungspräsidenten liege schon, daß in der Verordnung eine nähere Spezialisierung nicht erfolgen brauche. Das Landgericht müsse nunmehr prüfen, ob das Reklameschild hier geeignet sei, das fragliche örtliche Landschaftsbild zu verunzieren. Darauf komme es an. In einer landchaftlich besonders hervorragenden Gegend könne schon ein unscheinbares Bild stören, während in der Nachbarschaft weiter Ackerflächen zum Beispiel ein ziemlich großes Schild noch keine störende Wirkung auszuüben brauche. Eventuell könne das Landgericht einen Landschaftsmaler hören.

Kritischer Marktbericht der Abt. des Reichsamt für den Großhandel in den Zentral-Marktsäten. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Bild: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft mäßig, Preise fest. Getreide: Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft lebhaft, Preise anziehend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert, Winterholz anziehend.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 Filiale Groß-Berlin.
 Freitag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
 1. Roberne wirtschaftliche Organisationsformen. Referent: Schriftsteller Genosse Simon Kagenstein.
 2. Der Ratzeiler-Unterstützungsfonds für Groß-Berlin.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!
 Die Frauen der Mitglieder laden wir besonders ein.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Bezirk Groß-Berlin.
 Mitglieder aus allen Branchen und Distrikten des Bezirks Groß-Berlin!
 Die Fortsetzung der
Ordentlichen General-Versammlung
 findet am Donnerstag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von Keller (Freyer), Roppenstr. 29, statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Diskussion über den Jahresbericht. 2. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission. 3. Neuwahl zweier Revisoren für die Hauptkasse. 4. Anträge und Geschäftliches.
 Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und als Legitimation vorzulegen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Wer länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet
 Die Bezirksverwaltung. A. H.: Aug. Warnor.

Deutscher Bauarbeiterverband
 Bureau: Engelauer 15, III, Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, Zimmer 58. Nr. 4093.
 Geschäft: Hochzeiten von 8-1 und von 3-7 Uhr.
Fliesenleger und Fliesenleger-Hilfsarbeiter
 Freitag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5:
Sektions-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Unser Tarifvertrag. Tritt am 1. April 1911 eine Lohnerhöhung ein?
 2. Gewerkschaftliches.
 Wir eruchen die Kollegen, die Fliesenleger und Fliesenleger-Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und für deren Besuch zu agitieren.
 Die Sektionsleitung.

Orts-Krankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarrensortierer
 und deren gewerb. Hilfsarb. zu Berlin.
 Mittwoch, den 29. März 1911, abends 8 1/2 Uhr,
 im Restaurant J. Grande, Alte Ebdnhauer Str. 23/24, Bürgerheim:
General-Versammlung
 der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
 Tagesordnung:
 1. Vorlegung des Jahresberichts.
 2. Bericht der Revisionskommission.
 3. Verschiedenes.
 Nur Delegierte zur Generalversammlung haben Zutritt. Einladungskarte legitimiert.
 5045 Der Vorstand.

Frack-Teppeden
 in sauberster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt b. Fabrik
Bernhard Strohmandel,
 Berlin, Wallstr. 72.
 Reparaturen u. Umarbeitungen billigt.
 Maltrierten Preisverzeichn. grat. u. franco.
 Soeben erschienen in 6. Auflage:
 DIE HEILUNG DER SYPHILIS durch ENRICH-NATA 806. Wicht. Aufklärungsbuch für Gesunde und Kranke v. d. dok. Anat. u. Hochschuldok. Dr. H. Zikel. Für M. 2.— franco durch d. Medizin. Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.

Kronleuchter
 kaufen Sie reell und billig auf Kredit d. klein. Raten in der 161/1*
Lampen-Fabrik
 Albert Pöschl, Berlin
 Giltzschinerstr. 13, a. Hallesch. Tor
 Auswahl über 3000 Kronen, Ampeln, Lampen etc.

Berliner Uik-Trio
 Rixdorf-Berlin, Lahnstr. 74, I, I
H. Pfau, Bandagist
 Berlin, Direksenstraße 20
 am alten Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
 Für Damen Frauen-Bedienung.
 Referant für alle Krankentouren.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Achtung! Werkstattvertrauensleute!
 Die Kollegen, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können ihn durch die Vertrauensleute vom Bureau abholen lassen.

Einsetzer.
 Donnerstag, den 23. März 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.

Sitzmöbel-Tischler.
 Donnerstag, den 23. März 1911, abends 8 Uhr:
Versammlung
 im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 7a.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kol. Appl. über: „Finanzreform und Gewerkschaften“.
 2. Diskussion.
 3. Branchengelegenheiten.

Vergolder.
 Donnerstag, den 23. März 1911, in der „Alhambra“,
 Wallnertheaterstraße 15:

Kostümfest
 bei den „Kunststücken und Stangenjongleuren“.
 Die Ballmusik wird von der berühmten Hauskapelle ausgeführt.
 U. a.:
Tombola und Kottillen.
 Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Anfang pünktlich 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
 NB. Billets sind bei den Vertrauensleuten und bei Emil Krüger, Engelauer 13, zu haben. 80/13

Zentralverband der freien Händler, Hausierer
 und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
 Sitz: Essen-Ruhr. Ortsverwaltung Berlin.

Öffentliche Protestversammlung.
 Donnerstag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, in „Kellers Festsaal“, Roppenstr. 29:
 Tages-Ordnung:
 Die Aufhebung der Märkte Groß-Berlins sowie die Bedeutung der Händler durch Generalpächter.
 Referenten: Händler Karl Brendel und Stadt. Waldeck Hannasch.
 Diskussion.
 Die Berliner Stadterordneten sind zu dieser Versammlung eingeladen.
 8065 Der Einrufer: Artur Politz, Roppenstr. 110a.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
 Immer noch Pichelswerder, an der neuen Oberstraße beim Alten Freund.

Bettfedern Pfund von M. 0,50 an
 Echt chinesis. Excelsiorlaunen gesetzl. gesch. M. 2,75
 3-4 Pfd. genügen zu einem großen Oberbett
 Grosse Betten Stand von 12,- Mk. an
 Brautbetten u. Daunenfüllung u. Daunenkörper 26 Mk.
 Metall-Bettstellen mit Patentmatratze von 12,00 an
 Polster-Bettstellen von 3,50 M. an
Berliner Bettfedern-Versandhaus
 Berlin O. Warschauer Str. 73, Eing. Romintener Str.

Unentbehrlich im Haushalt
 ist
Dr. Thompson's SEIFENPULVER
 Überall zu haben.



Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee u. Polsterwaren = Nr. 40 =
Komplette Wohnungseinrichtungen
 zu anerkannt soliden Preisen. — Teilzahlung gestattet.

Sobald erschienen:
Würzburger antiquarischer Anzeiger.
No. 1. Schöne Literatur, Romane, Novellen, Zeitschriften. Beste und billigste Gelegenheit zur Ergänzung von Volks- und Vereinsbibliotheken.
No. 2. Geschichte, Memoiren, Reisen, Numismatik. Einige Luxusausgaben der Literatur. Verschiedenes.
No. 3. Literatur und Kunst, wird in Kürze erscheinen, und bitte ich schon jetzt Interessenten, denselben zu verlangen.
J. Franks Antiquariat,
 Ludwig Lazarus,
 Würzburg, Theaterstraße 17.

Kufেকে Tausendfach bewährte Nahrung bei:
 Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
 -Kindernahrung
 -Krankenkost

Malchower Kautabake
 Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
 Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
 VII 3861. Berlin O 27, Gräuner Weg 112.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 22. März.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Einfonieroper.
Königl. Schauspielhaus. Schloffen.
Deutsches Haus. 2. Teil (Anfang 8 Uhr.)

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
 Kapitän A. Spring:
Im Goldlande des Königs Salomo.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Bühnen-Theat.)
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
 Schauspiel in 4 Akten v. Esar Wilde.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gabriele der Fischer.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Prinz Friedrich von Homburg.
 Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schiller.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Zirkus A. Schumann.
 Mittwoch, den 22. März 1911,
 abends 7 1/2 Uhr:
Die größte Attraktion der Zeitzeit:
Automobilrennen

Modernes Theater
 (früher Habbeltheater).
 Abends 8 1/2 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
 Gesehlossen.
Sammerpiele. Sumurun.
 Zeffing. Glanz und Hohn.
Neues Schauspielhaus. Alt-Helberga.
Königliche Oper. La Traviata.
Städtisches. Der Leibgarth.
Neues Opern-Theater. Die schöne Müllerin.

Kaiser-Panorama.
 Im Sankreis des Vesuv.
 Neapel, Vesuv, Lavafelder etc.
 Letzte Woche franz. Riviera.
 Eine Reise 20 St. Rinder 10 Pf.
 Abendmemento 1 Bk., Lang. Abonnent.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Maustr. 62. Zimmerstr. 90-91
 Heute: Gastspiel
 des K. K. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer
 mit seinem aus 65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.
 Eintritt 50 Pf.

Ueberholung im Sprung
 ausgeführt mit 2 Automobilen v. d. Braukläner Mr. Arnaud und Mrs. Georgina aus Paris.
 Der große Coup d. Schwingler, sowie Aufstreich der übrigen Kunstkräfte.

Apollon Theater
 Ab 8 Uhr:
 Nur noch kurze Zeit
das große komische März-Programm.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Berlins Sensation Alwin Neuß
 Tony Totzloff
 in dem Sensationsstück: **Beregis.**

Berliner Volksoper
 Bellevue-Platz 7/8. — 1/2 9 Uhr:
Robert der Teufel.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Meyers.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
 Am 28., 29., 30. und 31. März 1911:
Gastspiel von Johann Strauß Wien
 mit seiner vollständigen Kapelle.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

Karl Haverland-
 Anfang Theater. Kommandanten.
 7 1/2, 11. Uhr. Straße 77/79.
 Direktor Martinus Burleste
Amor in der Dunkelkammer
 ferner
 neues Spezialitätenprogramm.
Casino-Theater
 Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 30. März:
Julie Wippchen.
 Ab 31. März: **Zwei Wappen**
 von Blumenthal und Sabelburg.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: **Geh und Liebe.**

Zirkus Busch.
 Mittwoch, 22. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Nardini
 der weiße Fakir!
 Herr Georg Burkhardt - Footitt,
 Schulleiter. The 3 Clowns.
 Herr Ernst Schumann, Neudress.
 Die Fratians, der Reiterfam.
 3 Gebr. Fratellini, urk. Clowns.
 Franz Steidler, radfahrender
 Bauchredner.
 Um 9 1/2 Uhr zum 98. Male:
„Armin.“
 Vorher großes Galaprogramm.

Schwarz-Charlottenburg. Prinz Friedrich von Homburg.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Orano von Bergane.
Volksoper. Robert der Teufel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kaufhaus. Robert.
Neues Theater. Der Feldherrnhügel.
Neue Leinwand der Helene.
Gerritsfeld. Scheidungs-Souper.
Der Schmeißer.
Volles Gayrice. Der Feldweibel.
Hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metro-Theater. Surra — Wir leben noch!

ROSE-THEATER
 Große Kaufstraße Str. 122.
 Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Sentaunt der Reserve.
 Lustspiel in 3 Akten v. Real u. Wolf.
 Donnerstag: Ein Karde des Kögums.
 Freitag: Iselle.
 Sonnabend nachm.: Dormüschchen.

Excelsior-Lichtspielhaus
 Rixdori, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße).
„Lisa“
 (Ihr erstes Debüt), ein Lebensdrama, müssen Sie sehen.
 Dann die Dramen: **„Der Kaufmann von Venedig“** sowie
„Der König von Rom“. Ferner: **„Moritz hat sein Monocle verloren“.**
„An Bord eines französischen Panzerschiffs“ usw. usw.
 Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 23. März 1911:
Die Kinder der Exzellenz.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
Noacks Theater.
 Dirsillon: Robert Hill.
 Berlin N. Brunnenstraße 16.
Deborah.
 Schauspiel in 5 Akten v. S. Noventhal.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. d. 1. Bk.
 Vorzugskarten gültig.
 Morgen: Staatsanwalt Alexander.
Volgt-Theater
 Gehrdenbrunn, Volstr. 58.
 Mittwoch, den 22. März 1911:
Die feindlichen Brüder.
 Schauspiel in 4 Akten von Erdmann-Charlier.
 Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice.
 Zum vorletzten Male:
feldweibelhügel.
Die abgetretene Frau.
 Freitag, den 24. März 1911:
Premiere.

Lessing-Theater.
 8 Uhr: **Glaube und Heimat.**
 Donnerstag und Freitag 8 Uhr:
Glaube und Heimat.

Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
 Große Kaufstraße 122 in 7 Bildern v. J. Fremd. Anf. u. 8. U. Sonntag. In Szene gelegt von Dir. R. Schult. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schwarzer Adler Lichtenberg
 Richard Arnhold. Frankf. Chaussee 5
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Jeden Mittwoch: Leipziger Sänger.
 Nachher: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Kuhlekecks Varieté-Theater.
 Burleste von Bepfel.
 Anfang wochentags 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.

Theater & Wedding
Der letzte Wille Franz II.
 König von Frankreich
 Österreichisches Drama.
Das Osterrei.
 Ein Bild aus dem Leben Sol. sowie das übrige Sensationsprogramm.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
 Morgen: **Bummelstudenten.**

WINTERGARTEN
März-Attraktionen!
Olga Desmond
Robert Steidl
 und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
 Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
 Chinesentruppe
 und das große neue März-Programm.
 14 Varieté-Neuebelten.

Theater Sanssouci
 Lichtspiele
Eröffnung 25. März
 Kottbuser Straße 6
 Hochbahn, Kottbuser Tor.
 Aufführungsräum 1500 Personen.
Germania-Pracht-Säle
 Carl Richter.
 N., Chaussee-Straße 110.
 Heute Mittwoch,
Paul Manthey's lustige Sänger.
 mit Ernst Walters neuest. Schläger!
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Vorzugskart. gilt. Anschl. Freitanz.
 Jeden Donnerstag:
Gr. Beckler-Konzert.

Burgtheater.
 Festsäle und Kinematograph
 vom Greterjan. Jubel. Rud. März,
 Gadsbuser Mlee 129. Tel. 8, 9333
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U., Sonntag 4 U. Vorzugskarton,
 nur wochentags gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wech. Programm.

Neues Theater.
 Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
 Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die lustigen Rabelungen.
 Sonntag 8 1/2, 11: **Die lustige Witwe.**

Herrnfeld Theater
 Heute: zum 3. Male: **Die Novitäten**
Das Scheidungs-Souper
 von Julius Koch.
Ein Verlobungsgeschäft
 von Anton und Donat Herrnfeld.
Die Bar-Schwester
 von Anton und Donat Herrnfeld.
 Hauptrollen:
 Anton Herrnfeld, Donat Herrnfeld,
 Martin Bendig, Jacques Norway, Arthur Franzetti, Leop. Gabriel, Hans Mariani, Hugo Döllin, Walter Kassen, Joh. Hühner, Berub. Köpfer, Johana Klein, Hel. Tschopit, Gertr. Wühbauer, Grete Weißfeld, Grete Kroll, Goldi Kuh, O. Diele.

Passage-Panoptikum.
 Die zusammengewachsenen **Schwestern Blazek**
 und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
 Lebend zu sehen!
 Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

Bosporus am Moritzplatz
Heute.
Das neue Programm
 u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
 Anfang 8 Uhr.
 Kassenöffnung 4 Uhr.
 Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Walhalla-Theater.
 (Königl. For.) Weinbergstr. 20.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Uffereis-Neue.
 Sonntagnachm. 8 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

Residenz-Theater.
 Dirsillon: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Fernands Ehekontrakt.
 Schwan in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.
 Morgen und folgende Tage:
Fernands Ehekontrakt.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Sport-Palast
 Potsdamer Straße 72.
 Eintritt 1 Mark. **Größter Eispalast der Welt.** An Wochentagen von 1-4 Uhr Eintritt 50 Pf.
Feerie „Eisfest an der Newa“.
 Unter Mitwirkung von ca. 200 Eiskunstlern und zwei Künstlerkapellen, Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichte Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

Volgt-Theater
 Gehrdenbrunn, Volstr. 58.
 Mittwoch, den 22. März 1911:
Die feindlichen Brüder.
 Schauspiel in 4 Akten von Erdmann-Charlier.
 Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Golmarstr. 72.
 Novität! **Der Weltmeister-Boxer.**
 Gejangspelle von Ely und Schöthan.
 Original! **Boxkampf Original!**
 gegen Borta Hofmann u. Franz Sobanski.
 Neue Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, den 22. März, 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
 Donnerstag: **Vogelstreich.**
 Freitag: **Vogelstreich.**
 Sonnabend: **Vogelstreich.**

Tranon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
 Chinesentruppe
 und das große neue März-Programm.
 14 Varieté-Neuebelten.

Volgt-Theater
 Gehrdenbrunn, Volstr. 58.
 Mittwoch, den 22. März 1911:
Die feindlichen Brüder.
 Schauspiel in 4 Akten von Erdmann-Charlier.
 Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Theater.
 (Königl. For.) Weinbergstr. 20.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Uffereis-Neue.
 Sonntagnachm. 8 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Tranon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Passage-Panoptikum.
 Die zusammengewachsenen **Schwestern Blazek**
 und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
 Lebend zu sehen!
 Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

Bosporus am Moritzplatz
Heute.
Das neue Programm
 u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
 Anfang 8 Uhr.
 Kassenöffnung 4 Uhr.
 Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Walhalla-Theater.
 (Königl. For.) Weinbergstr. 20.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Uffereis-Neue.
 Sonntagnachm. 8 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Tranon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Passage-Panoptikum.
 Die zusammengewachsenen **Schwestern Blazek**
 und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
 Lebend zu sehen!
 Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

Bosporus am Moritzplatz
Heute.
Das neue Programm
 u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
 Anfang 8 Uhr.
 Kassenöffnung 4 Uhr.
 Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Walhalla-Theater.
 (Königl. For.) Weinbergstr. 20.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
 Eine Uffereis-Neue.
 Sonntagnachm. 8 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
 Kleine Preise.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Tranon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Sport-Palast
 Potsdamer Straße 72.
 Eintritt 1 Mark. **Größter Eispalast der Welt.** An Wochentagen von 1-4 Uhr Eintritt 50 Pf.
Feerie „Eisfest an der Newa“.
 Unter Mitwirkung von ca. 200 Eiskunstlern und zwei Künstlerkapellen, Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichte Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

Volgt-Theater
 Gehrdenbrunn, Volstr. 58.
 Mittwoch, den 22. März 1911:
Die feindlichen Brüder.
 Schauspiel in 4 Akten von Erdmann-Charlier.
 Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Golmarstr. 72.
 Novität! **Der Weltmeister-Boxer.**
 Gejangspelle von Ely und Schöthan.
 Original! **Boxkampf Original!**
 gegen Borta Hofmann u. Franz Sobanski.
 Neue Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 1/2 Uhr.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein innig geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Sohn, Schwiegerjohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Möbelpolierer

Paul Greuel
am 19. März nach langem schweren Leiden entschlafen ist.
Dieses geigen tiefbetäubt an
Wwe. Selma Greuel geb. Damsch und Tochter.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kreuzen-Anstalts-Friedhof in Buch statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Gürlitzer Viertel.
Bezahl 226, Teil II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer

Paul Greuel
Reichenberger Straße 102
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Anstaltsfriedhofes in Buch aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, herzenguter Mann und Vater, der Restaurateur und Inhaber der Restaurationskafé

Karl Grosser
nach langem, schwerem Leiden am 21. März sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe M. Grosser geb. Walter und Tochter.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Magistraße, aus statt. 8096

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schönberg.
Bezahl 4.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Restaurateur und Inhaber der Restaurationskafé

Karl Grosser
nach schweren Leiden im 50. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Magistraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
15/7 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Schönberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß gestern, nachts 3 Uhr, unser Kollege

Karl Grosser
nach längerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in der Magistraße aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
74/14 **J. A. Ernst Obst.**

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Sektion der Vater.

Unseren, sowie den Mitgliedern des Gefangenenvereins der Vater zur Nachricht, daß unser Mitglied

Heinrich Quaschnig
am 18. März im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof von Nieder-Schönhausen, Buchholzer Straße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
137/11 **Die Ortsverwaltung.**

Herzlichen Dank für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes, des Restaurateurs **Wilhelm Scharf**, sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Personal der Kunststeinfabrik Garmittow u. Co. Waldmannstr. 8156
Frau Auguste Scharf.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Markt, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer

Hugo Lehfeldt
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 22. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
80/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Richard Dräger
am 19. März an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer-Ringhofes in Reinickendorf-Weiß aus statt.
Rege Beteiligung erbetet
114/10 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berulsg. Deutschlands
Filiale Groß-Berlin.

Unterbezirk Schönberg und Umg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Friedrich Lange
am Sonntag, den 19. März, am Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Seddin statt.
175/2 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Kürschner-Verband
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Frl. Marie Schröder
am 19. März verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, den 23. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kreuzen-Anstalts-Friedhof in Mariendorf von der Leichenhalle aus statt. 102/10
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Kupferschmiedes **Richard Klimpel** sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gefangenenverein der Vater sowie den Mitgliedern des Wahlvereins meinen herzlichsten Dank. 8136
Witwe Klimpel nebst Tochter.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes 8006

Georg Scherlach
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Zigaretten-Fabrik **Joseetti** sowie den Kolleginnen und Kollegen des Tabalarbeiterverbandes und den Genossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises sowie dem Gefangenenverein meinen herzlichsten Dank.

Frau Elise Scherlach.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie die überaus zahlreichen Kranzsenden bei dem unersetzlichen Verlust meiner hingeschiedenen Frau, unserer guten Mutter

Anna Hartwich
geb. **Großmann**
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Musikverein „Nordische Klänge“ unseren tiefempfundenen Dank. 84942
Otto Hartwich nebst Kindern.
Berlin N., Seimenländer Str. 75.

Stoffe
für Anzüge, Paletots, Kostüme etc. selbst einkaufen, heißt Geld sparen!
Zuchlager Koch & Soelund a.m.B.H. Gertraudenstr. 20-21
Betrücker.

Extra-Preise für Modelle
nur noch bis Freitag abend!

Kostüme letzte Neuheiten, a. feinsten englisch n. deutschen Stoffen, blau Kammgarn, Cheviot, Tsch., mit vornehmster Ausstattung, a. T. auf beide - bis Freitag abend 15.-, 25.-, 36.-, 50.-, 72.- sonst 22.- b. 98.-

Ulster u. Frauenmäntel jed. Art, jed. Größe, f. jeden Geschmack, in unbegrenzter Auswahl. bis Freitag abend: 8.-, 12.-, 18.-, 25.-, 36.-, 50.-, 60.-

Blusen: Seide, Spachtel, Pallotto etc. etc. geschmackvolle Ausführungen. bis Freitag abend: 3.-, 5.-, 7.-, 10.-, 12.-, 14.- bis 35.-

Gesellschaftskleider, Röcke letztere auch in Hosenform bis Freitag abend: 6 1/2, 9.-, 12.-, 15.-, 19.-, 34.- bis 90.-

60 Plüschmäntel
bis 100 cm lang zu 35.-, 55.-, 80.-, 112.-

WESTMANN
Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

IVO PUHONNÝ



Ein Sprung in's Ungewisse

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken **PALMIN** (Pflanzenfett) und **PALMONA** (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekanntem Marken nicht geboten wird.

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken **PALMIN** (Pflanzenfett) und **PALMONA** (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekanntem Marken nicht geboten wird.

Persil



Tadellos gewaschen
ist jedes Stück, frisch und dultig wie auf dem Rasen gebleicht, wenn Sie für Ihre Wäsche nur Persil gebrauchen, ohne Zusatz von Seife und Waschpulver. Kein Reiben und Bürsten, daher keine Zerstörung des Gewebes! Versuchen Sie es!
Echtlich nur in Original-Paketten.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten nach der vorläufigen
Henkel's Beich Soda
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Johann Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem hochgeehrten Publikum Rixdorfs zur gefälligen Mitteilung, daß ich am heutigen Tage in dem Hause

Plügerstr. 70/71 (Ecke Friedelstraße)
eine
Bäckerei und Konditorei
eröffnet habe.
Es wird mein Bestreben sein, nur beste und schwachste Ware aus bestem Material herzustellen zu verabsolgen und bitte deshalb, mich in diesem Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Otto Nachtigall,
Rixdorf, Plügerstr. 70/71.

Erstklassige Herrengarderobe
nur nach Maß
anerkannt best. Ausführung, garantiert
tadellos! Sie liefert auf
Teilzahlung
zu Kassapreisen
wöchentlich 1 Mark
von 1 an.

Martin Katz,
Schneidermeister,
76 Dresdener Straße 76
nahe Thalia-Theater.
2. Geschäft:
Schöneberg, Hauptstr. 158.

Warum streiten Sie!



Es ist doch allgemein anerkannt, daß eine Fleischbrühe aus

OXO Bouillon-Würfel
der Comp^{te} **LIEBIG**
das erfrischendste Getränk bildet.
Denn einfaches Aufguss hochendens Wassers herzustellen.
Preis 5 Pfg.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Bahnsch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hagedorn, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 88. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. E. Buch, Ammannstr. 12. J. Mehl, Sacrowstr. 42.
N. E. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Steinfurter Str. 10. Karl Mars, Lützen Str. 123. Karl Heijne, Roggenhagenstr. 49.
F. Vogel, Vorplatzstr. 57. A. Ties, Zwalbenstr. 124.
F. Dehmann, Ankerplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzweidenstr. 8. Wedert, Göttschewitzstr. 22.
SW. G. Werner, Oranienaustr. 72. Dachs, Hagedorfer Str. 27.
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lützen Platz 14/15. P. Horich, Angelufer 15.
Adlershof, Karl Schwarzsche, Hofmannstr. 9.
Baumschulenweg, S. Hornig, Parthenbaderstr. 13. I. Borsigwalde, Paul Rensart, Kaulstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Zehrnberg, Seidenheimer Str. 1. Friedrichshagen, Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 15.
Grünau, Franz Klein, Bahnhofsstr. 6. III. Johannisthal, Vielder, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst, Richard Ritter, Köpenicker Str. 9. II. Köpenick, Emil Wöhler, Kiebitzstr. 6. Laden.
Lichtenberg, Otto Zeitel, Kronprinzstr. 4. I. Nieder-Schöneweide, Max Friede, Brüder Str. 14. II. Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedelstr. 7.
Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17. II. Pankow, Otto Rimmann, Köpenicker Str. 30.
Reinickendorf, P. Gurisch, Provinzialstr. 56. Laden.
Rixdorf, W. Geirich, Redarstr. 2. Courad, Derrmannstr. 6. G. Rohr, Stegstr. 29/29.
Rummelsburg, A. Rothenbaum, III. Köpenicker Str. 56.
Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 61 im Laden.
Spandau, Köppen, Dreierstr. 64.
Steglitz, S. Bernice, Schloßstr. 119.
Tempelhof, Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
Treptow, Robert Gramenz, Riechhagenstr. 412. Laden.
Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Th. Müller, König-Thaussee 33a.
Wilmsdorf, Paul Schubert, Wilhelmshaus 26, Hofpartee.

Möbel billig
10-20 Prog., teilweise unter Verkaufspreis.
Moderne hürgerliche Möbel.
Wilhelm Hamann
Berlin N. 58.
42 Schönhauser Allee 42
Spezial-Einrichtungen
500-800 M.

Reste
damenstucke, schwarz und farbig, Kostüm-Stoffe, neueste Muster, Eriko-Stoffe, Seiden-Plüsch, Sammet, Seide etc.
Konfektion
Paletots, Jackets, Regenmäntel, Kostüme und Kostüm-röcke in grosser Auswahl.
C. PELZ
Kottbusstr. 5.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalem Str.).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Answ. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hoch eleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

„Josef“

JUNO
CIGARETTEN
10 Stück 20 Pfg.

stehen nach wie vor
auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit!

4 preiswerte Hosen-Angebote!

Pos. 1. Hosen

Dunkel gestreifte Kammgarnart. Sehr haltbar. Viele Muster . . . **6 M.**

Pos. 2. Hosen

Marke „Kern u. Kraft“. Breit u. schmal gestreifte Muster. Sehr strapazierfähig . . . **8 M.**

Pos. 3. Hosen

Gestreifte Cheviots u. Kammgarne in den neuesten Ausmusterungen **10 M.**

Pos. 4. Hosen

Vorzügliches Aachener Kammgarn Sehr vornehm. Neueste Muster **12 M.**



BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik dieser Art.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Or. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenfrei.

Die dunkelste Ecke

wird taghell,
wenn Sie auf Ihrer Lampe

Urania-Salonoel
brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania-Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt) zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische

Sicherheits-Petroleum
zu erhalten. 2165*

Urania-Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Seit altersher

hat sich überall, wohin er kam, der wohl-
:: bekannte Frank-Gries* bewährt. ::

* mit der Kaffeemühle

**Welchen Eigenschaften hat Kathreiners Malzkaffee
seine ausgedehnte Verbreitung zu verdanken?**

Erstens seiner absoluten Unschädlichkeit und hervorragenden Bekömmlichkeit, die von Autoritäten der Wissenschaft und Ärzten bestätigt wird.

Zweitens seinem angenehmen kräftig-aromatischen Wohlgeschmack, der ihm immer neue Freunde gewinnt!

Drittens seiner großen Ausgiebigkeit und Billigkeit. — Aus einem 10 Pfennig-Paket kann man sich 20 Tassen bereiten.

Viertens seiner immer gleichmäßig vorzüglichen Qualität.

Der Gehalt macht's!

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit

Lhascher, S. Spandau... Welter, Carl... Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbräuse) Gon-Vertrieb Otto Starick

Franz Abraham... Dece Brause... Gutsch, Selmer

Si-Si... Arbeiter-Verkleidung... F.Falk

Mohnen & Jöring... S. Kerlein, Konditor... Blotter's

Großbäckerei... Arnold Beuster's... Brotfabrik

Buehl & Sohn... Engel's Le Adroit... Feronia

Gaedicke's Bäckerei... Oskar Bapke's Brotbäckerei

75 Geschäfte... Werberg, Paul... Oscar Hildebrandt

Carl Kappler... Rich. Liebenow... Mache, Carl

Schrammar, H... Wilh. Scholem... Schuch, M.

Wecker, A... W. Adeltung & A. Hoffmann... Potsdamer Stangenbräu

Bergbrauerei... Conrad Richter... Otto Schiffart

Gustav Schulz... Schütt, G... Heinrich Wittler

Verkaufsstelle... Peter's Großbäckerei... Conrad Richter

Verkaufsstelle... Conrad Richter... Otto Schiffart

Verkaufsstelle... Peter's Großbäckerei... Conrad Richter

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ulbrich... Badoanstalten... Canitz... Central-Bad

Erstes Loh... Bad... Kur-Anstalt, Löser... Kuranstalt

Kohn's Samariter-Bad... Bad Ostend... Passage-Bad

Römer-Bad... Schiller-Bad... Silesia-Bad

Viktoria-Bad... Sandagen, Gummw... Wende, A.

Reiche, A... Beordig-Anst. Sargm... Berndt, W.

Max Fuchs... Georg Heroldt... Hinkel, Fr.

Koch, Emil... Otto Löwenthal... Misch, O.

Moldt, Fritz... Gust. Nobert... Peter-Schley

Rombeck, C... Fritz Seiffert... R. Stark

Beleucht.-Gegenst... Becker, Reinh... Bunzel, R.

Rixdorf... Schrammar, H... Wilh. Scholem

Schuch, M... Wecker, A... W. Adeltung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbräu... Bergbrauerei... Conrad Richter

Otto Schiffart... Gustav Schulz... Schütt, G

Heinrich Wittler... Verkaufsstelle... Peter's Großbäckerei

Verkaufsstelle... Peter's Großbäckerei... Conrad Richter

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Max Löhm... Brauerei P. Hoppoldt... Brauerei Königstadt

Brauerei Pfleiderberg... Brauerei Tivoli... Brauerei Wellensee

Groterjans... Habelbräu... Hempel, E.

Kahlenberg, A... Brauerei Engelhardt... Lagerbier

Goldbier... Goldbier... Goldbier

S. D. Moewes... Münchener Brauhaus... Norddeutsches Brauhaus

Phosphor... Richter & Co... Roland

Schade... Schlossbrauerei... Schlossbräu Kronenbräu

Verbands-Brauerei... Weissbier Albert Braun... Weissbier C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hilsen... Wagner, P... Westmann

Westmann... A. Kieper, Nowawes... Drogen u. Farben

Adler-Drogerie... Apotheker-Gründenthal... Apotheker Löw

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

H. Bock... J. Beetz, Petersburger Straße 72... H. Bock

Maeding, J... Nordstern... Pomorski, Paul

W. Riesner... Ernst Schneider... Schröter, R.

A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien

Georg Wunder... Casco, Chocolade... Cyliax, G.

Die Fabrikate der Sarotti... Seiffert, Erich... Seiffert, Erich

Seiffert, Erich... Seiffert, Erich... Seiffert, Erich

Felix Plücker... Piper, R... Ramien, Otto

Ratze-Drog... Rattay, Hans... Reccolla, P.

Reichardt... Riedel, N... Riedel, N

Riedel, N... Riedel, N... Riedel, N

Unternehmende Geschäfte

Taubert, J... C. Ahlers & Co... C. Dittmann

Kahl... Chr. Kroog... Hans Kunkel

Winkler & Bährhold... Felscher, u. Wuraw... Wilhelm Behr

Speck- und Schinken... W. Becker... W. Becker

W. Becker... W. Becker... W. Becker

Lebensmittel-Gründung

Linke's Fleisch-Zentrale... Herm. Leucht... Wilhelm Liebherr

O. Liebold... F. Löffler... H. Watzker

Otto Menzel... Markker, P... Gotfr. Meussling

Josef Michel... Adolf Vogel... Max Neubert

Karl Petrich... Jul. Pyttlik... Frits Pasch

Peter Rechel... Rhinow, A... O. Rosemann

Richard... Albert Schucht... W. Tauche

Fr. Thiel... F. Sommermann... F. Sommermann

F. Sommermann... F. Sommermann... F. Sommermann

Polka Brinkow, Köpenick. Die berühmte Feinwäsche, Badet...
Magazin England, Köpenick, Dammerstr. 122.
Dittner, Jochim, 64. Metzgerei...

Kaufhaus
Alexander & Co., Badstr. 55.
Holt & Ascher
O. Frankfurter Allee 99.
Kaufhaus Herm. Levy
Brunnenstr. 49, Ecke Strals. Str.

R. Hartung, Reichstr. 124.
Hesslau, W., Rodenbergerstr. 33.
Albert Haube, Dankerstr. 63.
Joh. Schulze Waldemarstr. 33.
Curt Seeling, Köpenick...

Grossier, Gebr. Frk. Allee 188.
Joh. Günther, Gräfstr. 14.
Emil Gerke, Weingartenstr. 120.
Hammerstadt & Koorzy...

Misch
Urbanstr. 102.
Möbel-Fabrik
Verkauf Privat
Nagott, H., Richardstr. 11, N. O.

Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichsberg.
Herrn Adler, Steglitz, Schönstr. 119.
Amerikaner, Prinsen-Allee 47/49.

M. Anders
Usedom-Str. 19.
Conrad Adam, Chari., Cannenstr. 70.
W. Bachmann, Chari., Fehrb.-Str. 11.
E. Baumgärtner, Fankow, Eichenstr. 17.

Joh. Schallau, Schick, Allee 188 a. Tor. Alfred Scheer, Turmstr. 40. Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4. R. Schmelz, ...

Wutke, Karl, ... Versicherungen. „Deutschland“ Berlin. „Friedrich Wilhelm“ Berlin WS. ...

David, L. S., ... Warenhaus M. Hirsch Spandau. Hugo Boling, ... Conrad, Großdeffillation. ...

Martin, Bruno, ... Waschmittel. Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel. Herkules. ...

Schwendy, H., ... Well, Wollw., Trikot. Ahlacher, Gust., ... Hans, A., ...

Eugen Lewald, ... Ch. Loewy, ... A. Lüdek, ... M. Schaefer, ...

E. Volgt, ... Albert Vogt, ... Weber & Reynacher, ... C. Dittmann, ...

Salem Aleikum Salem Gold. Die Cigarette des Feinschmeckers! Preis: 3 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stk. Etwas für Sie! Preis: 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stk. Yenedze. Dresden.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlende) in allen Größen, ... Herberbetten, Stand 11,00, ... Teppich, Thomas, ...

Gumboldleihanstalt! ... Parvialtotal mit Lotteriereinrichtung, ... Zigarrengeschäft, ...

Möbel. Teilzahlung, ... Kleiderkasten, ... Einrichtung, ...

Auf Teilzahlung komplette Wohnungseinrichtungen, ... Möbel, ...

Musik. Klavierkursus, ... Verschiedenes. Platinabfälle, ...

Mietgesuche. Möbliertes freundliches Vorderzimmer, ... Stellengesuche. Arbeiter, ...

Stellenangebote. Stellungsgesuche, ... Wohnung. Andreadstraße 70, ...

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 9. April, 12 Uhr mittags, findet in Kellers Festsaal (Jah. Freyer) Koppenstr. 29 eine außerordentliche Generalversammlung statt.

- 1. Endgültige Beschlußfassung über den Bezirks-Maisfonds.
2. Das Montagsblatt des „Vorwärts“.
3. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Kommunalfragen Groß-Berlins.

Der Verband der Eintrittskarten an die Delegierten und Kreise erfolgt rechtzeitig.

Der Aktions-Ausschuß.

Die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg werden nochmals daran erinnert, daß Anfang April eine neue Lokalliste erscheint.

Ausflügler werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Deponom des gesperrten Lokals „Kammersäle“, Vellealionsstraße und Zeltower Straßen-Ecke, Inhaber des Lokals „Café Ruhwald“, Wolterdorfer Schleuse, ist, das von dem Deponomen Säger verwaltet wird.

Mariensfelde. Am Sonnabend, den 25. März, feiert der hiesige Wahlverein im Lokal von Hans Herrmann in Mariendorf, Großbeerenstraße sein Stiftungsfest.

In Mariensfelde sind alle Säle gesperrt. Der Vorstand.
Zeltow. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bonow, Berliner Str. 16: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Zossen. Donnerstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Kunzner: Wahlvereinsversammlung.

Köpenick. Sonntag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Kunzner: Wahlvereinsversammlung.

Berliner Nachrichten.

Die Unterrichtsstellung am Lehrter Bahnhof.

In der Westhalle des Landes-Ausstellungs-Parks war vom 10. bis 18. d. M. die Unterrichtsabteilung der Deutschen Ausstellung aus Brüssel aufgebaut und so einem größeren Publikum zugänglich gemacht.

Wenn auch die meisten der ausgestellten Gegenstände dem Fachmann alte Bekannte sind, die man auf jeder Unterrichts-ausstellung begegnet, so wurde doch auch viel Neues und Lehrreiches geboten.

Für den Kenner ist eigentlich das wichtigste, was nicht gezeigt wird und sich auch nicht ohne weiteres zeigen läßt. So hat die preussische Unterrichtsverwaltung schon insofern Glück, daß sich der „Geist“, der in unseren Volksschulen herrscht, nicht unmittelbar ausstellen läßt.

Geradezu jämmerlich, aber wenigstens ehrlich ist das, was Berlin von seinen Volksschulen ausgestellt hat. Da liegen fein säuberlich gebundene Hundert und mehr Formulare, wie sie alle im Berliner Gemeindefachschulbetrieb benutzt werden müssen.

Renovierungen erst dann aufnimmt, wenn man sie auch schon in Endarbeiten zu würdigen weiß.

Trotzdem erscheint es nicht ganz unglaublich, daß selbst die von der Berliner Schulverwaltung ausgestellten Gegenstände noch auf einen Amerikaner Eindruck gemacht und ihn zu dem Ausdruck veranlaßt hätten, er könne nicht begreifen, wie die Deutschen mit so einfachen Mitteln so Großes erreichen könnten.

Ein schwerer Taunusfall ereignete sich gestern vormittag 1/10 Uhr auf dem Neubau der Firma A. Wertheim in der Königstraße, dort wo die alten Königslohnaden standen.

Bei dem Unfall soll auch, wie uns mitgeteilt wird, nicht für alle das zum Rotverband erforderliche Verbandzeug zur Stelle gewesen sein, obwohl doch auf dem Bau verschiedene Firmen tätig sind, die dort Verbandskasten haben müssen.

Zunmer noch keine Spur vom Frauenmörder. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben noch immer keine Anhaltspunkte über die Person des Mörders der Prostituierten Martha Schramm aus der Hohenstraße ergeben.

Doppelte Garderobengebühr im Neuen Theater. Man schreibt uns: Für die Abendvorstellung am Sonntag, den 19. März, im Neuen Theater am Schiffbauerdamm erwarb ich im Vorverkauf zwei Parterrelogenvilletts, die an der Kasse je fünf Mark kosten.

Verhaftung eines städtischen Beamten. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des Magistratsbüroassistenten Otto Lübede aus Friedrichsfelde, der beim hiesigen Magistrat beschäftigt ist.

aufgeführt. Es soll vor kurzem das nicht unbedeutende Vermögen seiner Frau, das in einem industriellen Unternehmen angelegt war, vollständig verloren haben und dadurch auf den Gedanken gekommen sein, sich auf unredliche Weise in den Besitz einer größeren Summe zu bringen.

Umzugsstermine. Unter Bezugnahme auf die Polizei-Verordnung vom 26. März 1870 bringt der Polizeipräsident zur öffentlichen Kenntnis, daß der am 1. April d. J. beginnende Umzug bei kleinen, aus höchstens 2 Zimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen, an demselben Tage, bei mittleren, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 8. April, mittags 12 Uhr, bei großen, mehr als 4 Wohnzimmern umfassenden Wohnungen, am 4. April, mittags 12 Uhr beendet sein muß.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich Montagabend gegen 1/8 Uhr in der Brinzen-Allee. Dort lief beim Ueberqueren des Fahrweges an der Ecke der Christianiastraße ein etwa 45jähriger Mann gegen einen in schnellem Tempo herannahenden Geschäftswagen und wurde umgerissen.

Zum Leichensund am Heiligen See vor der Kobervilla. Die vor 14 Tagen am Heiligen See angeschwemmte Frauenleiche ist jetzt rekonstruiert worden. Mit Hilfe der Kleidung und Wäsche konnte die Leiche als die 30 Jahre alte Luise Bielow aus Nieder-Schönhausen festgestellt werden.

Straßenbahnunfälle. Ein Zusammenstoß zwischen einem Kollwagen und einem Straßenbahnwagen ereignete sich Montagmorgens an der Ecke der Potsdamer und Götterstraße. Dort versuchte ein Fuhrwerk der Firma Lehne aus Tempelhof vor einem Straßenbahnwagen der Linie 90 das Gleis zu kreuzen und fuhr gegen die Seitenwand des Rotortwagens.

Das Gerücht von einem Morde durchliefte am gestrigen Morgen das neue Hansviertel. Auf dem Laubengelände an der Lebehornstraße, das rings von Neubauten umgeben ist, fanden morgens gegen 6 1/2 Uhr einige Bauarbeiter die Leiche einer etwa 50jährigen Frau, die ihrer Kleidung nach den ärmeren Ständen angehört.

In einem Hotel in der Königsgräber Straße erschossen hat sich gestern nachmittag der Chemiker Dr. phil. Arthur Rudy. Der junge Mann, der an einer hiesigen Fachzeitung als Redakteur angestellt und unverheiratet war, wohnte in letzter Zeit in einem Pensionat in der Großbeerenstraße.

Bier Menschen in Lebensgefahr. Dieser Auf mit der Meldung: „Besonders“ alarmierte am Dienstag nachmittag kurz vor 8 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Prenzlauer Straße 99. Dort hatten infolge der Explosion eine Ammoniakflasche mehrere Personen Verletzungen erlitten und andere waren sehr gefährdet.

Von einem Pferde erschlagen. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in Hirschenwalde zugezogen. Als der bei der 4. Eskadron des dortigen Mlanenregiments dienende Gefreite Drillsch im Stalle einem Pferde Futter vorsehte, wurde das Tier plötzlich unruhig und schlug aus.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der öffentlichen ging zunächst eine geheime Sitzung voraus, in der der Kauf des der Aktiengesellschaft Schloßbrauerei, Schöneberg, gehörigen Geländes beschlossen wurde.

In der nunmehr folgenden öffentlichen Sitzung befürwortete Genosse Bernstein, die Entschädigung der nebenamtlich tätigen Lehrer ohne Hochschulbildung für die Jahreswochenstunde auf 183 M. festzusetzen. Demgemäß wurde auch beschlossen. — Hieraus folgte die Beratung des Steuerersatzes. Jodel (Lib. Frakt.) wies auf die gerade nicht günstigen Verhältnisse in den Nachbargemeinden hin, die da meinten, nach Ablehnung der Erhöhung der Gemeindefinanzkraft wie vordem fortzuwachen zu können.

Genosse Bernstein meinte, der Standpunkt, über 100 Proz. hinauszugehen, sei bereits im Jahre 1885 von Genossen Singer betont worden. Die Grundwertsteuer zu erhöhen, sei unzulässig, da dieselbe auf die Mieter abgemindert werden könne.

Der Antrag auf 105 Proz. wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und beschlossen, die Einkommensteuer auf 100 Proz. zu belassen. Die Grundwertsteuer wurde auf 225 pro Mille für bebauten und 450 pro Mille für unbebaute Grundstücke festgesetzt.

Zur den Neubau des Strafenreinigungsdampfs in der Maxstraße wurden 152 000 M. bewilligt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Der Magistrat wird ersucht, die für die Maschinen, Heizer und Arbeiter des Pumpwerks erlassene Verfügung betreffs Verlängerung der Arbeitszeit von 9 auf 9 1/2 Stunden umgehend aufzuheben.

Genosse Küster fand es sonderbar, daß vor kurzem der Antrag auf Einführung der achtfündigen Arbeitszeit für die Arbeiter der Pumpstation angenommen wurde, jetzt aber plötzlich die Arbeitszeit unter ganz wichtigen Gründen verlängert werde.

Stadtrat Stauch gab die Zusicherung, daß die Verfügung auf Verlängerung der Arbeitszeit sofort aufgehoben werden soll. Für den Antrag unserer Genossen stimmten nur fünf Liberale, während Stadtr. Jodel (Lib. Frakt.) gegen den Antrag stimmte.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht finden heute, mittags von 1 bis 3 Uhr, im Rathaus, Schloßstr. 37, statt.

Am eine Verbindung zwischen der unteren Helbig- und der Gartenbergstraße herbeizuführen, hat die Gemeindevertretung den Kauf eines der Winkelischen Ekelreuten gehörigen 2,80 Meter breiten Streifen Landes beschlossen.

Um eine Verbindung zwischen der unteren Helbig- und der Gartenbergstraße herbeizuführen, hat die Gemeindevertretung den Kauf eines der Winkelischen Ekelreuten gehörigen 2,80 Meter breiten Streifen Landes beschlossen.

Zu der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst Genosse Weihensee den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung gab Genosse Kimmritz.

Die Worte einzuschließen, die den ersten Mai nicht feiern können. Zwei weitere hierzu gestellte Anträge wurden durch ein Amendement des Genossen Kimmritz erledigt.

Königs-Wusterhausen.

Eine gewisse Abneigung gegen öffentliche Sitzungen scheinen die hiesigen Gemeindevertreter zu haben. An Zuhörer während ihrer Verhandlungen nicht gewöhnt, hindert sie schon — wie das letzte Sitzung bemerkt — die Anwesenheit eines oder zweier Genossen. So wurde gleich beim ersten Punkt der Tagesordnung der anwesende Genosse aus dem Sitzungszimmer gewiesen, weil man den Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung behandeln zu müssen meinte.

Weihensee.

Aus der Gemeindevertretung. Die Volksholzer Feldbahnangelegenheit hat endlich seine Erledigung gefunden. Die vorhandene Feldbahn wird angekauft, trotzdem billigere Angebote vorhanden waren; die zu zahlende Leihgebühr hat jedoch die Differenz weit gemindert.

Das Säuglingskrankenhaus soll am 1. Juni d. J. eröffnet werden; es ist mit fünfzig Betten eingerichtet. Die Verpflegungskosten sind folgendermaßen festgesetzt: Im Kreise Nieder-Barnim wohnende Personen mit einem Einkommen unter 2000 M. sollen für den Säugling täglich 2 M., solche mit einem Einkommen über 2000 M. 3 M. zahlen.

Der Etat-Voranschlag für 1911/12 ist in sechs Sitzungen der Etatkommission durchberaten worden. Die bisherigen Steuerzuschläge bleiben bestehen. Die an den Kreis abzuführenden Abgaben haben sich wiederum bedeutend erhöht und erreichen die Summe von 122 091 M.

Nieder-Schönhausen. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der jetzt lebhaft erörterten Frage der Eingemein-

bung Nieder-Schönhausens in Pankow. Zu der Angelegenheit selbst wurde noch nicht Stellung genommen, sondern nur beschlossen, insofern die Gemeinde Pankow in der Eingemeinderfrage an die Gemeinde Nieder-Schönhausen herantritt, nur in Plenarsitzungen zu verhandeln.

Die Stadtwahl in der zweiten Abteilung am Montagabend endete durch die Hilfe der Sozialdemokratie und der demokratischen Ortsgruppe mit dem Siege der vom Komatewefer Hausbesitzerverein sowie vom Verein für Handel und Gewerbe aufgestellten Kandidaten. Es erhielten Schornsteinfegermeister Peters 230, Rentier Philipp 417 Stimmen; letzterer war auch von der gegnerischen sogenannten Neuwanderer Partei, mit dem Haus- und Grundbesitzerverein an der Spitze, deren zweiter Kandidat, Herr Probst, mit 222 Stimmen durchfiel, aufgestellt, wodurch sich die höhere Stimmenzahl erklärt.

Stadterordnetenversammlung. Als Hauptpunkt erledigte die Versammlung den Vertrag mit der Juppelin-Luftschiffgesellschaft über den Flugplatz an der Fischbode. Nachdem der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister dem Verkauf des Flugplatzes zum Preis von 3 M. pro Quadratmeter zugestimmt haben, steht nur noch die Bestimmung zu erwartende Genehmigung des Kaisers an.

Die Reichstagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Den Potsdamer Genossen ist das einzige zu größeren Versammlungen seit Jahren zur Verfügung stehende Lokal entzogen. Der „Victoria-Garten“, Alte Luisenstraße 88, wird umgebaut und soll dann nach dem Willen seines Inhabers, der Brauerei Franz Lemm (früher Burghalter), zu keinen politischen Versammlungen mehr hergegeben werden.

Die öffentliche Frauenwahlrechtsversammlung am Sonntag bei Böhle, Havelstr. 20, war von etwa 800 Personen, meist Frauen, besucht. Referent war Genosse Helmuth Lehmann-Vorla. Die vorgesehene Resolution fand einstimmige Annahme. Nach Schluß der Versammlung wurden noch einige Frauen in den Wahlverein aufgenommen.

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. März 1911. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach neblig, bei mäßigen südlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Eingegangene Druckschriften.

Table with columns: Station, Anwerbezahl, Abnahme, etc. Lists stations like Osternburg, Damsberg, Berlin, etc.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns: Wasserstand, am 20. 3., seit 19. 3., etc. Lists water levels for various locations like Weesow, Pregel, etc.